

GESCHICHTE UND GESCHEHEN

Bayern 12
Lehrerband

Autoren:
Andrej Keller
Ulrike Salbaum
Hans Steidle
Dorothee Wege
Hartmann Wunderer

Ernst Klett Verlag
Stuttgart · Leipzig

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische oder andere Wiedergabeverfahren nur mit Genehmigung des Verlages.

© Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2010. Alle Rechte vorbehalten. www.klett.de

Autorinnen und Autoren: Andrej Keller, Butzbach; Ulrike Salbaum, Jettingen-Scheppach; Dr. Hans Steidle, Würzburg; Dorothee Wege, Bubenreuth; Dr. Hartmann Wunderer, Wiesbaden

Redaktion: Dirk Haupt, Leipzig

Herstellung: Jeanette Frieberg

Inhalt

1	„Volk“ und „Nation“ als Identifikationsmuster	4
1.1	„Volk“ als Konstrukt eines Geschichtsbildes am Beispiel des Arminius	4
1.2	Chlodwig einigt das Frankenreich – ein Beispiel für den historischen Prozess einer Ethnogenese	5
1.3	Moderne Nationsvorstellungen	6
1.4	Nationale Fremd- und Selbstbilder – die deutsch-französische „Erbfeindschaft“	8
2	Grundlagen moderner politischer Ordnungsformen in Mittelalter und Früher Neuzeit	11
2.1	Wurzeln „europäischer“ Werte	11
2.2	Herrschaft und Mitsprache – das Lehnswesen	12
2.3.	Im freien Staat wird die Staatsgewalt geteilt	13
2.4.	Vom Gesandtenkongress der deutschen Fürsten zum Bundesrat	15
3	Wurzeln und Traditionen europäischer Denkhaltungen	17
3.1.	Vom Mythos zum Logos	17
3.2	Historische Wirkungen des Imperium Romanum	18
3.3.	Vernunft und Glauben im mittelalterlichen Denken	18
3.4	Entwicklungen des frühneuzeitlichen Rationalismus als Vorbereitung moderner Naturwissenschaft	19
4	Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts	21
4.1	Der Beginn der Diaspora – das Ende des antiken jüdischen Gemeinwesens	21
4.2	Die Kreuzzüge – der Kampf um das „Heilige Land“	24
4.3	Vom Osmanischen Reich in die Abhängigkeit von den europäischen Staaten	26
4.4	Wem gehört das „heilige Land“ – der Kampf der Palästinenser gegen Israel	28
4.5	Der Staat Israel im Kampf mit seinen Nachbarn	30
5	Die USA – von den rebellischen Kolonien zur globalen Supermacht	34
5.1	Die Entwicklung der Grundelemente amerikanischen Selbstbewusstseins	34
5.2	Von einer isolationistischen Kontinental- zur imperialen Weltmacht	38
5.3	Motive und Hintergründe der amerikanischen Intervention im Ersten und Zweiten Weltkrieg	41
5.4	Die USA zur Zeit des Kalten Krieges	44
5.5	Außenpolitische Neuorientierung nach dem Kalten Krieg	48

1**2****3****4****5**

1 „Volk“ und „Nation“ als Identifikationsmuster

1.1 „Volk“ als Konstrukt eines Geschichtsbildes am Beispiel des Arminius

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 27

a) Der Begriff des Volkes hat in der jüngeren Vergangenheit zwei unterschiedliche Konnotationen

- Volk als Nation: Gemeinschaft der Bürger, die einen Staat bilden, ihm wegen seiner politischen Ordnung/Verfassung angehören; Nation im Sinne der Französischen Revolution, des Gesellschaftsvertrages; als Haltung entspricht der Verfassungspatriotismus
- Volk als Ethnie: Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamer Sprache, Tradition, Kultur, Geschichte und Abstammung, als gleichsam „natürliches“ Kollektiv
- Volk im Sinne des Nationalismus: Ethnie als Kollektiv mit gemeinsamem Charakter und Schicksalsgemeinschaft; Aufwertung der „Wir-Gruppe“ Volk als positives Kollektiv zu negativem Gegenkollektiv

b) Ethnologie und Soziologie verdeutlichen das Bedürfnis der Kollektive/Gesellschaften nach gemeinsamem Ziel oder Sinn, der jedoch in theoretisch-moralischer Hinsicht nicht gegeben ist. In gemeinsamen Symbolen und Mythen findet diese Tendenz ihren Ausdruck, sie bieten sich den Mitgliedern des Kollektivs als Identifikationsobjekte an. In den sagenhaften Erzählungen von Romulus und Remus schuf sich das republikanische Rom die Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung, eines gemeinsamen Charakters (militärischen, nüchtern-bäuerlichen) und einer gemeinsamen Besserstellung durch die Nähe zu den Göttern. Unter Augustus sollte mit der „Äneis“ der Charakter der Römer als gleichrangiges Kulturvolk, vergleichbar den anderen im Imperium, verliehen werden, da sie von den Trojanern abstammen. Weiterhin wird das Imperium als Verheißung der Götter an den aus Troja geflüchteten Äneas dargestellt. Letztlich diente die literarische Produktion besonders der Selbstbehauptung des „Kriegsvolkes“ der Römer gegenüber dem Kulturvolk der Griechen.

c) Die Standbilder und Monumente für Arminius und die Varusschlacht dienen im 19. Jh. jeweils einem unterschiedlich akzentuierten Nationalismus:

- Besonders vor 1850 trugen liberale Kräfte den Kult mit dem Ziel, die monarchische Vielstaaterei durch die Macht des Volkes zu überwinden.
- Durchgängig im 19. Jh. hielt sich die Tendenz der nationalen Selbstbehauptung oder Überlegenheit gegenüber europäischen Nachbarvölkern, besonders gegenüber Frankreich, das mit dem „arroganten Varus“ identifiziert wurde, Deutschland hingegen mit den ehrlichen freiheitsliebenden Germanen.
- Nach 1871 ist Arminius Ausdruck des deutschen Nationalismus und imperialen Herrschaftsanspruchs gegenüber den anderen europäischen Völkern und Staaten. Besonders wurde Arminius mit Wilhelm I. gleichgesetzt, der preußische König und deutsche Kaiser somit als Vollender einer alten Aufgabe in der Geschichte, die Befreiung und Einigung der Germanen/Deutschen, verherrlicht.

d) Wichtige Elemente von nation-building sind die Entwicklung gemeinsamer Symbole, Lieder, Mythen, Geschichtsvorstellungen, das Aufspüren gemeinsamer Ursprünge, ein einheitliches Schulsystem, Währung, Verfassung, Gerichtswesen u. ä. m. Erfolge bei sportlichen Großereignissen wie etwa Olympiade oder der Fußballweltmeisterschaft können den nation-building-Prozess ebenfalls nachhaltig fördern.

Beim Nationsbildungsprozess in Europa spielte neben der Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte („Mittelalter“) und vermeintlich gemeinsamen Kulturguts (z. B. die Märchensammlungen der Brüder Grimm) die Schaffung von gemeinsamen inneren (in Deutschland die Juden oder die Polen) und äußeren „Feinden“ eine große Rolle. Die Bismarckschen Kriege gegen Dänemark 1864, Preußen gegen Österreich 1866 und der deutschen Staaten gegen Frankreich 1870/71 werden daher auch oft als „Einigungskriege“ bezeichnet.

Die Grenzen eines Nationsbildungsprozesses kann man in vielen ehemaligen Kolonialstaaten Afrikas oder Asiens beobachten, etwa in Afghanistan oder in Somalia. Der gemeinsame Kampf gegen den Kolonialherrn schweißte zunächst oft verschiedene Ethnien zusammen, diese Einheit trug aber häufig nicht sehr weit. Bei internen „nationalen“ Machtfragen werden nicht selten traditionelle ethnische Spannungen politisiert.

e) Caesar akzentuiert einerseits die „primitive“ Kultur der Germanen, andererseits aber auch ihre körperliche Abhärtung und ihren Kampfesmut, der sich im Alltag wie bei zahlreichen Kriegszügen manifestierte. Er betont ihre „moralische Integrität“, offenbar auch, um damit seinen eigenen Landsleuten einen kritischen Spiegel vorzuhalten und seine Eroberungspolitik, die am Rhein Halt machte, vor dem Senat zu legitimieren.

f) In dieser Radierung wird der „Befreier Germaniens“ mit den „Deutschen“ (auf deutscher Seite kämpften aber unter anderem auch russische und schwedische Truppen) identifiziert, die in der „Völkerschlacht“ von Leipzig 1813 die napoleonische Vorherrschaft in Deutschland beseitigten. Die Kampfspuren sind im Hintergrund leicht identifizierbar. Die von Arminius/Hermann niedergetretenen römischen Feldzeichen symbolisieren die französische Vorherrschaft in Deutschland. Arminius demonstriert Macht, militärische Stärke, eine erfolgreiche Abwehrbereitschaft gegen den Feind, wobei das Feindbild Rom nahtlos auf die Franzosen übertragen wurde. Der Hermannmythos wurde seit den Befreiungskriegen innerhalb der nationalen Bewegung außerordentlich populär und avancierte später zum zentralen Gründungsmythos des neuen Deutschen Kaiserreiches.

g) Der Vergleich der beiden Schulwandbilder aus den Jahren 1935 und 1952 ermöglicht einen Vergleich, wie die Germanen im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit „erfunden“ oder (re-)konstruiert wurden. Im Mittelpunkt des Bildes M3 steht die Abschiedsszene zweier Männer, die offenbar zum Kampf ausrücken. Man kann stolz auf diese mutig-energischen „Vorfahren“ sein. Berücksichtigt wird ferner hochentwickeltes bäuerliches Gerät. Diese germanischen „Vorfahren“ führten ein „wehrhaftes“ bäuerliches Leben.

M4 hingegen zeigt eine friedliche Idylle, von den Germanen geht keine Gefahr mehr aus (das Bild entstand in der Phase der Westintegration nach dem Zweiten Weltkrieg), sie kehren von einer Jagd zurück. Im Mittelpunkt ihres Lebens steht Ackerbau und Viehzucht. Während die Pferde in M3 geradezu vor Kraft und Unternehmungsgestalt strotzen, wirkt der Gaul in M4 müde und lammfromm. Die bäuerlichen Tätigkeiten wirken in der Vogelperspektive gleichgewichtig. Alle erwachsenen Personen beschäftigen sich mit einer nützlichen Tätigkeit. Die dynamische Kraft in M3 weicht nun einer ruhig gelassenen Haltung. Die Personen (etwa die beiden ziemlich gestylt wirkenden Empfangsdamen am Eingang) könnten auch in einem nostalgischen Heimatfilm der 1950er-Jahre auftreten. Die kunstvolle Ornamentik der Gebäude von M3 kontrastiert mit einer schlichteren, fast primitiv wirkenden Gestaltung in M4. Ein chauvinistischer Heroismus ist den Germanen von 1952 im Kontrast zu früheren Germanenbildern völlig fremd, hier gibt es keine „Helden“ mehr.

h) Die Ergebnisse der Bildanalyse von M3 decken sich mit der „Erfindung“ der Germanen durch Richard Suchenwirth. Sie werden von Suchenwirth als vorwärtsdrängendes, ringendes, tatentschlossenes, heroisches Volk gezeichnet, das viel Opfermut zeigte und gewaltige Heldentaten vollbrachte. Jede Seite der Geschichte sei mit „Blut getränkt“ (M12, Z. 17). Diesem Erbe – immerhin seien die Deutschen das „Hauptvolk der Germanen“ (Z. 48f.) – soll sich der Leser von Suchenwirths auflagenstarker Geschichte verpflichtet fühlen. Und schließlich erringe der „stärkere Norden“ (Z. 38) nach „schwersten Blutopfern“ (Z. 37f.) den Sieg. Die ideologische Botschaft dieser nationalsozialistischen Geschichtskonstruktion ist mit den Händen zu greifen.

i) Die Germania von Tacitus befriedigte das Emanzipationsbestreben des Bürgertums in der Frühen Neuzeit, insbesondere gegenüber Italien und dem Papsttum. Ferner ermöglichte die „Germania“ eine Art inneres nation-building in einer Epoche, in der es bislang nur wenige kulturelle Gemeinsamkeiten im Heiligen Römischen Reich gab und die Schrift von Tacitus den Germanen eine besondere Leuchtkraft und eine spezifische moralische Integrität attestierte. Auf diese Weise erhielten die Deutschen, die vermeintlichen Nachkommen der Germanen, würdige Vorfahren.

Im 19. Jahrhundert konnte die „Germania“ im Zuge des deutschen Nationsbildungsprozesses polemisch gegen Nachbarvölker gerichtet werden, denn die implizite Kritik von Tacitus an den Römern konnte nun gegen die „Romanen“, die Franzosen gerichtet werden.

1.2. Chlodwig einigt das Frankenreich – ein Beispiel für den historischen Prozess einer Ethnogenese

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 36

a) Die Franken stellten für das Römische Reich – im Gegensatz zu anderen Völkern wie den Goten – keine Bedrohung dar und sie paktierten auch nicht mit Völkern, die in das Römische Herrschaftsgebiet eindrangen. Byzanz suchte diplomatische Beziehungen zu den Franken, zumal Byzanz sich durch das ostgotische Reich in Italien bedroht fühlte. Chlodwig erhält offen-

bar von Byzanz den Titel eines „Konsuls“, d. h. seine Herrschaft wird vom Oströmischen Reich anerkannt und von Byzanz in dessen Bündnissystem eingebunden. Die politischen Vorteile für Chlodwig liegen auf der Hand.

b) Wohl politisch motiviert übernahmen die Franken spätromisches Zeremoniell und Titel, sie imitierten den kaiserlich-römischen Stil und praktizierten Vergnügungen wie das Pferderennen – das Hippodrom war Teil des kaiserlichen Palastes: Weiterhin förderten sie die römische Kultur. Die civitas, die bereits in römischer Zeit die politische Grundeinheit darstellte, blieb dies auch in fränkischer Zeit. Und schließlich orientierten sich die Franken an dem römischen Recht. Da viele Machtträger im fränkischen Herrschaftsbereich bereits römisch „sozialisiert“ waren, dürfte die vielfältige Orientierung der Franken am römischen Vorbild die Durchsetzung der fränkischen Herrschaft in Gallien erleichtert haben.

c)

- Ansiedlung von fränkischen Kriegern als Foederaten an der römischen Grenze gegen Germanenstämme
- Bildung kleiner, eigenständiger Königreiche in den fränkischen Kleinstämmen
- gewaltsame Beseitigung des monarchischen Konkurrenten und Durchsetzung der Alleinherrschaft im Gesamtstamm, Einigung aller Franken
- Expansion in das gallo-romanische Nordfrankreich
- Integration durch Glaubensübertritt und Kooperation mit katholischer Kirche, deren Bischöfe aus galloromanischer Oberschicht stammten und monarchische Herrschaft festigten
- Zusammenwachsen der zwei Ethnien zu dem Stamm der Franken

d) Gregor von Tours (M7) lobt Chlodwig als energischen und tatkräftigen Herrscher und verurteilt dessen unmoralische, kriminelle Vorgehensweise gegenüber dem anderen Stammeskönig nicht, sondern sieht in dessen Erfolg ein Indiz für Gottes Wohlwollen. Die Fredegar-Chronik konstruiert einen Abstammungsmythos, der auch die Franken als Nachfahren der Trojaner behauptet. Damit soll dem römischen Bevölkerungsteil eine Identifikation (Abstammungsmotiv von Troja) gegeben werden, das klare Parallelen zu dem römischen Mythos enthielt, aber vor allem den Franken ein Überlegenheitsgefühl vermitteln sollte. Interessant ist in dieser Hinsicht die Annäherung an den antiken Kulturraum unabhängig von dessen christlicher Prägung.

e)

- Bild M2: Konzentration auf den Mittelpunkt, den taufenden Bischof über den mit Doppelaxt kriegerisch gerüsteten König, andachtsvolle etwas steife Umgebung; deutliche Sakralisierung durch das Leuchten der patena, aus der der Bischof das Öl über den König gießt. Die Aussage des religiösen Weiheaktes wird betont.
- Bild M3: Dramatisches Geschehen, in dem der König nur ein Akteur unter vielen und obendrein nicht Blickfang ist. Mindestens ebenso viel Aufmerksamkeit erregen die sich entkleidenden Frauenfiguren, was wohl deren Unschuld symbolisieren soll. Aussage ist das besondere, lebendige Geschehen, der sakrale Charakter ist zugunsten des „bunten Lebens“ reduziert.

f) Drei Tendenzen lassen sich beobachten:

- Die nationale französische Deutung: Chlodwig rettete Gallien und die Zivilisation vor den germanischen Barbaren, besonders durch die galloromanische Kirche. Das Königtum Chlodwigs bedeutete die Fortsetzung der Ordnungsmacht des römischen Kaisertums, das im französischen Königtum seine Fortsetzung fand.
- Die deutsche, nationalistische Wertung beurteilte Chlodwigs Wirken eher negativ, da er die freien Franken unterdrückt habe und ungermanisch durch unmoralische Mittel die Herrschaft errang.
- Die jüngste Version ist die paneuropäische: sie versteht die Franken als ein europäisches Volk, das besonders die Grundlagen für die mitteleuropäische Entwicklung im Mittelalter schuf (z.B. Feudalismus, katholisches Christentum), aber auch in seinem Reich die beiden Nachbarvölker Deutsche und Franzosen entwickelte

1.3 Moderne Nationsvorstellungen

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 51

a) Die deutsche Geschichte kann auf denkbar unterschiedlichste Weise erzählt werden. Eine weitverbreitete Variante persifliert Hagen Schulze (M3) auf ironische Weise, indem er vermeintliche klassische Highlights aus der deutschen Geschichte zitiert. Die deutsche Geschichte lässt sich als Erfolgs- oder als Katastrophengeschichte deuten. Für unser Groß- oder Urgroßeltern war die deutsche Geschichte bis 1914, bis 1939 oder gar bis 1945 noch eine „Erfolgsgeschichte“. Manche interpretieren das Jahr 1945 als die nationale Niederlage oder gar als Katastrophe, andere als „Stunde Null“, wieder andere als das „Jahr der Befreiung“. Geschichte oder historische Großereignisse lassen sich ebenso sehr unterschiedlich erzählen

oder deuten. Damit soll keinem beliebigen Relativismus Tür und Tor geöffnet werden, wer 1945 nur als Katastrophe wahrnimmt, dessen Geschichtsbild kann mühelos als inhuman kritisiert werden, das die unvorstellbaren Verbrechen der Jahre 1933 bis 1945 nicht wahrnehmen will.

b) Die Brüder Jakob und Wilhelm Grimm interpretierten ihre germanistischen Bemühungen als ein nationalpolitisches Unternehmen. Jakob Grimm will eine „deutsche“ Literatur edieren, die „Deutschland einigen und nicht trennen, die uns allein den Stempel voller Eigenheit aufdrücken und zu wahren imstande“ (M5, Z. 52 ff.) ist. Hierfür diagnostiziert er ein seit den Befreiungskriegen wachsendes Interesse. „Dichter und Schriftsteller, nicht allein der heutigen, auch der früher dagewesenen will das Volk nun besser als vorher teilhaft werden und sie mit genießen können.“ (Z. 66 ff.) Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Spanien oder Dänemark nehme an diesem sprachwissenschaftlichen und nationalpolitischen Unternehmen das deutsche Volk lebhaften Anteil.

c) In Deutschland, das bis zur napoleonischen „Flurbereinigung“ aus vielen Hunderten von Kleinstaaten bestand und nach dem Wiener Kongress sich im Staatenbund „Deutscher Bund“ aus 35 Staaten und vier Freien Reichsstädten zusammensetzte, entwickelte sich vor der späteren staatlichen Nationsbildung (sie erfolgte erst 1871) das Bewusstsein vor allem in der nationalen Bewegung, eine „Kulturnation“ darzustellen. Im späteren Deutschen Reich wurden viele Volksgruppen, die zwar seit langem in Deutschland lebten (z. B. Juden oder Polen), nicht der deutschen Nation zugerechnet; denn das Verständnis von „Kulturnation“ operiert im Gegensatz zur „Staatsnation“ mit ethnisch begründeten Exklusionsmechanismen.

Kulturnation	Staatsnation
Die Kulturnation besitzt (noch) keinen eigenen Staat; gemeinsame Bezugspunkte sind vor allem Herkunft, Sprache und Kultur. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt sich unabhängig vom Staat, die vopolitische Kulturnation überwölbe bereits bestehende partikularistische Staatsbildungen; die Kulturnation gehe der Staatsnation voraus. Die Zugehörigkeit zur Nation ist ein durch Natur und Geschichte bestimmtes (determiniertes) Schicksal.	Die Bevölkerung eines bestimmten Territoriums begreift sich als Nation, Staatsangehörigkeit = Nationszugehörigkeit. Beispiel: England, Frankreich, USA. „In den drei Staaten entstand die Nation als politisch bewusste Gemeinschaft rechtsgleicher Bürger, unabhängig von sozialer und wirtschaftlicher Stellung, ethnischer Herkunft und religiöser Überzeugung, in einem innerstaatlichen Transformationsprozess.“ (M8, Z. 53 ff.)

d) Nationen sind Ernest Gellner (M11) und Benedict Anderson (M9) zufolge eine „Erfindung“, man „findet“ sie dort, „wo es sie vorher nicht gab.“ Das damit produzierte „Gemeinschaftsgefühl“, der vermeintlich „kameradschaftliche Verbund von Gleichen“ (Z. 53 f.), schuf eine Bereitschaft, „dass Millionen von Menschen [...] weniger getötet haben als vielmehr bereitwillig [für ihre nationale Gemeinschaft – etwa im Ersten Weltkrieg] gestorben sind.“ (Z. 55 ff.)

e) Gellner (M11) zufolge schafft erst der Nationalismus Nationen und nicht umgekehrt. Denn die Menschen wollen nur mit denjenigen, die ihre Kultur teilen, eine Nation bilden, die anderen – die auch auf dem Staatsgebiet der Nation leben – werden ausgegrenzt. Kulturen schaffen die „Lagerstätten der

politischen Legitimität“ (Z. 32). Eine Verletzung kultureller Grenzen innerhalb der Nation wird als Skandal interpretiert und entsprechend sanktioniert, also mit dem Ausschluss aus der Nation geahndet. Gellner zufolge bedient sich der Nationalismus häufig beliebiger alter „Fetzen und Flicker“ (Z. 62), also willkürlicher historischer „Erfindungen“ (63 f.), um eine Kulturnation zu begründen. (Tatsächlich sind z.B. viele Märchen, die die Grimms als „uraltes“, „deutsches Kulturgut“ für die deutsche Nation reklamierten, Übersetzungen aus dem Italienischen oder Französischen.)

f) Im 19. Jahrhundert und durch den Versailler Vertrag 1919 haben sich die Grenzen der europäischen Nationalstaaten erheblich verändert, zahlreiche Staaten entstanden neu. Wäh-

rend sich im Westen und Norden Europas sowie auf der Iberischen Halbinsel die Grenzen kaum veränderten, kam es in der Mitte Europas und vor allem im Osten und in Südosteuropa zu gravierenden Veränderungen: Der Blick sollte vor allem gerichtet werden auf Belgien, Italien, Deutschland, Polen, die Balkanstaaten, das Osmanische Reich, Russland und vor allem auf Österreich und seine Nachfolgestaaten. Hier vollzogen sich entscheidende Veränderungen, deren (teilweise kriegesischen Folgen – Balkan!) fast bis in die unmittelbare Gegenwart reichen.

g) Durch die „verspätete“ Entwicklung Deutschlands zu einem Nationalstaat sei diese Staatsgründung besonders vorbelastet gewesen. Er beruhte nicht auf einer demokratischen Massenbewegung; die kleindeutsche Lösung umfasste nicht die Deutsch-Österreicher, durch Exklusionsmechanismen wurden nationale und religiöse Minderheiten ausgegrenzt. Seine territoriale Instabilität sei in eine aggressive und imperialistische Machtpolitik umgeschlagen und auch die Weimarer Republik brachte noch keine Aussöhnung von demokratischer Selbstbestimmung und nationaler Selbstbescheidung, hier konnte die nationalsozialistische Revisions- und Großraumpolitik erfolgreich ansetzen.

h) Die Sonderwegsthese verspricht eine Erklärung, warum sich gerade in einer hochzivilisierten Nation der Nationalsozialismus durchsetzen konnte, der in der Katastrophe von 1933 bis 1945 endete. Der deutsche „Sonderweg“ in die Moderne wurde vor allem von Historikern des 19. Jahrhunderts beschworen, mit ihm habe man Frankreich und England übertrumpft. Seit 1919 begegnete man daher dem Wertesystem der Sieger mit einem besonderen Hass, der auch der jungen demokratischen Weimarer Republik galt.

Kernpunkt der „Sonderwegsthese“ ist, dass Deutschland den Weg in eine moderne kapitalistische Gesellschaft beschritten habe ohne eine erfolgreiche bürgerliche Revolution. Die Nationalstaatsbildung erfolgte daher ohne einen demokratischen Unterbau, das Bürgertum habe nicht nur auf eine politische Herrschaft verzichtet, sondern sich einer traditionellen Herrschaft von Junkern, Bürokratie und Militär unterworfen. Dadurch kam es zur folgenreichen ökonomischen Modernisierung, der aber keine freiheitlich-demokratische Umwandlung entsprach.

Die Kritik an dieser These geht davon aus, dass es nicht nur den angelsächsischen Weg in die Moderne gäbe (also die Gleichzeitigkeit von ökonomischer und politischer Modernisierung), und dass von einer „Feudalisierung“ (M 13, Z. 141) des Bürgertums im Kaiserreich nicht ausgegangen werden könne, denn die deutsche Bourgeoisie habe auch im Kaiserreich ihre Interessen durchsetzen können. Auch in anderen europäischen Ländern habe keinesfalls nur allein die Bourgeoisie die politische Macht übernommen.

Die Sonderwegsthese kann die verbrecherische Barbarei des Nationalsozialismus nicht erklären. Dazu bedarf es weiterer Erklärungsansätze.

i) Vgl. hierzu auch die Ausführungen zu j).

Zu M 2: Das „Rundgemälde“ stammt von dem Augenarzt Ferdinand Schröder (1818–1859), der in der Frankfurter Nationalversammlung zum linken Flügel gehörte. Er karikiert die

europäische Reaktion nach der Niederlage der Revolution und publizierte die Karikatur in den „Düsseldorfer Monatsheften“. Im Bildmittelpunkt fegt der preußische König (Pickelhaube) die Aufständischen zusammen, von denen viele in die schweizerische Eidgenossenschaft (Jakobinermütze) geflüchtet sind. Er kehrt vor allem in Baden, wo bereits der von Hecker geführte republikanische Aufstand militärisch niedergeschlagen worden war. Andere Monarchen (Friedrich August II. von Sachsen und König Ernst August von Hannover) suchen Deckung im Schutz des Preußenkönigs, der König Max II. von Bayern (Kasperfigur in Gestalt eines Bierkrugs) wendet sich angeekelt zur Seite. Die schwarz-rot-gelbe Fahne hängt zerschlissen wie eine Vogelscheuche. Rechts vorne schlägt der österreichische Kaiser (Pickelhaube mit Doppeladler) im Verein mit Russland den ungarischen Aufstand nieder – die kleine ungarische Gestalt wird als unbewaffnet dargestellt. Dem polnischen Aufstand wurde bereits das „Licht ausgeblasen“. In Frankreich war Louis Napoleon Bonaparte siegreich, er weist auf die in die USA flüchtenden Revolutionäre hin und ist ebenso wie der Preußenkönig mit einem Besen bewaffnet. Die demokratische Bewegung Italiens war ebenfalls in Venedig besiegt worden. Der dänische König hüpft wie ein Hampelmann, seine Stellung blieb relativ ungeschoren (Waffenstillstand mit Preußen in Malmö 1848).

England war von den 1848er-Ereignissen wenig betroffen, der Löwe streckt dem Kontinent provozierend seine Zunge raus. Von den hilfeschreitenden, bettelnden Iren (Hungerkatastrophe seit 1845/46) wendet sich die Königin ab, der irische Aufstand war bereits 1848 niedergeschlagen worden.

Der Künstler begreift das Revolutionsjahr 1848 als ein gesamt-europäisches Phänomen, die miteinander kooperierenden gegenrevolutionären, reaktionären Kräfte werden groß dargestellt, die Revolutionäre hingegen als kleine flüchtende Gestalten.

Arnd Bauerkämper hat eine ausführliche und eingehende Bildbeschreibung und Bildanalyse verfasst, sie findet sich unter: http://www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_104/mid_12195/40208768/Default.aspx (Zugriff: 08.01.2010).

Zu M 4: Diese Karte enthält im Original folgende – sehr klein gedruckte – Bildlegende:

„England sitzt abwartend auf dem Wollsack; die Fahne seiner Neutralität ist etwas lädiert durch Pulver- und Gewehrsendungen nach Frankreich. Irland möchte sich von der englischen Nabelschnur durch das F[...]thum lösen. Spanien wacht noch immer nach dem verlorenen Königthum und verspricht dem ehrlichen Finder eine Krone. Corsica bemüht sich vergebens, wieder einen ‚großen Corsen‘ zur Welt zu bringen. Sicilien ladet zu einer neuen Vesper. Die Türkei dampft und wird ihr politisches Dasein wohl bald verrauchet haben. Italien spielt mit Rom Imp[...] und erwischt dabei den ‚schwarzen Peter‘. Frankreich verliert beim Ausreissen zwei Hemdenzipfel (Elsass und Lothringen), die Deutschland, beim Haschemännchen, in der Hand behält. Preussen hat Ihm schon. Oesterreich liegt auf der Lauer. Belgien und Holland laden die Kriegsparteien zum Besuch auf ein neutrales Gericht Bayonett mit Kolben. Die Schweiz heilt die Wunden der Wunder des Ch[...]t's. Dänemark's »[...]« und Russland harrt mit scharf geschliffenem Messer der Stunde, wo es ihm vergönnt sein wird, ein Stück vom Halbmond für sich abzuschneiden. Zu der ganzen Comö-

die spielen Schweden und Norwegen vorläufig die Zuschauer (Die Dampfer-Linien nach London sind stark befahren)“.

Zit. nach: [http://www.vulture-bookz.de/imagebank/Karikaturen/pages/1870-Humoristische_Karte_von_Europa_\(A_Neumann\).html](http://www.vulture-bookz.de/imagebank/Karikaturen/pages/1870-Humoristische_Karte_von_Europa_(A_Neumann).html) (Zugriff: 08.01.2010).

Zu M7: Im Mittelpunkt des Bildes klaffen die beiden aneinandergeketteten Hunde, der deutsche Dackel und der österreichische Beagle (Zweibund, seit 1879); beide fordern sie gleichsam das übrige Europa heraus. Die englische Bulldogge ist bereits auf dem Kontinent und unterstützt den gestutzten französischen Pudel, von Russland nähert sich eine gewaltige Dampfwalze und parallel zu ihr der russische Bär. Griechenland und die Türkei beugen sich misstrauisch in kritischer Distanz. Im Mittelmeer, im Schwarzen Meer, im Atlantik sowie in der Nordsee kreuzen Kriegsschiffe.

j) Im Mittelpunkt des Bildes „Im Friedenszirkus“ aus „Der wahre Jacob“ (unmittelbar nach Kriegsende des Ersten Weltkrieges) steht eine selbstbewusste junge Frau mit phrygischer Mütze, die die revolutionäre demokratische Volksherrschaft repräsentiert. Sie schwingt die Peitsche und hält die anderen Großmächte souverän in Schach. Der „Friede“ ist noch jung und schmiegt sich ängstlich an die Frau. Der zähnebleckende Löwe steht für England, auf seinem Rücken steht der Hahn für Frankreich, zu dieser Gruppe gehört auch der russische Bär. Im Vordergrund stehen der Adler mit der Pickelhaube (Deutschland) und der Doppelkopfadler (Österreich), hinter ihnen schleicht geduckt der italienische Leopard. Im Hintergrund lauern der chinesische Drache und die japanische Katze. Während das bürgerliche Publikum der mutigen jungen Demokratie zjubelt, verhalten sich die angespannten Militärs in den Logenplätzen distanziert ruhig.

Das Bild entstand nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands (11. November 1918) und vor den Friedensverhandlungen in Versailles, die für Deutschland außerordentlich deprimierend waren. Das Bild illustriert auch die optimistischen deutschen Vorstellungen (oder Illusionen) im Hinblick auf seine Rolle bei den späteren Friedensverhandlungen, bei denen Deutschland nicht unmittelbar zugelassen wurde.

k) Nationen und Nationalismus spielten bei den Krisen und Kriegen im 19. und 20. Jahrhundert eine absolut dominante, fatale Rolle, die kaum überschätzt werden kann. Vgl. dazu Benedict Anderson in M9.

l) Schüleraktivität

Gewiss sind derartige Ressentiments beträchtlich geschwunden. Die stereotypen – und oft negativen – Zuschreibungen, die noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert anderen europäischen Nationen galten, haben mutmaßlich erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt. Gleichwohl sind diese noch keineswegs aus der Welt, dazu tragen auch Selbstethnisierungsprozesse von nationalen Minderheiten (etwa von Türken in Deutschland) bei. Kulturelle Zuschreibungsmuster, die immer noch z.B. gegenüber „den“ Spaniern, Türken oder Polen gelten, sind von einer schrecklich langen Dauer, die nicht einfach durch eine gutgemeinte aufklärerische Bildungsarbeit oder interkulturelle Kontakte rasch aus der Welt geschaffen werden können. Der europäische nation-building-Prozess wird vermutlich Generationen andauern.

1.4 Nationale Fremd- und Selbstbilder – die deutsch-französische „Erbfeindschaft“

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 67

a) Im 19. Jahrhundert wandelte sich der traditionelle – religiös begründete – Antisemitismus in den „modernen“, rassistisch begründeten Antisemitismus (vgl. hierzu M6 und M7), bei dem die Juden zu „gefährlichen biologischen Fremdkörpern“ erklärt wurden. Der Widerstand gegen Napoleon wurde als eine nationale Aktion interpretiert, bei der „die Deutschen“ sich ihrer nationalen und damit auch vermeintlich „völkischen“ Identität bewusst wurden, dabei hätten nationale Minderheiten störend gewirkt. Daher wurden die Aktivitäten von jüdischen Deutschen während der „Befreiungskriege“ nicht in das kollektive Gedächtnis aufgenommen.

b) [Anmerkung der Redaktion: Der Arbeitsvorschlag b) bezieht sich nur auf M3. In der 1. Auflage des Schulbuches wurde fälschlicherweise auf das Fremdbild der Türken abgehoben.] Weber (M3) stellt alle Klischees zusammen, die über die Franzosen im Umlauf sind: Die Franzosen lieben das gute, sinnliche Leben, den Frohsinn und die Munterkeit, führen ein oberflächliches (weibisches) Leben, nehmen die Dinge nicht wirklich ernst, schätzen schöne Äußerlichkeiten und den schönen Flitter, kennen keine echten Gefühle, sind geborene Höflinge, verfügen über keine innere Festigkeit.

Die Fremdbeschreibung von Julius Weber sagt allenfalls etwas über die (normative) Selbststilisierung der Deutschen aus. Diese ergibt sich ex negativo aus der Fremdbeschreibung. Die Fremdbeschreibung fordert zur eigenen Beachtung von Tugenden auf, die anderen aberkannt werden: Sie sind demzufolge kultiviert und ehrlich und rechtschaffen, treu und warmherzig, authentisch, schätzen die eigene Kultur, Heimat und Nation usw.

c) Vgl. hierzu auch die Ausführungen zu b). Die Franzosen hätten jahrhundertlang freventlich Deutschland auf hinterlistige Weise unterjocht und die „heilige Erde“ (M4, Z. 28) entweiht. Die Franzosen waren, sind und werden immer die geschworenen Feinde der Deutschen bleiben. Der Hass auf dieses Volk, der wie eine Religion bei allen rechtschaffenen Deutschen glühen soll, wird Deutschlands Grenzen besser schützen als militärische Anstrengungen, denn Gott habe die Deutschen in die Mitte Europas gesetzt. Daher werde Deutschland immer wieder von allen Seiten überflutet und daher gelte es besonders wachsam zu sein, um die deutsche Eigenart vor dem Fremden zu bewahren.

d) Die Juden galten als „Wandervolk“, das die „reinen und herrlichen Keime“ (M6, Z. 14) eines Volkes „vergiften und verderben“ (Z. 15) könne. Das „ursprünglich“ reine Volk würde dadurch geschwächt werden. Arndt nimmt damit bereits den späteren rassistisch-biologisch motivierten Antisemitismus vorweg.

e) Der völkische Nationalismus von Arndt resultiere Lenk (M7) zufolge aus der Aussichtslosigkeit, die Ziele der deutschen Nationalbewegung – u. a. die politischen Einigung – rasch einzulösen. Daher verankert er das „deutsche Wesen“ (Z. 7) auf

mythische Weise. Der gemeinsame Hass auf die Franzosen (und auch auf die Juden) soll ein gesamtdeutsches Selbstbewusstsein schaffen, im Kampf gegen die Franzosen erwecke die nationale Identität, komme der Deutsche gleichsam zu sich selbst. Die „deutsche Sendung“ geht mit einem kruden Freund-Feind-Bild einher, die Mythologisierung des Deutschen (dem „ursprünglichen“ Volk) wird angereichert durch eine pseudowissenschaftliche völkische Ideologie. Aus diesem Fundus schöpfte die spätere völkische Bewegung des Deutschen Kaiserreiches und später die NSDAP.

f) Im Zentrum des Denkens von Jahn stand die „nationalpolitische Erziehung“, die nationale Identität, die Jahn – wie auch Arndt – scharf von einer „welschen“ (M8, Z. 90) Gesinnung abhob. Das schichtenübergreifende Turnen – nicht etwa die sportliche Betätigung – sollte dieser nationalen Gesinnung, „Ermannung“ und/oder „Wehrhaftmachung“ (Z. 106) dienen (tatsächlich sammelten sich in den Jahnschen Turnvereinen eher bürgerliche junge Männer). Ähnlichen nationalpolitischen Zielen fühlte sich die Sängerbewegung verpflichtet.

g) Diese Vereinigungen stellten wohl die monarchische Ordnung nicht grundsätzlich infrage, drangen aber auf mehr Bürgerrechte und politische Mitsprache. Zugleich lehnten die Turn- und Sängervereine die nationale Zersplitterung und damit den Deutschen Bund ab. Die Schaffung einer deutschen Einheit lag aber nicht im Interesse der alten feudalen Eliten und Monarchen, da dadurch deren Stellung prekär werden konnte.

h) Die europäischen Nachbarstaaten waren an einer deutschen Einigung nicht interessiert, fühlten sich vielmehr von dieser bedroht. Die Rheinkrise erregte seit 1840 in Deutschland die Gemüter. Man befürchtete einen französischen Griff auf die Rheingrenze. Einen weiteren Dauerkonflikt bildete die Schleswig-Holstein-Frage. Immerhin hielt Russland nach der „Schmach von Malmö“ seine schützende Hand über Dänemark. Mit Besorgnis wurde auch in Deutschland die französische Expansionspolitik gesehen. 1861 annektierte Frankreich Savoyen und man befürchtete eine erneute Rheinkrise. Italien machte große Fortschritte in Richtung nationale Einheit. Diese Bedrohungsszenarien spielten in der Sängerbewegung eine große Rolle.

i) Schüleraktivität

j)

- Zu M14: 1871 wurde Frankreich durch deutsche Truppen und politische Führungsgestalten nicht nur rasch besiegt, sondern auch noch gedemütigt, immerhin fand die deutsche Kaiserproklamation in Versailles statt. Die Pickelhaube symbolisiert die preußischen bzw. deutschen Truppen, die auf der Erde (also nicht nur in Frankreich) eine Sonnenfinsternis bewirken könnte, wie der Karikaturist provozierend fragt.
- Zu M15: Die Gestalten im Vordergrund stehen für verschiedene europäische Nationen, im Hintergrund sieht man die französische Marianne und einen bewaffneten Sansculotten. Die Französische Revolution wird von dem deutschen Karikaturisten nur in ihren Schrecknissen dargestellt bzw. auf diese reduziert, die brennende Bastille, die Ermordung von Marat sowie die Guillotine. Die „Zaungäste“ sind an einer

differenzierten Aufarbeitung oder Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution nicht interessiert, ihre Ziele und Ergebnisse bewegen sie nicht.

k) Sicherlich sind immer noch – wechselseitige – nationale Stereotypen und/oder Zuschreibungen wirksam, sie können aber als augenzwinkernde Folklore abgehakt werden: Die seit den 1950er-Jahren offensiv betriebene Politik der Westintegration hat nicht nur politische, sondern auch mentale Wirkungen gezeigt. Der Begriff der „Erbfeindschaft“ ist nicht nur weithin in den Nebel der Vergangenheit gerückt, sondern wird allgemein als ein historisches Phänomen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gedeutet.

Geschichte erinnern: Nationale Gedenktage im Kaiserreich

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 70

a) Als das Deutsche Reich 1871 in Versailles (vgl. SB S. 72 f.) durch die deutschen Fürsten und Generäle aus der Taufe gehoben wurde, traten vor allem evangelische Kreise an den Kaiser heran, einen Tag zu benennen, an dem das deutsche Volk gemeinsam die Gründung des Deutschen Reiches feiern könnte. Der Kaiser lehnte den 18. Januar (Kaiserproklamation in Versailles) ab, da am 18. Januar auch die erste preußische Königskrönung stattgefunden hatte, ein genuin preußischer Festtag würde dann mit einem nationalen Feiertag konkurrieren. Pastor Friedrich Wilhelm Bodelschwingh schlug daher den Sedantag (2. September) vor. Auch wenn der 2. September nie zu einem offiziellen Feiertag erklärt wurde, wurde er im Deutschen Kaiserreich lebhaft gefeiert, vor allem von bürgerlichen und adligen Kreisen, von der Beamenschaft und den Veteranen-, und mittlerweile stramm nationalistischen Turn- und Sängerverbänden. Er spielte – wie vor allem der Text von Haffner (M3) plastisch illustriert – eine beachtliche Rolle für die Herausbildung einer nationalen Identität. Allerdings wurde der Sedantag in Süddeutschland weniger gefeiert, hier spielten andere Schlachtenorte eine wichtigere Rolle, die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft hielt sich von diesem nationalistisch-militaristischen Spektakeln ohnedies fern. M1 und M2 (imperialer Anspruch: „Hegemonie des germanischen Geistes auf Erden“) machen deutlich, dass die nationale deutsche Einigung in einen engen, ja geradezu schicksalhaften Zusammenhang mit der mythisch überhöhten deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ („neues Zeitalter“) gebracht wurde. Hier könnte man eine Schülerin/einen Schüler ermuntern, die Geschichte der Quadriga auf dem Brandenburger Tor zu erkunden, die 1806 von Napoleon als Beutegut verschleppt wurde, acht Jahre später aber wieder ihren angestammten Platz fand.

b) Der 3. Oktober (offizielle Vereinigung der Bundesrepublik mit der ehemaligen DDR) konnte sich noch weniger als der frühere 17. Juni als „Nationalfeiertag“ der Bundesrepublik etablieren. Der ursprünglich vorgesehene Tag des Mauerfalls, der 9. November, schien aber wegen des Hitler-Putsches 1923 und der Reichspogromnacht 1938 ungeeignet, umgekehrt hätte sich auch die Erinnerung an den 9. November 1918 (Deutsche Revolution, Ende des Kaiserreichs, Beginn der Demokratisierung) angeboten.

„Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit der Wirkung vom 3. Oktober 1990.“ In den Herzen und Seelen vieler Menschen ist freilich der 3. Oktober nie richtig angekommen. Im Jahr 2004 schlug der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder daher auch vor, den Tag der Einheit als Feiertag abzuschaffen, um das Wirtschaftswachstum zu befördern. Der Vorschlag wurde vor allem deshalb zurückgewiesen, da dies auf eine Arbeitszeitverlängerung hinauslaufen würde. Die jedes Jahr von einem anderen Bundesland ausgerichteten Feste zum 3. Oktober werden freundlich aufgenommen, aber kaum in einen Bezug zur deutschen Wiedervereinigung gesetzt.

Die Diskussion könnte erörtern, in welchem weltgeschichtlichen Zusammenhang die deutsch-deutsche Einheit steht (Ende der Sowjetunion, Ende des säkularen Ost-West-Konflikts, Ende des Wettrüstens, europäische Integration der ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR, nachlassendes Interesse der Großmächte an afrikanischen Staaten usw.) und wie sich die Bundesrepublik Deutschland politisch neu „verortet“, welche Rolle sie in Europa und in der Welt spielt bzw. spielen könnte, wie sie ihr gewachsenes politisches Gewicht einsetzt oder einsetzen sollte. Die historische Erinnerung hat ja stets auch eine je spezifische gegenwartsbezogene politische Dimension. Hier zeichnen sich eher politische „Suchbewegungen“ als klare politische Konturen ab.

Geschichte erinnern:

Die Symbolik historischer Orte – Versailles

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 72

a) Versailles war im 18. Jahrhundert Symbol für den europaweit dominierenden französischen Absolutismus, der an vielen deutschen und anderen europäischen Höfen bewundert und vielfältig nachgeahmt wurde. Versailles mutierte in der Phase der im 19. Jahrhundert erfundenen französisch-deutschen „Erbfeindschaft“ zum Symbol einer gefährlichen Bedrohung, die im Versailler Vertrag von 1919 ihren Höhepunkt fand – der vor allem von den Nationalisten und Nationalsozialisten im Kampf gegen die junge Demokratie politisch-agitatorisch vielfältig ausgebeutet wurde (vgl. M 3): Am 28. Juni 1919 wurde der Versailler Vertrag durch den deutschen Außenminister Hermann Müller (SPD) und den Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest unterschrieben. Hier wird vor allem gegen den Artikel 231, der die „alleinige“ Kriegsschuld Deutschlands festschrieb, agitiert. Der Artikel lautet: „Die alli-

ierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“ (Zit. nach Digitales Archiv Marburg, <http://www.digam.net/dokument.php?ID=4812&PHPSESSID=9f54c7d3e6532def80a63ebe85fca718>, Zugriff: 08.01.2010). In Versailles fanden wiederholt gegenseitige „nationale Demütigungen“ statt: 1871, dann wieder 1919 und 1940.

Die Erinnerung an diese „Erbfeindschaft“ ist indes gegenwärtig ziemlich verblasst (vgl. M 4 und VT S. 72).

Versailles steht – ähnlich wie Compiègne – als Ort, an dem sich gegenseitige nationale Kränkungen oder Demütigungen vollzogen. 1918 musste die deutsche Heeresleitung ihre Kapitulation in einem Salon-Waggon bei Compiègne unterzeichnen. Als die deutsche Wehrmacht in einem „Blitzkrieg“ Frankreich 1940 dramatisch rasch besiegte, musste Frankreich seine Kapitulation exakt am selben Ort erklären, hierzu musste extra der historische Waggon von 1918 aus einem Museum herbeigeschafft werden. Wieder wurden Friedensbedingungen wie in Versailles „diktiert“.

b) Schüleraktivität

Weimar steht nicht nur für die deutsche Klassik mit einer Reihe von europaweit bekannten Geistesgrößen wie Herder, Schiller, Goethe oder Schopenhauer, die spezifische Werte und Ideale repräsentieren, sondern auch und gerade für Humanität und Toleranz werben.

Als die napoleonischen Truppen 1806 in rascher Folge deutsche Städte und Staaten eroberten (bzw. diese kampflos kapitulierten), verbot Napoleon seinen Soldaten, sich in Weimar an diesen Gelehrten und Schriftstellern oder ihren Häusern zu vergreifen.

Die Weimarer Republik wurde in Weimar 1919 aus der Taufe gehoben, denn in Berlin herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände und die Nationalversammlung wollte nicht unter dem „Druck der Straße“ beraten. Die Wahl des Ortes war keine zufällige, sondern eine bewusste. Man wollte 1919 an „besseren“, humanitären Traditionen anknüpfen, die im Deutschen Kaiserreich kaum zur Geltung gelangten.

Weimar steht aber auch in einer engen Nachbarschaft zu dem Konzentrationslager Buchenwald, vor dessen Verbrechen die bürgerliche Öffentlichkeit die Augen verschloss und damit ihr Erbe verriet.

2 Grundlagen moderner politischer Ordnungsformen in Mittelalter und Früher Neuzeit

2.1 Wurzeln „europäischer“ Werte

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 90

a) Individuelle Lösungen der Schülerinnen und Schüler.

- b) [Anmerkung der Redaktion: In der 1. Auflage des Schülerbuches heißt es fälschlicherweise M9 statt M7.]
- Wahlkönigtum: (M7, Z. 7f.) „Ort der allgemeinen Wahl“; (Z. 14ff.) „nach ihrem Brauche zum König“; (Z. 22) Heiligung durch den Erzbischof von Mainz in vollem Ornat durch Berührung; (Z. 32ff.) Wahlbestätigung durch den Erzbischof;
 - sakrales Königtum: (Z. 39ff.) Aushändigung der Reichskleinodien durch den Erzbischof und Beauftragung als Verteidiger des Glaubens; (Z. 64ff.) Salbung und Krönung als Zeichen der sakralen = geheiligten Herrschaft

c) M6 (Otto II. + Theophanu) und M9 (Regensburger Sakramentar): Herausarbeiten ist, dass die Herrschergestalten auf beiden Bildern von Christus durch Berührung gekrönt, bzw. gesegnet werden, das heißt also ihre Herrschaft direkt und unmittelbar durch göttliche Gnade erhalten und nicht durch die Vermittlung eines geistlichen Würdenträgers. Beim Regensburger Sakramentar sind die beiden Heiligen St. Emmeran und St. Ulrich mit zum Kaiser erhobenen Blick dargestellt. All dies soll vermitteln: der König/Kaiser ist kein normaler Mensch, sondern geheiligt, seine Herrschaft sakral (Titel *vicarius christi*, *alter post christum*).

d) Die politische Basis des Reichskirchensystems liegt für den König darin, dass er in geistlichen Würdenträgern zuverlässige und noch dazu meist gebildete Lehensmänner findet, die nicht, wie weltliche Lehensmänner, das Interesse verfolgen, das Lehen an ihre Erben weiterzugeben. Bedingung bleibt, dass der König Einfluss auf die Auswahl der Bischöfe und Äbte nimmt, also auf die Investitur.

Das Material M8 zeigt das Postulat des alleinigen und universalen Machtanspruchs des Papstes, explizit auch in der Einsetzung und Absetzung von Bischöfen, wobei sich dieser Punkt auch gegen die Selbstständigkeit des Klerus richtet (u. a. Punkt 15, 17, 25). Er hat die Verfügung über die kaiserlichen Insignien (Punkt 8) und es besteht ein Ausschluss jeder Gerichtsbarkeit über den Papst (Punkt 19) – wie noch in Sutri 1046 durch den Kaiser praktiziert –, was den Anspruch auf das Primat des Papstes in der Welt noch vor dem Kaiser bekräftigt.

e) [Anmerkung der Redaktion: In der 1. Auflage des Schülerbuches heißt es fälschlicherweise M12 und M13 statt M11 und M12.] Barbarossa (M11) betont in der Einleitung und der Conclusio, dass die kaiserliche und königliche Würde einzig von Gott kommt (Z. 57ff.). Der Anspruch des Papstes wird zurückgewiesen und als Frevel an der göttlichen Weltordnung verurteilt (62ff.). Die Zwei-Schwerterlehre wird hier so ausgelegt, dass dem Kaiser das weltliche Schwert von Gott verliehen und keine Gabe der Kirche ist.

Dem widerspricht die Aussage der Bulle *Unam sanctam* (M12). Sie leitet aus mehreren Bibelziten ausführlich begründend her, dass die Kirche auch über das weltliche Schwert verfüge,

der König/Kaiser also in ihrem Auftrag herrsche und seine Herrschaft damit auch dem Urteil der Kirche, des Papstes unterliege (Z. 15 ff.). Der Papst dagegen, als die höchste Macht der Kirche und damit über dem König/Kaiser stehend, ist allein von Gott zu richten (Z. 38 ff.). Dies greift den Gedanken aus dem *Dictatus Papae* (M8, Punkt 19) auf. Alle „menschliche Kreatur“ (Z. 54) bezieht sich somit auch auf den Kaiser, der damit nicht mehr als über den Menschen stehend gesehen wird.

f) **siehe e**; Während vor dem Investiturstreit der Kaiser eine persönlich heilige Symbolgestalt ist, wird er seitens der Kirche danach und währenddessen als Laie, als Nichtpriester betrachtet.

g) Beide Parteien unterzeichnen jeweils eine Urkunde, der König verzichtet auf die Investitur mit den kirchlichen Insignien – M10 a) „Ring und Stab“, Z. 5ff. – und garantiert neben der freien kanonischen Wahl auch die Rückgabe der kirchlichen Güter. Der Papst – Text M10 b – gesteht seinerseits dem König im Deutschen Reich zu (Z. 43 Unterscheidung der Begriffe *regnum* und *imperium*, letzteres ist bei dieser Bestimmung extra ausgenommen) bei der Wahl anwesend zu sein und in Streitfällen zu entscheiden. Die Investitur mit dem Zepter und die Aufgaben des Reichsfürsten bleiben beim König. Interessant hier die Trennung der deutschen Gebiete von den Reichsgebieten in Italien. Die Investitur der kirchlichen Würde verbleibt allein in kirchlicher Sphäre, der politisch-weltliche Aspekt der Einsetzung bleibt beim Kaiser, damit ist die Aufteilung explizit als Rechtsgrundsatz festgelegt.

h) Kernpunkte: Bismarck sieht in der Zentrumsparterie/der katholischen Kirche eine „schwarze Internationale“ die dem Nationalstaat feindlich gesonnen ist und auch die Partikularkräfte des Reiches vertritt. Bereits im Juli 1871 Auflösung der katholischen Abteilung im Kulturministerium und im Dezember der „Kanzelparagraph“. Weitere Gesetze zur Trennung von Staat und Kirche folgen (Schulaufsicht 1872, Maigesetze 1873 in denen u. a. die Neubesetzung kirchlicher Ämter der staatlichen Aussicht zu melden sind, Zivilehe 1875). Diese gedankliche Trennung bleibt auch nach dem Ende des Kulturkampfes (Begriff Virchow).

Die Gedenkmünze M14 zeigt, das bewusste Anknüpfen an den Mythos von Canossa und die Inanspruchnahme dieses Ereignisses, anknüpfend an die Reichstagsrede vom 14. Mai 1872 in der Bismarck die Ablehnung des Botschafters Schillingsfürst durch den Vatikan zum Anlass nahm um seine Politik in den Kontext des mittelalterlichen Investiturstreits zu stellen: „[...] seien sie ohne Sorge, nach Canossa gehen wir nicht!“. Die Karikatur M15 hält nach Ende des Kulturkampfes Bismarck seine eigene Polemik vor (Bibelfigur Simson/Samson ev. klären AT, Kampf gegen die Philister, stärkster Mann der Israeliten, der durch Verführung in Gefangenschaft gerät und dort die tragende Säule zum Einsturz bringt um doch noch seinem Gott und seinem Volk zu dienen).

i) und j)

- Das Material M13: Betonung der Einheit von göttlicher Macht und staatlichem Auftrag zur Herrschaft (Z. 5ff.). Dabei spielt die Definition des Kalifats als auch demokratischer Souveränität weniger eine Rolle. Entscheidend ist die Ablehnung jeder Souveränität menschlicher Macht. Ihre einzige Rechtfertigung liegt in der Vertretung des göttlichen Auftrages (Z. 9ff.). Staatliche Gewalt ist somit nur geistlich begründet (Z. 14f.).

Die Scharia ist die von Gott bestimmte Ordnung, die dadurch zur Basis aller Rechtsnormen wird. Im engeren Sinne heute auch als allgemein islamisches Recht verstanden, dabei sind sowohl rituelle Rechtsvorschriften als auch Zivil- und Strafrechtsvorschriften enthalten. Bei Schülerrecherchen ist darauf zu achten, dass es sehr viele parteiische, sowohl fundamentalistisch, islamisch als auch polemisch ablehnende Quellen im Internet gibt. Diese Tatsache sollte auch thematisiert werden.

2.2 Herrschaft und Mitsprache – das Lehnswesen

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 109

a) Die Entwicklung der Militärtechnik seit der frühen Karolingerzeit hin zu gepanzerten Reitern, deren Ausbildung teuer war und die ständiges Training benötigten, war nur für wenige, durch den König mit Land und Leuten geförderte Krieger leistbar. Die Masse der ursprünglich freien Kriegerbauern wurde unfrei, weil sie zwar vom Kriegsdienst befreit das ganze Jahr auf den Feldern arbeiteten durften, aber auch von den Kriegen abhängig waren und durch sie beherrscht wurden. Die Differenzierung in Krieger und abhängige Bauern wird in M7 Punkt 2 und 3 deutlich.

b) In der Beschreibung der Funktion des Lehnswesens ist die Gegenseitigkeit der Treue wichtig und die unterschiedlichen Ebenen, die ihrerseits wieder auf Gegenseitigkeit beruhen.

c) Neun unterschiedlich bedeutende Lehnsherren des Rheingrafen werden genannt. Die Art der Lehen reicht von Land, Rechten, Gerichtsbarkeit, Geld, Gewürzen u.ä. bis zu Menschen und wiederum Lehen, die andere innehaben sowie Leistungen in der Zukunft. Viele Lehen verleiht er selber wieder weiter.

d) Vor einer Öffentlichkeit (Bild M3 = geistliche und weltliche Adelige) kniet der Vasall, der Herr übergibt das Lehen in Form der Fahne (Fahnenlehen), fragt den Vasallen (M9), dieser bejaht, es folgen Handgang, Kuss, Versprechen und Bekräftigung durch den Eid. Dieser Ablauf schafft Recht durch Öffentlichkeit und religiös bekräftigtes Versprechen.

e) Das Treuverhältnis und die Verpflichtung zwischen den Lehnspartnern sind gegenseitig und finden zwischen zwei freien Adeligen statt. Der Dienstmann gehorcht und untersteht dem Herrn, also eine einseitige Gehorsamsbeziehung.

f)

- Friedrich Barbarossa stärkt die Stellung des Lehnsherrn/Königs, gegen die Tendenz zur Erblichkeit (M11 Punkte 1 und 2) gegenüber der Kirche (Punkt 4)
- Italienpolitik
- Kampf gegen die oberitalienischen Städte (Mailand von 1155 – 1177) und den Papst

g) siehe Zeilen 14/15, 25, 34

h) je nach Region unterschiedlich

i)

- M12 Erblichkeit des Herzogtums Österreich auch über die weibliche Linie (→ Maria Theresia) Abs. 4; freie Vererbung Abs. 5; Consilium und Auxilium nur in direkter Nachbarschaft Österreichs, dadurch recht frühe Ausbildung von Territorialherrschaft und damit Eigenstaatlichkeit Österreichs
- Rückgabe des Herzogtums Bayern durch Fahnen an den Kaiser, dieser gibt sie weiter an Heinrich den Löwen, der dadurch mit Bayern belehnt wird, er gibt die Ostmark durch zwei Fahnen an den Kaiser zurück und dieser gibt sie an den Babenberger und seine Gemahlin weiter und stellt ein Privileg darüber aus (M12).
- Der Kaiser muss auf zwei einflussreiche Familien Rücksicht nehmen, die Babenberger und die byzantinische Gattin des Herzogs, und die Welfen, die nach den Staufern die mächtigste Familie des Reiches waren. Das Privilegium minus ist ein Ausgleich, das beiden Kontrahenten das Ansehen lässt. Durch die umständlichen Beleihungsvorgänge wird die komplexe Lehnbeziehung deutlich, der Kaiser muss auf alle Beteiligten Rücksicht nehmen, er kann aber auch nicht übergangen werden.

j) Konsensuale Herrschaft → Consensus = Übereinkunft, Zustimmung, also Herrschaft in wechselseitiger Absprache, an der anteilig die Betroffenen das Recht auf Mitsprache und Treue seitens des Herrschers haben, der seinerseits gebunden ist an ihre Zustimmung.

k) Thesen M15 a:

- wichtigste Auswirkung des Lehnswesens und der Ständeverfassung war die Ausbildung der parlamentarischen Demokratie (Z. 3ff.), „Sonderentwicklung auf feudaler Grundlage“ (Z. 30)
- „Der Absolutismus als Gegenbewegung hat das Prinzip kontrollierten Fürstengewalt nicht zu verdrängen vermocht.“ (Z. 19ff.)

Thesen M15 b:

- das Lehnswesen ist kein „Erfolgsmodell“ für die Entwicklung Europas gewesen, sondern „dürftiges Notbehelf“ (Z. 33)
- die Geschichte Europas ist mehrdimensional und widersprüchlich (Marginalisierung, Depression, Katastrophen), zwischen dem Reich Karls des Großen und der Verfassung des heutigen Europa gab es multiple Entwicklungen die einen besonderen „Gründungsmythos“ (Z. 51) bezweifeln lassen

l) Individuelle Lösungen der Schülerinnen und Schüler.

m) Heterogene Machtstruktur im Reich bedeutete „auf verschiedenen Ebenen autonome Herrschaft“ (M 16, Z. 53 f.) auszuüben. Der Kaiser hatte über die unterschiedlichen Reichsglieder (verschiedene Herrschaftsträger wie Fürsten, Ritter, Städte usw. – Z. 25 ff.) keine einheitliche Gewalt, was auch eine territoriale Fragmentierung seiner Herrschaft zur Folge hatte (Z. 55 ff.).

n) Besonderheiten des Heiligen Römischen Reiches:

- Unterschiedlichkeit der direkten Reichsglieder (M 16, Z. 25 ff.) und die wiederum von ihnen abhängigen Herrschaftsträger, unterschiedliche Rechte und Pflichten,
- unmittelbare und mittelbare Reichsglieder → kein homogener moderner Staat, sondern Hierarchie aus heterogenen Herrschaftsträgern (Z. 48 ff.)

Auswirkungen auf die Entwicklung der deutschen Geschichte:

- durch die Ausbildung der dezentralen Herrschaftsstruktur und das Fehlen eines frühen deutschen Nationalstaates
- Eigenentwicklung Österreichs als früher Territorialstaat, dadurch entstehende föderale Struktur

- breite Verteilung von konsensualer Herrschaft im Reich als Basis für die Entwicklung ständischer Vertretungen, die ihrerseits Vorläufer des Parlamentarismus sind, dadurch eine europäische Tradition der Herrschaftsteilung

o) Der Kaiser ist das symbolische Oberhaupt, er repräsentiert die Gesamtheit des Reiches, seine Machtansprüche auf Durchsetzung einer Zentralmacht sind aber abhängig von seiner persönlichen Machtposition (Hausmacht). Grundprinzip der konsensualen Herrschaft bereits im Lehenssystem. Verändert sich im Spätmittelalter zum Steuerbewilligungsrecht der Ständeversammlung, da die dingliche Lehensleistung der Vasallen zunehmend in finanzielle Leistungen umgewandelt wird.

p) Beispiel für die eben geschilderten Verhältnisse: der Herzog muss sich von den niederbayerischen Ständen eine Sondersteuer bewilligen lassen, dafür gibt er ihnen das Recht der Niedergerichtsbarkeit in ihren Besitzungen, das Recht der Hochgerichtsbarkeit behält er sich vor. Dazu werden die einzelnen Straftatbestände beschrieben und festgelegt, sodass eine Basis für ein landesweites Reichsverfahren gelegt wird.

2.3. Im freien Staat wird die Staatsgewalt geteilt

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 121

a)

Gemeinsamkeit

- völlige und uneingeschränkte Staatsmacht als einzig sinnvolle Form der Staatsgewalt
- Verpflichtung der Untertanen auf unbedingten Gehorsam ohne Widerstandsrecht

Unterschiede

James I.	Thomas Hobbes
<ul style="list-style-type: none"> • religiöse Herrschaftslegitimation: Gottesgnadentum göttlicher nicht menschlicher Wille • väterliche Fürsorge des Herrschers für unmündige Landeskinder • natürliches organisches Modell: Kopf – Körper 	<ul style="list-style-type: none"> • politische nicht-religiöse Herrschaftslegitimation: Konkurrenz der egoistischen Interessen im Naturzustand • negative Natur der Menschen • Abschreckung und Unterdrückung durch den Staat • politisches Modell: Übertragung der persönlichen Souveränität im Vertrag auf den Staat

b)

Locke baut in folgenden Aspekten auf Hobbes auf:

- Naturzustand: Freiheit und Gleichheit der Menschen, keine Garantie für Sicherung der individuellen Existenz
- Gesellschafts- und Staatsvertrag: Übertragung der individuellen Souveränität auf den Staat zur kollektiven Sicherung der Existenzen
- Staat = Garant von Frieden, Sicherheit und gesellschaftlicher Ordnung, damit des individuellen Lebens

Locke widerspricht Hobbes in folgenden Aspekten:

Hobbes	Locke
<ul style="list-style-type: none"> • negative Natur des Menschen • Naturzustand = Krieg aller gegen alle, Chaos • Staat: Schutz des Lebens • Staatsgewalt: Gewaltenkonzentration mit unbeschränkter Macht 	<ul style="list-style-type: none"> • positive Natur des Menschen • Naturzustand: Herrschaft der Naturrechte, keine Garantie des Eigentums, Labilität der Verhältnisse • Staat: Schutz des Lebens und des privaten Eigentums • Staatsgewalt: Gewaltenteilung, Bindung der Staatsgewalt an das Naturrecht

c)

Lockes Modell der Gewaltenteilung	Montesquieus Modell der Gewaltenteilung
Legislative (Gesetzgebung)	Legislative (geteilt zwischen Adelsversammlung und Volksvertretung)
Exekutive Föderative Gewalt → Prärogative	Exekutive: Staatsoberhaupt, Regierung; Durchführung der Gesetze)
	Judikative: richterliche Gewalt unabhängige Rechtsprechung
Bewertung: • Gewaltenteilung als sinnvolle Beschränkung staatlicher Macht und Willkür • keine funktionsfähige Unterteilung	Verbesserungen gegenüber Locke: • geringere Zahl von Teilgewalten • klare und funktionale Unterteilung • klare Orientierung an Recht und Gesetz als Norm und Form staatlichen Handelns

d) [Anmerkung der Redaktion: im Schülerbuch wurde in der ersten Auflage fälschlicherweise die Buchstabenreihenfolge nicht eingehalten] Das Menschenbild ist geprägt von der europäischen Tradition: gemäß den allgemein gültigen Menschenrechten sind Gleichheit und Freiheit die unabdingbaren Grundrechte der individuellen und gesellschaftlichen Existenz des Menschen. Diese sind auf Grund ihrer Vernunft befähigt zur Freiheit und Moral. Daraus folgt, dass die Menschen im Gesellschaftsvertrag ihre Souveränität auf den Staat übertragen, das Prinzip der Volkssouveränität, die in Wahlen ausgeübt wird. Um die Menschenrechte und Volkssouveränität zu garantieren, muss die staatliche Gewalt gemäß dem Modell von Montesquieu geteilt sein. Die Gewaltenverschränkung in der US-Verfassung garantiert jedoch auch die sinnvolle Kooperation der staatlichen Institutionen. Die ehrenamtliche Ausübung politischer Ämter ermöglicht die demokratische Beteiligung aller (aufgeklärten) Menschen an der politischen Macht. Somit kann keine politische Klasse über das Volk herrschen.

e) Erläuterung zur Problematik von Rousseaus (M13) politischer Theorie:

Rousseau kritisierte jede Form der Repräsentation als mögliche und tatsächliche Form der Verfälschung des Wählerwillens, weil die Repräsentanten sich als eigenständige politische Klasse mit eigenen Interessen formieren. Den Menschen im Naturzustand hielt er für moralisch unverbildet, die Kultur und Zivilisation jedoch als einen negativen Prozess der menschlichen Entfremdung und für die Grundlage der Laster. Im „Contrat social“ beschreibt Rousseau, dass aufbauend auf Locke, der Naturzustand nicht bewahrt werden kann. In einem (stillschweigenden, fiktiven) Gesellschaftsvertrag überträgt die Gesamtheit der Wollenden ihre Freiheit auf einen Gesamtwillen („volonté générale“) und ordnet die persönliche Freiheit so der Gemeinschaft (einem „corps moral et collectif“), dem Staat als dem Instrument des Volkswillens unter. Das Wohl der Individuen ist das Ziel der Gesellschaft: Freiheit und Gleichheit sind der Zweck staatlicher Gesetzgebung. Die Souveränität, die legislative Gewalt liegt beim Volk, das der Regierung die exekutive Gewalt überträgt. Damit hebt Rousseau die Idee der Volkssouveränität besonders hervor. Problematisch bleibt bei ihm die Bildung des Gesamtwillens der Menschen, der das Gemeinwohl beinhaltet. Dieses ist

vernünftig a priori erschließbar, ihm darf sich der Einzelne nicht widersetzen. Darin liegen die totalitären Risiken seines Konzepts der direkten Demokratie.

In Stichpunkten zur Frage:

Kritik an der Gewaltenteilung besonders gerichtet auf Legislative

- keine Vertretung des Volkswillens durch Parlament
- Abgeordnete nur als Bevollmächtigte (imperatives Mandat)
- Verselbständigung der einzelnen Gewalten
- Notwendigkeit der direkten Volksgesetzgebung
- Volkssouveränität und Volksfreiheit in Großbritannien nur während der Wahlen

Folgerungen:

- direkte Demokratie
- Volksgesetzgebung durch Versammlungen, Plebiszite und Referenden
- imperatives Mandat für gewählte Vertreter (Bindung an den Wählerwillen)

Probleme:

- mangelnde Sachkompetenz der Bevölkerung
- Diskontinuität im politischen Personal bei imperativem Mandat (Absetzung der Vertreter!)
- Aufwand in Organisation und mangelnde Realisierbarkeit

f) Nicolai (M17) sah die religiöse Verwurzelung in der Bevölkerung negativ, nicht als Teil einer erhaltenswerten und Identität bildenden Volkskultur. Die Volksaufklärung glaubte er in Norddeutschland u. a. wegen des Protestantismus weiter fortgeschritten.

Aberglauben der bayerischen Bevölkerung als Folge des Katholizismus

- Hexenglauben, Teufelsaustreibungen
- Glockenläuten gegen Blitzeinschlag
- Gottesdienste und Andachten statt produktiver Arbeit

Freiheit der Aufklärer für vernünftiges und wissenschaftliches Denken unter dem Schutze der kurfürstlichen Akademie.

Indirekt wird Nikolais Anhängerschaft zum aufgeklärten Absolutismus deutlich, der die rückständige Bevölkerung zu vernünftigen Staatsmitgliedern erziehen soll und kann.

2.4. Vom Gesandtenkongress der deutschen Fürsten zum Bundesrat

Vorbemerkung: Zur Problematik der Einheit

Im Lehrplan wird das Wirken verschiedener staatlicher Strukturen und Ordnungen im Längsschnitt der deutschen Geschichte verankert. Der Föderalismus wurde im Grundgesetz stärker und umfassender verankert als Teil der unveränderbaren Strukturprinzipien und positiv im Sinne der vertikalen Gewaltenteilung als demokratisches Element verstanden. Nicht unproblematisch ist der Versuch, diese Bundesstaatlichkeit an politische deutsche Ordnungen vor 1871

anzuknüpfen. Das Heilige Römische Reich deutscher Nation und der Deutsche Bund stellten jeweils einen Staatenbund, eine Gemeinschaft selbstständiger Territorialstaaten dar. In die Geschichte des Deutschen Reiches vor 1803 fließen die gesamte Staatsbildung, die Verselbstständigung der Territorialfürsten, die Form des Personenverbandsstaates und eine rund 1000-jährige Entwicklung ein. Der sachliche Fokus ist auf die Geschichte des Reichstages, einer Art Ständevertretung, wie sie auch in England mit der Bildung des Unter- und des Oberhauses gegeben war. Allerdings konnte das Deutsche Reich keine zentrale Spitze ausbilden, sodass der Reichstag kein Vorläufer des Parlamentarismus wurde, sondern der Gesandtenkongress eines Staatenbundes.

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 131

a)

frühes Mittelalter	Heeresversammlung, wichtige Beschlüsse für Kriegsfahrt und Gesetzgebung	bewaffnete und freie Stammesmitglieder ein- oder zweimal im Jahr
hohes Mittelalter	Versammlung auf Einberufung des Königs: Beratung, Reichsgesetze, Hofhaltung, Landfrieden	hohe Adelige, weltliche und geistliche Fürsten
spätes Mittelalter	Belange der Reichsverfassung: Goldene Bulle, Reichsregiment, Reichskammergericht, Reichsteuer	Unterteilung in drei Kollegien: weltliche und geistliche Fürsten, Freie Städte, Vorrang der Kurfürsten, getrennte Abstimmung nach „Bänken“
frühe Neuzeit	Religionskonflikte und Religionsfrieden 1663 Immerwährender Reichstag Gleichgewicht der heterogenen Staatenwelt im Hlg. Röm. Reich	Gesandtenkongress ohne Anwesenheit der Fürsten; sinkende Reputation

b) Der politische und juristische Diskurs des 17. und 18. Jahrhunderts über den Zustand des Reiches als Staatenbund verlief kontrovers: Pufendorf orientierte sich an der Herausbildung

des modernen zentralen Staates in Westeuropa, wohingegen Püttner die Heterogenität als Freiheit und Besonderheit des Deutschen Reiches betonte.

Pufendorf	Püttner
Analyse <ul style="list-style-type: none"> Ohnmacht des an sich starken Reiches als Vorteil der Nachbarstaaten Kombination von schlechter Monarchie und ungeordnetem Staatenbund Entscheidungsunfähigkeit wegen Konflikten, Konkurrenz und Misstrauen der souveränen Einzelstaaten 	Analyse <ul style="list-style-type: none"> eigenständige und charakteristische Verfassungen der souveränen Staaten als Indiz von Vielfalt freiwilliger Zusammenschluss souveräner Staaten
Konsequenz <ul style="list-style-type: none"> Kritik der Viel- und Kleinstaaterei Forderung nach stärkerer Zentralmacht eindeutige Klärung der Souveränität 	Konsequenz <ul style="list-style-type: none"> Bewahrung der Vielfalt als Moment von Eigenheit und Freiheit Möglichkeit der doppelten Souveränität eines Staatenbundes

c) Hamilton nahm an der Philadelphia Convention zur Ausarbeitung der neuen Verfassung in den USA teil, die er anschließend in den Federalist Papers gegen den Wunsch nach größerer Selbstständigkeit der Einzelstaaten verteidigte. Er trat für die Wahl des Präsidenten und der Senatoren auf Lebenszeit ein und plädierte für eine starke Zentralregierung gegenüber den Einzelstaaten. Hamilton konnte nur seine letzte Forderung partiell umsetzen. Von 1789 bis 1793 war er der erste Finanzminister und gründete die Föderalistische Partei.

• Staatenbund: einseitige Souveränität der Glieder, minimale Macht des Bundes

Deutsches Reich als Ergebnis eines vielschichtigen Konflikts:

- Kompromiss auf Status-quo zugunsten der schwachen Staaten wegen der Ungleichheit mit den Großmächten
- zentrifugale Entwicklung zur Entmachtung der Souveränität des Reiches
- Interesse des Auslandes an Schwäche des Reiches

Definition Bundesstaat – Staatenbund:

- Bundesstaat: geteilte staatliche Souveränität zwischen Bund und Gliedern mit jeweiligen Kompetenzen

USA: Reich kein Vorbild für neue Staatenbildung und die Verfassung, Formierung der ehemaligen Kolonien und Staaten zu einem Bundesstaat.

d) Vergleich zweier Positionen um den Immerwährenden Reichstag und seine Relevanz (M12)

a) Kilper/Lhota	b) O. Kimminich
historische Entwicklung: Personenverbände Territorialisierung souveräne Einzelstaaten Bundesstaat/Staatenbund	Vergleich des Immerwährenden Reichstag mit der UN-Vollversammlung Garantie der Souveränität der Mitglieder Kriegsverhinderung Verrechtlichung im zwischenstaatlichen Umgang
Ursache des modernen (deutschen) Bundesstaates	Modell als internationaler Staatenbund für friedlichen zwischenstaatlichen Verkehr
Argumentation über eine deutsche Kontinuität in der Bildung des modernen Staates	Relevanz weniger für nationale Geschichte als für transnationale und zwischenstaatliche Ebene

e) Stellung der Bundesstaatlichkeit im Grundgesetz:

- Bundesstaatlichkeit als unveränderbares Verfassungsprinzip
- klare Kompetenztrennung und Kooperationszuweisung (z. B. Gesetzgebung zwischen Bundestag und Bundesrat)
- klare Institutionalisierung: Bundesrat als Länderkammer, Delegierte der Länderregierungen, Bundesorgane und Landesorgane im Rahmen der jeweiligen demokratischen Verfassungen
- Integration des föderativen Prinzips in das Demokratiekonzept des GG: vermehrte politische Partizipation des Volkes, Stärkung der vertikalen Gewaltenteilung, nicht mehr Behinderung des Volkswillens, größere Nähe des Staates zur Bevölkerung

Die Diskussion der Schülerinnen und Schüler sollte kritisch auf die vermeintliche Stammeustradition als Grundlage des Föderalismus eingehen, die auch für die Herausbildung der Territorienvielfalt und deren Spiegelung im alten Reichstag nicht ausschlaggebend war. Andererseits ist die Herausbildung von souveränen Einzelstaaten und der Staatenbundcharakter des alten Reiches konstitutiv für die Entwicklung der föderalen Struktur 1871, 1919 und 1949. 1949 ist im GG die Verknüpfung des Föderalismus mit der Demokratie einerseits, die wesentliche Rolle der bestehenden deutschen Länder für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland andererseits zu beachten.

3 Wurzeln und Traditionen europäischer Denkhaltungen

3.1. Vom Mythos zum Logos

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 142

a) Die Menschen Homers (M5) sind den (mit menschlichen Eigenschaften ausgestatteten) Göttern völlig ausgeliefert. Sie bestimmen vollständig über das menschliche Schicksal. Die Götter handeln aus sehr menschlichen Neigungen und Impulsen wie Eifersucht, Rache oder Vergeltung, Zuneigung, Liebe, Misstrauen oder Fürsorge. Gleichwohl „durchschauen“ die homerischen Helden nicht diese „Erfindung“ ihrer anthropomorphen Götter, sondern fügen sich – wenngleich bisweilen rebellisch – ihrer olympischen Macht und opfern wertvolle Güter, ja sogar auch Menschen, um sie gnädig für ihre Vorhaben zu stimmen.

b) Der Philosoph Xenophanes (um 570 bis 470 v. Chr.) entmythologisiert offenbar die griechischen Götter spöttisch sehr radikal (M8). Er entlarvt sie unverblümt als menschliche Projektionen und als Ausdruck menschlicher Bedürfnisse. Karl Popper z. B. sieht in Xenophanes einen Vorläufer des (agnostischen) kritischen Rationalismus. Die dünne Quellenlage zu Xenophanes erlaubt indes keine sicheren Aussagen, ob diese Einreihung in die Ahnengalerie des kritischen Rationalismus berechtigt ist.

c) Denken und dialogische Vorgehensweise des Sokrates (M6) implizieren folgende Aspekte:

- kritische Nachfrage auf Behauptungen, um stereotype Einstellungen und ungesicherte Urteile zu durchbrechen
- Zweifel an festen Meinungen und Überzeugungen
- Finden der Wahrheit durch Erfahrung und logisches (folgerichtiges) Denken
- Zweifeln an der eigenen Person und ihren Überzeugungen: Selbsterkenntnis des „Ich weiß, dass ich nichts weiß“
- Möglichkeit der Erkenntnis der moralischen Prinzipien
- Gewissen als persönliche und oberste Instanz der Moral

d) Platon (M10) und Aristoteles (M11) reflektieren auch die gesellschaftlichen und politischen Folgen ihres Menschenbildes und des von Sokrates beeinflussten Bildes vom Philosophen:

- Platon fordert die Herrschaft der Philosophen als einer Elite, welche die gesellschaftlichen Normen (moralische wie gesetzliche) definiert und formuliert.
- Aristoteles geht von der Selbstverständlichkeit des Staates und des menschlichen Lebens in Gemeinschaft aus, definiert die Menschen als „zoon politikon“, „Gesellschaftstier“. Letzteres folgert er aus der menschlichen Sprache als Mittel der Kommunikation, die die Menschen vor allen Tieren auszeichnet und die Gesellschaft bzw. Gemeinschaft herstellt. Nur in der vernünftigen und moralischen Gemeinschaft kann der Mensch sein Wesen entfalten.
- Platon fordert wegen der Unvollkommenheit der Menschen, die z. B. auch die Demokratie scheitern lässt, das Regiment der Elite der Philosophen. Als „idealistischer“ Philosoph glaubt er an die Herrschaft der Vernunft und des Wissens.
- Aristoteles folgert als skeptischer, „realistischer“ Philosoph die wissenschaftliche und philosophische Schulung, „Aufklärung“ der Bürger im Staat, damit sie die wertvolle Gabe des Denkens nicht zum Nachteil der Menschen verwenden.

- Aktualität: Beide Philosophen sprechen den Kontrast zwischen denkbarem und realem Wissen und Moralität der Menschen sowie die verhängnisvollen Folgen aus dieser Tatsache an. Platons Konsequenz, die „Gelehrtenrepublik“ birgt in sich die totalitäre Herrschaft einer Elite, die ihre Herrschaft aus dem vermeintlichen Wissen um das Gemeinwohl rechtfertigt und Opposition gegen die Diktatur unterdrückt (vgl. Herrschaft der Jakobiner und der Kommunisten). Aristoteles kennt wie Platon die Gefahren, neigt jedoch selbst zur vorsichtigeren Lösung, indem er die Menschen, die notwendig in Gesellschaft zusammenleben, mit möglichst umfassender Bildung versieht, damit sie als Einzelne verantwortlich entscheiden können.

e) Thales (M12a) sucht nach dem unveränderlichen Grundbaustein des Universums und benennt das Wasser, das verschiedene Aggregatzustände annehmen kann und für das gesamte Leben in der Natur unabdingbar ist. Das Wasser gibt es im undifferenzierten „Urstoffzustand“ (Z. 16) und in differenziertem Zustand. Beide Zustände gehen in einem ewigen Kreislauf ineinander über.

Thales argumentiert sowohl naturwissenschaftlich (er geht von seiner Erfahrung aus und beobachtet und misst) als auch philosophisch. Er versucht also einem Wahrheitsanspruch zu genügen, der nicht empirisch (also von der menschlichen Erfahrung ausgehend) aufweisbar ist, sondern der von Denkvoraussetzungen (Axiomen) ausgeht und im Rahmen dieser Axiome Aussagen diskutiert und legitimiert. Die Trennung zwischen Naturwissenschaft und Philosophie wurde erst viel später vollzogen, sie stellt sich für Thales nicht.

f) Hippokrates (M12b) sucht nach Zusammenhängen zwischen den spezifischen Jahreszeiten und den mentalen Mustern im menschlichen Verhalten, den friedlichen oder aggressiven Reaktionen („Temperament“, Z. 95 f.), körperlichen und psychischen Reaktionen („Leidenschaften“, Z. 94), den politischen Institutionen und Herrschaftsstrukturen, dem Engagement für die Gemeinschaft, der moralischen Orientierung. Er führt die beobachtbaren Unterschiede im menschlichen Verhalten letztlich auf die messbaren Umweltbedingungen, vor allem auf die Jahreszeiten, zurück. Damit entwickelt er ein ganzheitliches Denkmodell für die Analyse menschlichen Denkens und Verhaltens, das als revolutionär gelten darf. Diese gedankliche Klarheit, die auf irrationale Erklärungen oder mythische Deutungen vollständig verzichtet, wird wohl erst in der Neuzeit wiederentdeckt und weiterentwickelt.

g) Zutreffende Einschätzung weil:

- Naturwissenschaftliches Denken bei antiken Griechen parallel zum logischen Denken der Philosophie sich entfaltete, bei den Naturphilosophen noch eins war.
- Das wissenschaftliche und logische Denken als zuverlässiges Mittel der Wahrheitssuche und -formulierung entdeckt und ausgebildet wurde.
- Die Wahrheit nicht mehr im religiösen Glauben monopolisiert war.
- Die grundlegenden Einstellungen und denkerischen Vorgehensweisen für die moderne Welt vorgeprägt waren.

3.2 Historische Wirkungen des Imperium Romanum

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 147

a) I 1 Der Kläger kann den Beklagten vor Gericht bringen, weigert sich dieser, kann er ihn vor Zeugen mit Gewalt vor Gericht bringen.

I 4 Wer Grundeigentümer ist, bekommt als Verteidiger ebenfalls einen Grundeigentümer. Einen Proletarier kann verteidigen wer will.

I 7 Können Kläger und Beklagter sich nicht selbst verständigen, dann sollen sie vormittags die Sache gemeinsam vor Gericht bringen.

I 8 Der Prätor regelt die Angelegenheit am Nachmittag. Prozesse sollen nicht verschleppt werden.

I 9 Die Sache soll bis Sonnenuntergang verhandelt sein.

III 1 Die Erfüllungsfrist bei gerichtlich zugesprochenen Schulden beträgt 30 Tage.

III 2 Dann kann der Schuldner auch mit Gewalt vor Gericht gebracht werden.

III 3 Findet sich kein Bürge, können Zwangsmittel (Fesseln mit Eisenketten) angewandt werden. Diese Schuldhaft darf bis zu 60 Tagen dauern. Dann kann der Schuldner auf dem Forum verkauft werden.

IV 2 Verkauft ein Vater seinen Sohn dreimal in die Schuldknechtschaft, erlischt die väterliche Gewalt über den Sohn.

VI 7 Nachbarn sollen einvernehmlich handeln und bei gemeinsamen Einrichtungen sich nicht gegenseitig schaden.

VIII 2 Bei Körperverletzungen gilt das Talionsprinzip („Auge um Auge“), falls sich Täter und Opfer nicht gütlich einigen.

VIII 12 Wird bei einem nächtlichen Diebstahl der Dieb erschlagen, ist das rechtmäßig.

VIII 21 Patronen, die ihren Klienten betrügen, werden geächtet.

VIII 24 Bei nicht vorsätzlicher Körperverletzung erhält der Geschädigte zur Sühne ein Opfertier.

XI 1 Heiratsverbot zwischen Patriziern und Plebejern.

Die Stellungnahme könnte etwa danach fragen, ob derartige Bestimmungen gerecht erscheinen, ob sie den sozialen Frieden befördern oder besondere soziale Schichten privilegieren.

b) Das römische Recht erlebte gewissermaßen eine Säkularisierung, denn ursprünglich verfügten nur die pontifices über das entsprechende Geheimwissen und die Formulare. Aber auch später stammten die römischen Juristen aus der privilegierten Senatorenschicht, die auf diese Weise öffentliches Ansehen und politischen Einfluss gewinnen konnten. Zwischenzeitlich konnten die Juristen auch aus dem Ritterstand kommen.

c) Der Rechtswissenschaftler Troje (M 4) vergleicht die Bedeutung des römischen Rechts für das Abendland mit der der Bibel. Das Corpus Juris Civilis wurde im Mittelalter vielfältig rezipiert und damit Grundlage vieler europäischer Rechtsbücher. Es wurde auch die Basis des im Jahr 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Nahezu alle fundamentalen Rechtsbegriffe sind im römischen Recht verankert und nur aus diesem heraus verständlich. Auch die Systematisierung des Rechts etwa in Per-

sonenrecht, Sachenrecht und Verfahrensrecht stammt aus römischer Zeit. Vgl. auch die Ausführungen zu d).

d) Uwe Wesel (M 6) behauptet: je unsozialer eine Gesellschaft ist, desto präziser ist die äußere Form der juristischen Sprache. Er entwickelt dies an der terminologischen Differenzierung zwischen Besitz und Eigentum. Die Pseudogenauigkeit verschleierte aber die unsozialen politischen Grundentscheidungen. Bei den Griechen – die diese Differenzierung nicht kennen – sei die Machtposition von Pächter und Verpächter, Mieter und Vermieter in etwa gleich stark; wenn man zwischen Besitz und Eigentum unterscheidet, erhält der Eigentümer eine stärkere Position.

3.3 Vernunft und Glauben im mittelalterlichen Denken

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 157

a) Formen der Überlieferung:

- Kopieren und Studieren der erhaltenen antiken Schriften in den mittelalterlichen Klöstern (Bewahren)
- Unterrichten und Lehren an den kirchlichen Schulen (Domschulen, Klosterschulen) (Weitergabe)
- Rezeption des weiterverarbeiteten antiken Wissens von jüdischen und arabischen Gelehrten (Weiterentwicklung)
- Folge: Renaissance des antiken Wissens
- erneute und vertiefte Aneignung des antiken Wissens
- Kontinuität im Mittelalter vor allem durch die Systematik der scholastischen Philosophie, die die Integration des antiken Wissens und Denkens in christliches Denkgebäude vollzog.

b)

- Verhältnis von Glauben und Wissen, Theologie und Philosophie ist durchgängig gekennzeichnet durch das Primat von Glauben und Theologie
- Augustinus (M 5 a) bejaht die kirchliche Autorität uneingeschränkt als Quelle des Glaubens und des Wissens und unterstellt die Philosophie in jedem Fall der Theologie und der christlichen Heilslehre.
- Thomas von Aquin (M 5 c) definiert den Glauben als eine höhere Form des Wissens, das von Gott kommt, der seinerseits außerhalb der vernünftigen Erkennbarkeit steht. Aus dieser am Begriff Wissen orientierten Denkweise folgt, dass Aquin Theologie für eine Wissenschaft, resp. für die höchste Form der Wissenschaft hält, die der Erkenntnis der höchsten Wahrheit dient. Philosophie wie die der Antike ermöglicht die Erkenntnis der materiellen und niederen Wirklichkeit, führt aber durch die Grenzen ihrer Erkenntnis logisch zur notwendigen Glaubenserkenntnis.

c) Schüleraktivität. Sehr instruktiv sind die Skizzen des Architekturhistorikers David Macaulay: Sie bauten eine Kathedrale. München (dtv) 1981.

Dietrich Conrad (M 7) unterstellt ein hohes Wissen der mittelalterlichen reisefreudigen Ingenieure, das auch von Generation zu Generation weitergegeben und weiterentwickelt wurde. Deren Reisen war mit der Vermittlung von Wissen an

Nichtkundige verbunden. Dabei kam es wohl auch bei Problemfällen unter den Spezialisten zu lebhaften Debatten. Die Bauhütte nahm die institutionelle Aufgabe der Wissensspeicherung und Weitervermittlung wahr. Technisches Wissen wurde auch schriftlich dokumentiert. Die beliebte Mär von den „Hüttengeheimnissen“ (M7, Z. 57) besonderer Dombauhütten verweist Conrad ins Reich des Mittelaltermythos.

d) Der Wert der mittelalterlichen Bibliotheken als Orte der Wissensspeicherung und -weitervermittlung kann kaum überschätzt werden. Der Autor von M3, Alfred Haverkamp, spricht dabei aber auch von einem „Lernvorgang“ (Z. 8), von einer „Renaissance“ (Z. 12) bereits im 12. Jahrhundert, was die Aneignung antiken Wissens betrifft, sie begründete eine nicht mehr unterbrochene Kontinuität wissenschaftlichen Denkens, wobei die Mittlerfunktion muslimischer und jüdischer Gelehrter bedeutend war. Deren Werke wurden im 11. und 12. Jahrhundert z.B. vor allem aus dem Arabischen ins Lateinische übersetzt. Einige hochgebildete Mönche des Mittelalters lernten daher auch die arabische Sprache.

e) Die „septem artes liberales“ galten in der Antike als die zentralen Themen oder Fächer, mit denen sich ein freier Gebildeter auseinandersetzen musste. Die sieben Teilfächer gliedern sich in eine untere Stufe aus drei Fächern (trivium) und eine höhere Stufe aus vier Fächern (quadrivium). Das Trivium umfasst die sprachlichen Fächer, das Quadrivium diejenigen, die sich mit Zahlen bzw. mit den Naturwissenschaften befassen:

1. Grammatik – lateinischer Grammatikunterricht und Lektüre der antiken Autoren
2. Rhetorik – das regelorientierte Verfassen von Briefen und Urkunden
3. Logik/Dialektik – die Auseinandersetzung mit logischen Schlüssen
4. Arithmetik – Zahlentheorie
5. Musik – Lehre von der harmonischen (d.h. auch zahlenmäßigen) Ordnung der Welt
6. Geometrie – „Landvermessung“ und Erdbeschreibung, Auseinandersetzung mit Karten
7. Astronomie – Erkundung der Bewegung der Planeten, auch zum Zweck astrologischer (und medizinischer) Deutungen

f) Schüleraktivität

g) Die Universitäten bedingten folgende Veränderungen im spätmittelalterlichen Geistesleben:

- Professionalisierung von Studium und Lehre der Wissenschaften
- Befreiung beider von der theologischen und kirchlichen Vorherrschaft
- Gründungswelle von europäischen Universitäten, besonders wegen der Notwendigkeit von Fachkräften in den öffentlichen Verwaltungen
- Schaffung einer akademischen, europäischen Bildungselite laikalen, nicht mehr klerikalen Standes
- Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntnisse über die Grenzen des antiken Kanons hinaus

- textkritische Auseinandersetzung mit der Überlieferung des Alten und Neuen Testaments, wissenschaftliche Suche nach der wahren christlichen Lehre → Renaissance
- kritische und diesseitige Einstellung mit optimistischer Einschätzung der menschlichen Entwicklung: Humanismus

3.4 Entwicklungen des frühneuzeitlichen Rationalismus als Vorbereitung moderner Naturwissenschaft

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 165

a) Die Artefakte, vor allem M7 und M10, sind weit entfernt von jeglicher praktischer Nutzenanwendung, das war den Künstlern auch durchaus klar. Es sind allenfalls „technische Spielereien“ ohne jeden kommerziellen Nutzen. Es sind schlicht technische Fantasien, in denen sich spielerische, schöpferische Energien manifestieren. Sie reflektieren den Geist der Zeit, den Geniekult der Renaissance, in der noch nicht klar zwischen den Professionen Maler, Ingenieur, Techniker oder Architekt unterschieden wurde. Der uomo universale, das Universalgenie pendelt zwischen künstlerischen und technischen Herausforderungen und leidet an den Begrenzungen, die ihm durch die konkreten Bedingungen und objektiven Grenzen gesetzt sind. Vesalius (vgl. M1) rekonstruiert nicht nur exakt anatomische Gegebenheiten, sondern zeichnet auch einen leidenden ecce homo; Lucas Cranach (M2) ironisiert oder persifliert den virilen Jugendkult seiner Epoche, ebenfalls M7. M10 experimentiert fantasievoll mit einem Perpetuum mobile. Die Künstler changieren dabei zwischen kreativer Lust und frustrierendem, deprimierendem Scheitern.

b) Den Hofmann kennzeichnen – wie auch den uomo universale der Renaissance – hohe körperliche wie intellektuelle Qualitäten. Er kann sich selbst mit der Waffe geschickt und mutig verteidigen, macht aber von seinen Fähigkeiten kein größeres Aufheben. Er inszeniert sich nicht demonstrativ, sondern bleibt nonchalant und bescheiden. Er ist ziemlich umfassend gebildet, kennt natürlich die großen Werke der Literatur, spricht verschiedene Sprachen, die den Humanisten kennzeichnen und kann elegant formulieren. Er kann unterhaltsam Texte vortragen und versteht etwas von Kunst und Malerei sowie dem künstlerischen Wert von Antiquitäten. Kurz: Er verhält sich wie ein gebildeter Gentleman, der souverän auftreten kann.

Aus heutiger Perspektive wird man die Fähigkeit, mit Waffen gut umgehen zu können, eher distanziert werten. Dem Anspruch einer allumfassenden hohen Bildung wird man heute angesichts des hohen Spezialisierungsgrads skeptischer begegnen.

c) Der „anatomische Mensch“ im Stundenbuch (M5) begreift ganz im Sinne der Renaissance den Menschen (den Mikrokosmos) als vom umgebenden Makrokosmos geprägt und bestimmt. Die naturwissenschaftliche Forschung hat die Beziehungen zwischen Makrokosmos und Mikrokosmos aufzuspüren und daraus Vermutungen u.a. über das menschliche Schicksal und die Ursachen seiner Krankheiten abzuleiten. Andreas Vesalius folgt dieser Konzeption nicht mehr, auch wenn

die von ihm veranlassten anatomischen Zeichnungen auch theologische Deutungen des Menschseins enthalten, sondern begreift den Mikrokosmos im Wesentlichen aus sich selbst heraus. Damit führt er ein neues Paradigma ein, das eindeutig weg von traditionellen kosmologischen Spekulationen und in die Zukunft weist. Freilich waren die anatomischen Erkenntnisse des Vesalius noch weit entfernt von einer medizinischen Nutzanwendung. Man würde sie heute als „wertfreie“ Grundlagenforschung betrachten.

d) Die Grenzen der antiken Erkenntnisse wurden bisweilen durchaus reflektiert, aber die Autoritätsgläubigkeit des Mittelalters gegenüber antiken Autoritäten und Koryphäen blieb weithin ungebrochen; daher war auch die Neigung gering, deren Aussagen auf den kritischen Prüfstand zu stellen. Kritik an den antiken Autoritäten galt bisweilen auch als häretisch und war einer wissenschaftlichen Karriere im Mittelalter nicht unbedingt förderlich.

e) Der radikale Neuansatz von Descartes besteht in der Formulierung des fundamentalen Selbstzweifels und der Antwort, auf die Frage, was denn erforderlich ist, „damit ein Urteil wahr und gewiss sei“ (M8, Z. 72). Damit wollte er die Philosophie auf ein neues, erkenntniskritisch sicheres Fundament stellen. Denn in der Philosophie gäbe es nichts, das nicht umstritten ist. Auch können die scheinbar sicheren Sinneseindrücke den Menschen täuschen. (Descartes zitiert an anderer Stelle das schon aus der Antike bekannte Beispiel: Hält man einen geraden Stock ins Wasser, erscheint er aus der Beobachterperspektive als gekrümmt.)

Descartes entwickelt ein deduktives System als Wissenschaftsideal. Dazu benötige man aber eine absolut sichere Ausgangsbasis, also ein wahres Axiom. Dazu müssen alle Axiome ausgesondert werden, an denen wir zweifeln können, denn diese geben keine absolut sichere Grundlage. Die Gewissheit findet er in der Feststellung, „dass man, um zu denken, sein muss.“ (Z. 78f.) An dieser Aussage ist kein Zweifel möglich. (Spätere Philosophen entwickelten den Gedanken, dass Erkennen auch ein intersubjektiver Lernprozess sein

kann, Descartes geht noch vom denkenden Einzelindividuum aus.)

f) In der Frühen Neuzeit waren die wissenschaftlichen Disziplinen nicht so exakt getrennt wie heute. Auch gab es damals das Ideal des Universalgelehrten, der sich gleichzeitig in mehreren Disziplinen souverän bewegen konnte und in ihnen auf der Höhe der Zeit war. Dies erscheint heute angesichts der extremen Spezialisierung völlig unrealistisch. Auch kennzeichnet die Wissenschaft der Frühen Neuzeit ein „interdisziplinärer“ Ansatz, etwa die Verbindung von Medizin und Astronomie, die dem „ganzheitlicheren“ Menschenbild entsprach. Ihre – etwa naturwissenschaftliche – Arbeit ging oft mit philosophisch/theologischen Spekulationen und Erklärungsansprüchen einher. Die Grenze zwischen exakt wissenschaftlichen einerseits und naturmagischen oder hermetischen Aussagen andererseits war erheblich durchlässiger und fließender als heute.

g) Gloy (M11) untersucht den Wandel der Naturauffassung von der Antike bis in die Frühe Neuzeit bzw. bis in die Gegenwart. In der Antike galt die Natur als das Vorgegebene, Unveränderliche, die Erkenntnis von Naturprozessen galt als menschliches Konstrukt. Im Mittelalter ging es darum, dem „großen Konstrukteur“ genau auf die Finger zu schauen, wie dieser die gewaltige „Maschine“, den Kosmos, die Erde und den Menschen schuf und nach welchen Prinzipien er dabei handelte. Der Mensch kann aufgrund seiner Gottebenbildlichkeit dem Schöpfer zwar nicht ins Handwerk pfuschen, aber dessen Logik versuchen zu eruieren. Das ändert sich radikal in der Gegenwart: Kritisch zur modernen Naturauffassung vermerkt Gloy, dass die Welt (von einem gottgleichen Menschen) zu einem möglichen Konstrukt erklärt wird, der nicht nur die göttlichen Spielregeln beim Schöpfungsprozess durchschaut habe, sondern der sich auch anschickt, dem Schöpfer ins Handwerk zu pfuschen, durch Gentechnologie, bei der künstlichen Intelligenz, bei der pränatalen Diagnostik, Schönheitsoperationen u.ä.m. Der Mensch habe den Schöpfergott abgelöst, Gloy sieht hierin implizit eine historisch fatale menschliche Hybris am Werk.

4 Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts

Das Thema „Der Nahe Osten: Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts“ soll im Umfang von ca. 10 Stunden im Unterricht behandelt werden und gehört zum Semesterthema „Konfliktregionen und Akteure internationaler Politik in historischer Perspektive“. Dementsprechend sollen zwischenstaatliche Beziehungen, die Entstehung und ggf. Lösung von Konflikten thematisiert werden. Das Thema „Nahe Osten“ bietet hier eine Fülle an Stoff. Schon in der Antike wurde das jüdische Volk – zunächst wegen seiner zur damaligen Zeit einzigartigen monotheistischen Religion – als fremd und andersartig empfunden. In der Zeit der Diaspora bildeten die in einer christlichen Umwelt lebenden, kleinen Gemeinschaften Juden häufig den Kristallisationspunkt für Hassgefühle aller Art. In Krisenzeiten waren sie der Sündenbock, dem man die Schuld für Hunger, Kriege, Seuchen, soziale Spannungen und wirtschaftliche Probleme in die Schuhe schieben konnte. Dies äußerte sich dann in Ausweisungen, Verfolgungen und Pogromen. Nach den nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden sollten diese nach dem Willen zahlreicher westlicher Staaten und der UNO endlich einen eigenen Staat in Palästina erhalten. Dieser kämpfte jedoch seit dem ersten Tag des Bestehens um seine Existenz. Bis heute dauern die Konflikte zwischen Juden und Palästinensern bzw. zwischen dem Staat Israel und seinen Nachbarn an. Kaum wird – häufig mit internationaler Hilfe – mühsam ein neues Kapitel im Friedensprozess aufgeschlagen, führen Extremisten und Populisten auf beiden Seiten die Bemühungen ad absurdum.

Da der Konflikt im Nahen Osten in den Medien fast ständig präsent ist, fällt eine Aktualisierung im Unterricht meist leicht. Andererseits ist es nötig, die neuesten Ereignisse über die Informationen des Schulbuchs hinaus zu recherchieren.

Der Forderung des Lehrplans nach Mehrdimensionalität entsprechend wurde bei der Auswahl der Quellen versucht, die Sichtweise aller beteiligten Parteien in den Blick zu nehmen. Auch die historischen Wurzeln des Nahostkonfliktes können nachvollzogen werden, die Schülerinnen und Schüler erhalten Einblicke in die geschichtliche Bedingtheit ganz aktueller Ereignisse.

4.1 Der Beginn der Diaspora – das Ende des antiken jüdischen Gemeinwesens

Zu den Materialien:

M1: Die Karte zeigt zunächst einmal das Ausgreifen der römischen Expansion im ersten vorchristlichen Jahrhundert: Im Jahr 66 v. Chr. eroberte Gnaeus Pompeius Magnus Kleinasien, ein Jahr später beendete er die bereits seit längerer Zeit im Untergang begriffene Herrschaft der Seleukiden in Syrien. In Palästina regierte bis zu dieser Zeit das Herrscher Geschlecht der Hasmonäer (seit 165 v. Chr.) einen selbstständigen jüdischen Staat. In diesem war der Herrscher gleichzeitig der Hohepriester. Durch die Eroberung durch Pompeius (63 v. Chr.) verlor der jüdische Staat seine Unabhängigkeit und wurde zu einem römischen Vasallenstaat unter dem später von Rom eingesetzten König Herodes dem Großen (ab 37 v. Chr. bis 4 v. Chr.). Der letzte Rest Eigenstaatlichkeit ging verloren, als Augustus

im Jahre 6 n. Chr. das Königreich in eine römische Provinz mit dem Namen Judäa umwandelte.

Seit dem Ende des Seleukidenreiches wurde das Partherreich zum politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten Roms im Osten. Mehrere römische Feldzüge schlugen fehl oder wurden sogar zur militärischen Katastrophe (z. B. die Niederlage in der Schlacht bei Carrhae, 53 v. Chr.). Trotz einer vorläufigen Einnahme 20 v. Chr. unter Augustus, in welcher der Euphrat mit der Stadt Dura Europos (siehe Karte) von beiden Seiten als Grenze anerkannt wurde, blieben die Parther auch in den ersten beiden nachchristlichen Jahrhunderten für die Römer ein „Problem“, wobei in der überwiegenden Mehrheit der Fälle die Angriffe von den Römern ausgingen.

Die vorliegende Karte zeigt auch die weite Verbreitung der Siedlungsgebiete von Juden außerhalb des jüdischen Reiches bereits in dieser Zeit. So ist das gesamte Küstengebiet (z. B. bis weit ins Landesinnere) im östlichen Mittelmeer Ort jüdischer Siedlung.

Die Zeit der jüdischen Diaspora beginnt also nicht erst mit der Vertreibung der Juden nach dem Bar-Kochba-Aufstand (135 n. Chr.). Erste Auswanderungen nach Ägypten gab es nach der ersten Eroberung Jerusalems durch den babylonischen König Nebukadnezar (598 v. Chr.) sowie nach der zweiten Eroberung und dem Ende des Südreiches Juda (587 v. Chr.). Wie bei den Babyloniern durchaus üblich, wurde nach dem Sieg (für 598 v. Chr. durch Quellen belegt) ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung, vor allem die Oberschicht und die Handwerker, nach Babylon exiliert und dort angesiedelt (= sogenannte babylonische Gefangenschaft). Als 539 v. Chr. die Perser Babylon eroberten, wurde den Juden die Heimkehr erlaubt. Eine nicht unerhebliche jüdische Bevölkerungsgruppe blieb aber in Babylon (siehe Karte).

Überdies können an dieser Karte auch (vgl. Methodenkapitel zum Umgang mit Geschichtskarten) die Grenzen einer Darstellung von Informationen in einer Karte demonstriert werden. Die schraffierten Flächen sagen letztendlich nichts über die Bevölkerungsdichte aus. Es gibt auch keine Hinweise über ein Zahlenverhältnis der jüdischen Bevölkerung im Vergleich zu anderen Ethnien. Gerade im Hinblick auf Bevölkerungszahlen ist man für den genannten Zeitraum häufig auf grobe Schätzungen und Hochrechnungen lokaler Erkenntnisse angewiesen. Schriftliche Quellen bieten selten umfassendes Zahlenmaterial und archäologische Funde erlauben oft nur punktuelle Aussagen. Letztendlich stellt eine Karte häufig nur eine abstrakte Darstellung unsicherer Zahlen dar.

M3/M6: Der Titusbogen steht am höchsten Punkt der Straße (via sacra), dem Hauptweg des Forum Romanum, die vom Forum Romanum zum Kolosseum führt. Die Widmungsschrift zeigt, dass der Bogen erst nach dem Tod des Kaisers Titus, wahrscheinlich während der Herrschaft Domitians, des jüngeren Bruders des Titus erbaut wurde. Das Monument aus griechischem Marmor ist 14,50 Meter hoch, 13,50 Meter breit und 4,75 Meter tief. An der Innenseite des Bogens gibt es zwei große Bildtafeln, die zwei Episoden vom Triumph über die Jüdäer darstellen. Das südliche Bild zeigt die Prozession durch das Siegestor. Dabei werden Beutestücke aus dem Tempel im Triumphzug mitgetragen. Es handelt sich hierbei um die Me-

nora (den siebenarmigen Leuchter), die zu kultischen Zwecken dienenden Silbertrompeten sowie um den aus massiv vergoldetem Akazienholz bestehenden Schaubrottisch (an der Spitze des Zuges mit Stangen getragen). Dieser diente im Jerusalemer Tempel dazu, die jeden Sabbat als Opfer dargebrachten zwölf Laibe Brot und andere Gaben aufzunehmen. Der Titusbogen war Vorbild für den Pariser Arc de Triomphe.

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 178

a) Laut der biblischen Texte hat das jüdische Volk das heilige Land direkt von Gott als Geschenk erhalten. Dieser Gott, der sich durch seine Stärke und Macht auszeichnet (vgl. die sieben Plagen, die unter den Ägyptern wüteten), hat sein Volk aus Ägypten herausgeführt und ihm das Land „in dem Milch und Honig fließt“ (Z. 18) für alle Zukunft zum Geschenk gemacht. Darüber hinaus verspricht er, dass die Nachfahren Abrahams zahllos sein werden.

b) Abraham ist eine der zentralen Figuren der mythischen jüdischen Geschichte. Er gilt als der Stammvater des Volkes Israel. Auf ihn berufen sich auch Christen und Muslime, die Anhänger der anderen beiden „abrahamitischen“ Religionen. Informationen über ihn finden sich vor allem im Buch Genesis. Laut diesem wandert Abraham im Auftrag Gottes aus seiner Heimat (die Stadt Ur in Mesopotamien) aus und kommt nach einigen Umwegen in das Land Kanaan.

Da Sarai (später: Sara), Abrahams Frau, kein Kind hat, fordert sie Abraham auf, ihre junge Sklavin Hagar zu sich zu nehmen. Mit dieser hat Abraham einen ersten Sohn Ismael. Dieser gilt im Islam als Stammvater der Araber.

Als Abraham 99 Jahre alt ist, schließt Gott einen Bund mit ihm und fordert von ihm und seinen Nachkommen fortan die Beschneidung als Zeichen dieses Bundes (vgl. Gen 17). Dafür verspricht Gott, dass Abraham der Stammvater vieler Völker sein wird. Tatsächlich gebärt Sara noch einen Sohn, Isaak. Gott stellt Abraham auf die Probe, indem er verlangt, dass der Vater seinen Sohn opfern soll. Im letzten Moment greift Gott jedoch ein und rettet Isaak.

Dieser hat mit seiner Frau Rebekka Zwillingssöhne, Esau und Jakob. Jakob wird auch Israel (= Gottesstreiter) genannt, weil er am Fluss Jabbok mit Gott gerungen hatte. Jakob hat mit seinen beiden Frauen Lea und Rahel sowie mit deren Dienerinnen zwölf Söhne, die die Stammväter der zwölf Stämme Israels wurden.

Der zweitjüngste Sohn, Josef, besaß die Gabe der Traumdeutung und war seinem Vater der liebste. Deshalb waren seine älteren zehn Halbbrüder neidisch und verkauften ihn im Jugendalter an einen Sklavenhändler. So gelangte Josef nach Ägypten in das Haus des hohen Beamten Potifar. Dessen Frau wollte Josef verführen, wurde aber abgewiesen. Aus Rache verklagte sie ihn, worauf Josef ins Gefängnis geworfen wurde. Da er anderen Gefangenen ihre Träume deutet, wird seine Gabe bekannt und er soll dem Pharao einen seltsamen Traum deuten. Da ihm dies gelingt, macht ihn der Pharao zum obersten Verwalter. Als die von Josef angekündigte Hungersnot (sieben magere Jahre) eintrat, kamen auch seine Brüder nach Ägypten. Da sich Josef schließlich mit ihnen versöhnt, zieht die ganze Familie (der Stamm der Hebräer) nach Ägypten, wo ihre Nachkommen für 500 Jahre bleiben. Zu dieser Zeit werden die Israeliten von den Ägyptern als Zwangsarbeiter und Sklavenvolk missbraucht. Erst unter der Führung von Moses, dem in einem

Binsenkörbchen ausgesetzt und von der Tochter des Pharao groß gezogenen Retters, gelingt die Befreiung.

Moses, der als Prinz aufgewachsen ist, tötet einen ägyptischen Sklavenaufseher, weil dieser einen Israeliten geschlagen hatte, und flieht nach Midian. Dort erscheint ihm Gott in einem brennenden Dornbusch und gibt ihm den Auftrag, das Volk Israel aus Ägypten nach Kanaan herauszuführen. Da der Pharao die Bitte Moses' und seines Bruders Aaron, die Israeliten ziehen zu lassen, ablehnt, schickt Gott neun Plagen über die Ägypter (die Israeliten werden jeweils verschont): Das Nilwasser wird zu Blut; das Land wird von Fröschen, dann von Mücken und Stechfliegen heimgesucht; eine Seuche tötet alles Vieh, eine andere Krankheit verursacht Geschwüre bei Mensch und Vieh; dann verwüsten Hagelstürme das Land, worauf noch eine Heuschreckenplage die Ernte zerstört; schließlich herrscht für drei Tage Dunkelheit.

Auch diese Plagen können den Pharao zunächst nicht umstimmen, zumal Gott „sein Herz verhärtet“, weil er ein Zeichen setzen will. Erst durch die letzte, zehnte Plage wird der Pharao umgestimmt: Alle männlichen Erstgeborenen in Ägypten, Mensch wie Tier, sterben über Nacht. So erhält das Volk Israel die Erlaubnis, das Land zu verlassen. Bei der Flucht vor der Verfolgung durch das Heer des Pharaos, durchqueren die Israeliten trockenen Fußes das Rote Meer, während die Ägypter in den zurückkehrenden Wassermassen ertrinken.

Es folgt eine vierzig Jahre dauernde Wanderung durch die Wüste, während der Wunder geschehen: Die Menschen werden auf wunderbare Weise mit Wachteln und Manna ernährt und Moses bringt aus einem Stein Wasser hervor, indem er im Auftrag Gottes mit seinem Stab dagegen schlägt. Gott schließt einen Bund mit den Israeliten, der diese zum auserwählten Volk macht, und Moses erhält auf dem Berg Sinai die zehn Gebote. Es kommt aber auch häufig zum Streit, zur Rebellion gegen Moses und sogar zum Abfall von Gott und zur Götzenanbetung (Goldenes Kalb).

Nachdem vierzig Jahre vergangen sind, befiehlt Gott den in Kanaan angekommenen Israeliten, das Volk der Kanaaniter zu vertreiben und ihre Götterstatuen zu zerstören. Das Land wird durch Los verteilt.

Die Darstellung des Tacitus erinnert zwar in einigen Elementen durchaus an die biblischen Geschichten, verwendet diese jedoch in einem z.T. entgegengesetzten Kontext: Ein ägyptischer Orakel sieht die Juden als einen den Göttern verhassten Volksstamm und als Ursache für die den Körper entstellende Seuche (vgl. eine der zehn Plagen verursacht Geschwüre) an. Deshalb soll der Pharao die Juden vertreiben. Auf sich selbst gestellt und „auf gut Glück“ (Z. 30) wandern sie durch die Wüste, wo Moses durch Naturbeobachtung Wasser findet. Nach sechs Tagen kommen sie nach Palästina und vertreiben dort die Bewohner.

c) Tacitus schickt gleich vorweg, dass das jüdische Verständnis von „Heiligem“ oder „Schande“ dem römischen diametral entgegengesetzt ist (Z. 41 ff.).

Als (lediglich) seltsame Bräuche nennt er das Schweinefleischverbot, das häufige Fasten, aber auch den Verzehr von ungesäuertem Brot. Diese Besonderheiten sind zwar den Römern unbekannt, aber sie werden schon lange gepflegt und erscheinen deshalb den an den Sitten der Vorfahren orientierten Römern verständlich. Hingegen ist dem Römer die Trennung der Geschlechter beim Essen nicht verständlich, ebenso wenig wie der Verzicht auf den Geschlechtsverkehr mit Frauen aus anderen Völkern, und

das umso mehr, als Tacitus die Juden ein „der Sinnlichkeit ganz hingegebenen Volk“ (Z. 61) nennt.

Die Beschneidung ist für einen Römer wie Tacitus nicht akzeptabel, ebenso wenig die von ihm behauptete Missachtung zweier für die Römer zentraler Werte, der Familie und des Vaterlandes. Die bei den Römern vorherrschende Begräbnissitte war die Verbrennung. So ist das jüdische Begräbnis aus römischer Sicht ein eher suspektes Vorgehen, ähnlich unverständlich wie der ägyptische Totenkult. Völlig fern lag für einen Römer auch der Monotheismus der Juden. Die Römer, die selbst eine Vielzahl von sehr menschlich und menschenähnlichen Göttern kannten, fremde Kulte aufnahmen und die Götter eroberter Völker problemlos adaptierten, konnten nicht verstehen, dass man nur an einen einzigen Gott glaubte, den man noch nicht einmal abbilden darf. Entsprechend fand Tacitus auch das „leere“ Allerheiligste im Tempel von Jerusalem „sinn- und zwecklos“ (Z. 106).

d) Laut Josephus Flavius war es nicht die Absicht Titus', den Tempel zu zerstören. Vielmehr schätzt dieser das „herrliche Bauwerk“ (Z. 34f.), dessen Allerheiligstes er später interessiert betrachtet, als er es betritt. Auch scheint er den Tempel bereits als zukünftiges Eigentum der Römer anzusehen, als eine „Zierde des Reiches“ (Z. 37). Überdies wäre die Zerstörung eine sinnlose „Rache [...] an leblosen Dingen“ (Z. 33). Daneben klingt in der Meinung anderer römische Anführer durch, dass man sich der Gottlosigkeit schuldig mache, wenn man grundlos das Heiligtum schädige. Der Tempel brennt jedoch trotz der entgegengesetzten Befehle des römischen Oberbefehlshabers und der von ihm persönlich sofort unternommenen Rettungsaktionen (er verlässt sogar sein Quartier, wo er sich ausruhte) ab. Josephus Flavius nennt dafür verschiedene Ursachen: Zuerst hat Gott über den Tempel „schon längst das Feuer verhängt“ (Z. 42f.), die Zerstörung ist also göttlicher Wille. So scheint Gott auch einem Soldaten die Hand zu führen, als dieser ohne ausdrücklichen Befehl und ohne die möglichen Folgen zu bedenken, eine Brandfackel durch ein Fenster ins Innere des Tempels wirft. Er handelt „wie auf höheren Antrieb“ (Z. 58), eine Rettung für den Tempel kann es – so Josephus – also gar nicht geben. Durch das im Innern des Tempels lodernde Feuer entsteht eine Panik unter den Anwesenden, im Kampfgetümmel will niemand löschen. Die Aufständischen, die den Tempel besetzt hielten, flüchten oder werden niedergemacht. Überdies verhindern bei den römischen Angreifern – trotz der Gegenmaßnahmen des Titus – „Erbitterung, Judenhass, und die allgemeine Kampfeswut“ (Z. 103) sowie „die Aussicht auf Raub“ (Z. 106) ein geordnetes und zielgerichtetes Vorgehen zur Rettung des Tempels.

Josephus, der aus dem Priesteradel stammt, hat eine hohe Meinung vom Tempel. Er lobt das Bauwerk als Ganzes wie er auch die besondere Erhabenheit und Kostbarkeit des Allerheiligsten hervorhebt. Allerdings hat sich der Tempel seiner Ansicht nach durch die Ankunft des Messias (für Josephus in der Person Vespasians) überlebt. Gott selbst will, dass der Tempel in Flammen aufgeht. Am Ende der Quelle erklärt Josephus lapidar, dass man sich durch den Gedanken an das Schicksal, dem auch die Werke des Menschen unterworfen sind, trösten könne.

e) Die Münze trägt auf der Vorderseite ein Portrait des Kaisers Vespasian mit einem Lorbeerkranz und einer umlaufenden Aufschrift: IMP(erator) CAES(ar) VESPASIAN(us) AUG(ustus) CO(n)S(ul) III. Diese Inschrift gibt die übliche Titulatur des

Kaisers wieder: Imperator = oberster Feldherr, Caesar als Herrschertitel in Erinnerung an Gaius Julius Caesar bzw. an dessen Adoptivsohn Oktavian (Augustus). Letzterer trug den Namen Caesar als Ehrentitel und zur Verdeutlichung seines Machtanspruches. Die nachfolgenden Kaiser übernahmen dann auch den Titel Augustus (= der Erhabene), der sie als Träger göttlicher Würde, somit als heilig und unverletzbar bezeichnete.

Die Bezeichnung COS III. dient zur Datierung und besagt, dass Vespasian die Amtsbezeichnung und -würde eines Konsuln im dritten Jahr trägt. (vgl. die Zeitrechnung der römischen Republik, wo die jeweiligen Amtsträger des Konsulates zur Datierung genannt wurden.)

Die Rückseite der Münze trägt die Aufschrift Iudea Capta (Judäa ist erobert). Die Buchstaben SC sind die Abkürzung für „Senatus consulto“ (auf Beschluss des Senats), die vor allem auf den Rückseiten römischer Kupfermünzen der Kaiserzeit vorkommt. Die Abkürzung SC bedeutet, dass die betreffenden Münzen auf Anordnung des römischen Senats geprägt wurden. Dieser hatte bei Münzen aus Kupfer (und ähnlichen Legierungen) bestimmte Rechte, während die Gold- und Silberprägung dem Kaiser unterstand. Als Münzbild ist eine sitzende gefesselte Frau vor römischen Feldzeichen zu sehen. Die Darstellung des besiegt Volkes in Form einer Frauengestalt ist typisch für diese Art von Münzen, die (echte oder vorgebliche) militärische Erfolge verherrlichen.

Die Münzen im Römischen Reich dienten natürlich als Wertmesser und Zahlungsmittel, darüber hinaus besaßen sie in einer Zeit ohne moderne Medien als Mittel zur raschen und allgemeinen Verbreitung von Informationen große Bedeutung. Münzen wurden als Propagandaträger für das Herrscherhaus und zur Verherrlichung des Kaisers und später auch seiner Familie eingesetzt. So konnte man neben dem Bild des Kaisers auch programmatische Erklärungen in miniature unter das Volk bringen. So wurden beispielsweise militärische Erfolge dargestellt. Gerade Vespasian, der seinen Aufstieg unter anderem seinen Erfolgen als Befehlshaber in Britannien und im Osten verdankte, und sein Sohn und Nachfolger Titus schlachteten den Sieg in Palästina in zahlreichen „Iudaea capta“-Prägungen aus. Es galt, die Herrschaft der Flavii, deren Familie aus wenig einflussreichen Verhältnissen kam (Vespasian war der erste Kaiser, der nicht der Senatsaristokratie sondern dem Ritterstand entstammte), bei den Untertanen und beim Heer zu legitimieren. Dazu war der Sieg gegen die seit Jahrzehnten immer wieder aufständischen Juden geeignet.

f) Auf der Festung Masada begann 66 n. Chr. der „erste jüdische Krieg“, als eine Gruppe von Zeloten die römische Besatzung niedermachte und die Festung einnahm. Nach der Eroberung Jerusalems durch die Römer zogen sich ungefähr tausend Freiheitskämpfer, auch Frauen und Kinder, nach Masada zurück. Ab dem Jahr 72 belagerte der römische Statthalter mit der X. Legion (ca. 15 000 Mann) die Festung. Er ließ rund um den Berg eine Belagerungsmauer und eine riesige Rampe errichten. Als sich die bevorstehende Einnahme Masadas abzeichnete, fassten die Verteidiger den Entschluss, sich durch einen gemeinsamen Selbstmord der Gefangennahme durch die Römer zu entziehen. So fanden die Römer in der brennenden Festung nur noch – laut Josephus Flavius – 960 Tote vor. Mit dem Ende Masadas erreichten die Römer die völlige Niederschlagung des jüdischen Aufstandes, die Festung wurde jedoch zum Symbol des absoluten Unabhängigkeitswillens der

Juden. Bis heute ist diese Stätte wichtig für das Selbstverständnis Israels. Schon 1927 schrieb der jüdische Einwanderer und Dichter Yizhak Lamdan ein Gedicht mit dem Titel „Masada“ und prägte damit den Spruch „Masada darf nie wieder fallen“. Das Bild der von Feinden umgebenen und heiß umkämpften Festung spiegelte vor allem in den Jahrzehnten nach der Staatsgründung das Lebensgefühl vieler Israelis wieder. Vor allem in der israelischen Armee besaß der Masada-Mythos eine integrative Rolle. So fanden in den Jahren 1965 bis 1991 in Masada auch regelmäßig Veranstaltungen zur Verteidigung israelischer Soldaten statt.

4.2 Die Kreuzzüge – der Kampf um das „Heilige Land“

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 191

a) Für die Beantwortung dieser Frage sollte die Aufgabenstellung individuell – entsprechend der Unterrichtsplanung und des vorgesehenen Zeitrahmens – hinsichtlich der Form des Lexikonartikels und dessen Umfang präzisiert werden. Es wäre für die Schülerinnen und Schüler sicher hilfreich, ein entsprechendes Beispiel zu einem anderen Thema (z. B. aus einem Jugendlexikon, aus einem Konversationslexikon oder sogar von einer entsprechenden Internetseite) vorgelegt zu bekommen.

b) Die Vorwürfe des Pamphlets beziehen sich zunächst vor allem auf Unterschiede bzw. „Fehler“ im Ritus (fehlerhaftes Kreuzzeichen, unangebrachte Reinigungszeremonien, unpassender Beginn der Fastenzeit, fehlende Unterbrechungen in der Fastenzeit oder falsche Handhabe bei der Verehrung des Kreuzes in der Fastenzeit). Andere Anklagen richten sich gegen ein – aus Sicht der Ostkirche – falsches theologisches Verständnis (falsche Ergänzung zum Glaubensbekenntnis, Verwendung ungesäuerten Brotes in der Messfeier, „zweite“ Taufe für Erwachsene). Nur kurz erwähnt wird das Verhalten der Bischöfe, die in den Krieg ziehen und kämpfen. Dieses Verhalten widerspricht allerdings dem Verständnis der östlichen Kirche vom Krieg, der als unchristlich abgelehnt wurde, während man im Westen von einer schrittweisen Militarisierung der Kirche sprechen kann. Zu diesem Unterschied vgl. auch M8 im Schülerbuch.

c) Der fachwissenschaftliche Text von Peter Thorau (M8) fasst die Haltung der christlichen Kirche im Westen knapp zusammen. Trotz der prinzipiellen Ablehnung von Gewalt und Krieg stellte sich mit der Verbreitung des Christentums in der römischen Gesellschaft die Frage nach dem Verhältnis zur Gewalt. In der Bibel lassen sich neben dem friedvollen Beispiel des Religionsstifters auch Stellen mit gegenteiliger Aussage finden. Mit der Unterscheidung zwischen rechtem und ungerechtem Krieg durch Augustinus wurde ein Weg gefunden, die Anwendung gewaltsamer Mittel zu rechtfertigen. Um einen Krieg gerecht zu machen, muss er auf die Erlangung von Frieden, die Wiederherstellung des Rechts oder den Kampf gegen Unrecht (auch Zurückgewinnen geraubten Besitzes) abzielen. Im Idealfall wird der Krieg im Auftrag Gottes geführt. Alle diese Elemente finden sich in den Predigttexten Urbans (M6) wieder: Christus befiehlt den Krieg, den Heiden muss das Heilige Land (und byzantinische Herrschaftsgebiete) wieder abgenommen und der Frieden für die dortigen Christen wiederhergestellt

werden. Auch knüpft Urban an seine Vorgänger Leo IV. und Johannes VIII. an, die denen ewiges Leben versprochen, die das christliche Europa gegen heidnische Invasoren verteidigten.

d) In M5 verdächtigt die Tochter des byzantinischen Kaisers die Kreuzfahrer, dass sie Byzanz „als einen Nebengewinn“ (Z. 22) in ihre Gewalt bringen wollten. Als Grund nennt sie einen „alten Groll“ (Z. 24) gegen den dortigen Kaiser. Daneben gesteht sie den einfacheren Menschen im Heer der Kreuzfahrer zu, dass sie tatsächlich den Wunsch hegen, die heiligen Stätten zu besuchen und ins Heilige Land zu pilgern.

Der Kreuzzugsaufruf Papst Urbans (M6) thematisiert zunächst die Hilfe für die Christen im Orient, die von den Türken bedroht werden. Die heidnischen Eindringlinge verwüsten christlichen Boden, zerstören Kirchen und nehmen Christen gefangen oder töten sie. Auch Christus selbst (Z. 37) befiehlt ein Vorgehen gegen die Heiden. Dafür wird den Kreuzfahrern die Sündenvergebung versprochen. Auch ist es – so Urban – besser, statt der unsinnigen Fehden im Heimatland, einen gerechtfertigten Krieg gegen die heidnischen Barbaren auszufechten.

In der zweiten Variante der Urban-Predigt (M6b) werden die von den Türken ausgeführten Gräueltaten noch weiter ausgeführt: Dazu zählt auch die Schändung der Kirche (Altäre, Taufbecken) und die als Schmach empfundene zwangsweise Beschneidung von Christen. Ähnlich ist die Aussage von M11. Überdies betont Urban, wie stark auch Byzanz unter dem militärischen Druck der Muslime zu leiden hat und fügt hier das Motiv der Rache an. Auch sind gerade die Europäer wegen ihrer kämpferischen Fähigkeit geeignet, die Heiden in die Schranken zu weisen, womit sie sich ihrer erfolgreichen Vorfahren (Heidenabwehr z. B. durch Karl Martell oder Karl des Großen) als würdig erweisen können. Besonders wichtig ist es, das Heilige Grab wieder aus den Händen der muslimischen Gegner zu befreien. Überdies führt Urban auch einen recht diesseitigen, materiellen Grund für die Teilnahme am Kreuzzug an: In Europa leben viele am Rande des Existenzminimums, weshalb es häufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Statt sich gegen die eigenen Landsleute und Glaubensgenossen zu wenden, sollten die europäischen Kämpfer gegen die Heiden in den Krieg ziehen. Diese bieten ein besseres Ziel, und das auch noch in einem Land, von dessen Reichtum schon die Bibel berichtet.

Zu den in den zeitgenössischen Quellen deutlich werdenden Motiven (M5, M6, M11) führt Peter Thorau noch die Anziehungskraft des Heiligen Landes an. Neben der Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse waren durch die Pilgerfahrten sowohl die Bedeutung der heiligen Stätten sowie die Verklärung Jerusalems als „goldene Stadt“ im Bewusstsein der Europäer gewachsen.

e) Sowohl der christliche wie auch der muslimische Berichtserstatter beschreiben das brutale Vorgehen der Kreuzfahrer bei der Eroberung der Stadt. Zahlreiche Feinde werden niedergemacht, auch Frauen und Kinder. Der christliche Beobachter schreibt sogar, dass die Eroberer bis zu den Knöcheln im Blut waten. In beiden Texten ist auch von Plünderungen die Rede, wobei der arabische Bericht besonders die Diebstähle im Felsendom betont.

Der Autor der Gesta Francorum stellt den Zeitpunkt der Eroberung heraus: An einem Freitag, in der Todesstunde Jesu Christi (um die neunte Stunde, drei Uhr nachmittags). Nachdem die

Feinde zunächst von der Mauer geflohen waren, kommt es beim Tempel zu einem harten Kampf. Nach Mord und Plünderung werden aus den Kämpfern Pilger, die das heilige Grab verehren. Nichtsdestotrotz geht das Morden am folgenden Tag weiter. Überdies soll mit Gottes Hilfe ein Herrscher über die eroberte Stadt gefunden werden.

Im arabischen Bericht wird zunächst dargestellt, wie die Ägypter Jerusalem von den Türken erobern, da diese bereits durch Angriffe der Kreuzfahrer in anderen Teilen ihres Reiches abgelenkt und militärisch geschwächt wurden. Durch die vierzigtägige Belagerung und die teilweise Zerstörung der Mauern ist Jerusalems Verteidigungsbereitschaft beim Angriff der Kreuzfahrer immer noch beeinträchtigt. Nur so gelingt den Europäern die Eroberung. Überhaupt hatten die Franken nur wegen der Zerstrittenheit der muslimischen Fürsten die Chance, in Palästina erfolgreich zu kämpfen und dort Fuß zu fassen.

Ein weiterer Schwerpunkt des arabischen Berichts ist das grausame Vorgehen der Christen gegen die Muslime in der al-Aqsa-Moschee, wo vor allem religiöse Gelehrte zum Opfer werden. Die Zahl 70000 ist hier aber wohl übertrieben (vgl. M10c)

f) Am Beispiel der Zahlen der ermordeten Muslime zeigt Thorau auf, wie vorsichtig man mit historischen Quellen umgehen muss. Er bezeichnet alle genannten Zahlen als „vage, unzuverlässig und vermutlich unzutreffend“ (M10c, Z. 132). Auch die Aussage, dass „alle Muslime“ (Z. 149) getötet wurden, ist in dieser Form wohl nicht haltbar, obwohl viele historische Standardwerke zu den Kreuzzügen, diese Aussage aufnehmen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, in welcher zeitlichen Nähe eine Quelle dem dargestellten Ereignis ist. Je größer die zeitliche Distanz ist, desto mehr ist der Autor auf fremde Berichte angewiesen bzw. übernimmt übertriebene oder falsche Zahlen von anderen Berichterstattern. So kommt Thorau insgesamt zu der eher vorsichtig formulierten Aussage, dass die Gräueltaten wohl das „übliche Maß“ (Z. 170) überschritten haben müssen.

g) Thorau (M12) beschreibt, dass sich das unter dem Muslimen vorhandene negative Bild der Europäer (rückständig, unzivilisiert, barbarisch, moralisch minderwertig, schmutzig) während der Zeit der Kreuzzüge nicht veränderte, sondern nur noch um den Aspekt der militärischen Qualitäten der Franken erweiterte. Nur auf politischer und diplomatischer Ebene wurde das Wissen erweitert. Andererseits wurde durch die Kreuzzüge der bis dahin im Islam kaum angewendete *ghihad*-Gedanke verbreitet und auch auf religiöse Minderheiten im eigenen Lebensbereich sowie auf abweichendes Denken innerhalb des Islam angewendet. Eine weitreichende Folge der Kreuzzüge war somit die „doktrinaire Intoleranz“ (Z. 36) des Islam. Auf politischer Ebene führte der Druck durch die Kreuzfahrer zu einer Einigung der Muslime unter der Herrschaft der Osmanen. Hingegen verstärkte sich in Europa die Abgrenzung der einzelnen erwachenden Nationen durch die „Selbstbewusstwerdung“ (Z. 46) im Kontakt mit der fremden Kultur. Auch weitete sich der Horizont der Europäer durch diese Begegnung.

h) Das überlebensgroße Reiterstandbild vor der Zitadelle von Damaskus wurde vom syrischen Bildhauer Abdallah al-Sayed geschaffen und 1993 zum 800-jährigen Todestag Saladins enthüllt. Die Skulptur zeigt Saladin mit wehendem Mantel sehr aufrecht auf seinem vorwärtstürenden Pferd. Bei ihm ste-

hen zwei Fußsoldaten (auf dem Foto M2 zu sehen) sowie ein Sufi (Vertreter des Sufismus, einer asketischen Richtung des Islam. Im Westen wird dafür eher der Begriff *Derwisch* verwendet). Hinter dem Pferd knien zwei Kreuzfahrer, Guy de Lusignan und Raynald von Châtillon. Der Bildhauer deutet sein Werk dahingehend, dass Saladin hier nicht als kämpfendes Individuum dargestellt ist, sondern als Anführer, der eine breite Volksbewegung gegen die Franken verkörpert. Die beiden Fußsoldaten repräsentieren die einfachen Leute, die sich unter der Führerschaft des Helden Saladin unter dem Banner des Islam zusammenfinden. Der Sufi ist das Symbol der religiösen Überzeugung der Menschen aus dem Volk. Bis heute gilt Saladin als einer der größten Helden der Muslime, als Inbegriff eines weisen und toleranten Herrschers.

i) Individuelle Lösungen der Schülerinnen und Schüler.

Methode: Die Arbeit mit Geschichtskarten

Zu den Fragen und Anregungen S. 193

a) Die Karte ist sehr einfach und plakativ in ihrer Darstellung. Es sind extrem wenige Informationen enthalten. Die Pfeile suggerieren ein Ausgreifen Israels in alle Nachbarländer. Differenzierungen werden nicht vorgenommen. Der Titel ist eindeutig eine Parteinahme gegen Israel.

b) Die Karte (M1, S. 208) zeigt deutlich, dass der jüdische Anteil laut dem Teilungsplan nicht alle Siedlungsräume beinhaltet. Die Zahlen in der Legende machen jedoch deutlich, dass der Anteil der jüdischen Bevölkerung im palästinensischen Staat nur gering gewesen wäre, während der jüdische Staat eine fast gleich große Zahl arabischer wie jüdischer Bewohner besessen hätte. Auch ist die Bevölkerungsdichte im palästinensischen Teil niedriger als im geplanten jüdischen Staat, umfasste dieser doch auch z. B. die Wüste Negev.

Durch die Eroberungen von 1948/49 wurde nicht nur das israelische Staatsgebiet vergrößert, sondern auch Grenzen arrondiert und verkürzt. Die Karte M1 auf S. 208 zeigt auch die Gebiete, die von den Nachbarstaaten besetzt wurden: Ägypten verwaltete den Gazastreifen, Jordanien besetzte völkerrechtswidrig das Westjordanland (einschließlich Ostjerusalems mit dem jüdischen Viertel der Altstadt). Nur Großbritannien und Pakistan erkannten die jordanische Hoheit über das Westjordanland an.

Bis 1967 hatte der Staat Israel eine Fläche von 20700 km², davon waren 445 km² Wasserfläche. Nach den Gewinnen aus dem Sechstagekrieg umfasste Israel das gesamte britische Mandatsgebiet und besaß somit im Westen mit dem Mittelmeer und im Osten am Jordan entlang eine natürliche Grenze. Auch die Hauptstadt Jerusalem lag nun mitten im Staatsgebiet. Die Eroberung der Sinai-Halbinsel erbrachte eine breite Pufferzone gegen das feindliche Ägypten, deren Rückgabe einen Friedensvertrag ermöglichte. M4 (S. 227) zeigt, wie die palästinensischen Siedlungsgebiete von israelischen Siedlungen durchsetzt werden.

c) Bei der Karte M2 fehlen sämtliche Staatsgrenzen. Es sind nur Orte westlich des Flusses Jordan eingezeichnet. Auch fällt neben der Markierung für die Stadt Jaffa ein unbeschrifteter Punkt auf, der Tel-Aviv darstellt. Der Ballungsraum Tel-Aviv-Jaffa ist das Wirtschaftszentrum des Landes. Tel-Aviv wurde

(offiziell 1909) als dezidiert jüdische Siedlung neben dem arabischen Jaffa gegründet und war ein Zentrum jüdischer Einwanderung. 1948 wurde in Tel-Aviv die Unabhängigkeitserklärung verlesen. Somit wird der wichtige Ort zwar in der Karte verzeichnet, aber der hebräische Stadtname nicht genannt. Auch von der Stadt Hebron ist der arabische Name, Al-Kahlil, abgedruckt. Auch die anderen Städtenamen in der Karte sind in ihrer arabischen Form notiert, die sich aber meist kaum von der hebräischen unterscheidet. Auch fehlen Orte, z. B. die Stadt Eilat mit ihrem wichtigern Hafen am Golf von Akaba (seit 1949 überwiegend von Israelis besiedelt) oder die Hauptstadt von Jordanien (Amman), ebenso die wichtige (vor allem von Juden bewohnte) Stadt Netanja (nördlich von Jaffa) oder Chadera (nördlich von Netanja), eine der ältesten jüdischen Ortsgründungen der Neuzeit in Israel (1891). Im Norden bezeichnet der Name Jermaq den zweithöchsten Berg Israels (israelisch Har Meron). Die Golanhöhen im Norden werden hier als Dschalil-Höhen bezeichnet. (Hinweis zur Legende: Depression = Land, das tiefer als der Meeresspiegel liegt.)

4.3 Vom Osmanischen Reich in die Abhängigkeit von den europäischen Staaten

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 206

a) Laut Herzl bildet der zu gründende jüdische Staat ein kulturelles Bollwerk gegen den barbarischen Osten. Trotz seiner Lage im Nahen Osten sollte der zionistische Staat sich an Europa orientieren, aber in den Konflikten der Großmächte neutral bleiben. Für die heiligen Stätten der Christen solle ein Sonderstatus gefunden werden, der den freien Zugang unter dem Schutz des jüdischen Staates („Ehrenwacht“, Z. 15) garantieren werde.

b) Innerhalb des Zionismus lassen sich zunächst zwei entgegengesetzte Haltungen zur arabischen Frage, die jeweils von Minderheiten vertreten wurden, ausmachen: Eine Gruppe trat für eine aktive Politik der Verständigung und Integration ein. Für sie war die Vorstellung des Zionismus mit der einer besseren Welt verbunden. Dazu gehörte auch ein gutes Verhältnis zur palästinensischen Bevölkerung.

Eine andere Gruppe sah den Konflikt mit den Arabern als unausweichlich an. Die Konkurrenz um das gleiche Land sowie die kulturellen Unterschiede konnten – laut dieser Position – nicht friedlich gelöst werden. Insofern erschien der Ausbau der militärischen Mittel auf jüdischer Seite eine zwangsläufige Folge, da dem Widerstand der Araber solange standgehalten werden müsse, bis dieser erlahme. Für die Mehrheit der Zionisten war die arabische Frage jedoch zu diesem Zeitpunkt ideologisch von geringerer Bedeutung. Man betrachtete die verstärkte Einwanderung und Besiedlung als primäre Aufgabe. Mit den Arabern wollte man kooperieren, sah dies aber nicht als notwendigen Bestandteil der Zukunft an.

c) Theodor Herzl wurde am 2. Mai 1860 in Budapest geboren und stammte aus einer „religiös aufgeklärten“, d. h. assimilierten Familie. Nach dem Umzug der Familie nach Wien begann er ein Jurastudium. Während des Studiums und nach seinem Abschluss erlebte er in Wien immer wieder Beschrän-

kungen durch den in der Gesellschaft vorhandenen und wachsenden Antisemitismus. So verlegte er sich auf eine Tätigkeit als Journalist. 1891 ging er als Korrespondent einer Zeitung nach Paris, wo er über die Dreyfus-Affäre berichtet. Die damit verbundenen Eindrücke beeinflussten seine Haltung und er entwickelte sich zum Zionisten. In den folgenden Jahren verfestigte sich seine Ansicht, dass die Judenfrage in Europa nicht durch Assimilierung sondern nur durch einen eigenen jüdischen Staat gelöst werden konnte. Im Juni 1895 vollendete er, nach Wien zurückgekehrt, die programmatische Schrift „Der Judenstaat“. Eine überarbeitete Version erschien am 14. Februar 1896, die noch im gleichen Jahr in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Das Buch erschien in insgesamt 18 Sprachen und in mehr als 80 Ausgaben.

Herzls Ideen wurden von vielen Juden abgelehnt. Die assimilierten Juden hielten eine Staatsgründung für unmöglich oder unnötig, die Orthodoxen vertraten die Ansicht, der den Juden verkündete Staat könne und dürfe nur durch den Messias, nicht durch das Streben von Menschen verwirklicht werden. Positiv aufgenommen wurden Herzls Ideen in jüdischen Jugend- und Studentenbewegungen. Auf zahlreichen Reisen versuchte Herzl bei den europäischen Regierungen und bei jüdischen Persönlichkeiten und Gemeinden für seine Ziele zu werben. Mit der Einberufung des Ersten Zionistenkongresses (1897) in Basel konnte Herzl Anhänger gewinnen. In den folgenden Jahren verbreiteten sich seine Ideen weiter, politischer Erfolg blieb der Bewegung trotz Herzls Bemühungen allerdings versagt. Herzl starb im Juli 1904. Er wird in Israel als „Prophet des Staates“ verehrt, der Herzl Berg, auf dem seine Gebeine 1949 nach der Überführung aus Wien bestattet wurden, ist ein bis heute für die jüdische Identität wichtiger Ort.

Chaim Weizmann wurde am 27. November 1874 in Motol (in der Nähe der Stadt Pinsk) in Weißrussland geboren. Da in Russland nur eine begrenzte Zahl von Juden zum Studium zugelassen wurde, studierte er in Darmstadt und dann in Berlin Chemie. Dort stand er im Kontakt mit einem Kreis zionistisch denkender Intellektueller. Während der Fortsetzung seines Studiums in Freiburg (Schweiz) entwickelte er sich zum überzeugten Zionisten und besuchte als Delegierter den zweiten Zionistenkongress (1899). 1901 wurde er Professor für Biochemie an der Universität Genf. Innerhalb der zionistischen Bewegung setzte sich Weizmann für die Gründung der Demokratischen Fraktion ein und trat für die Förderung der hebräischen Kultur ein. Als Professor an der Universität Manchester knüpfte er Kontakte zum britischen Premierminister Arthur James Balfour und konnte diesen von der Idee des Zionismus überzeugen, was sich dann in der Balfour-Deklaration vom November 1917 niederschlug (vgl. M 10, S. 201 f.). Weizmann war inzwischen britischer Staatsbürger und unterstützte mit seinen Forschungen auch die britische Kriegsführung. Als Vorsitzender der Zionistischen Kommission wurde er im Auftrag der britischen Regierung nach Palästina geschickt. Während dieser Reise fand die Grundsteinlegung für die Hebräische Universität in Jerusalem statt, die jedoch erst 1925 eröffnet wurde. Weizmann sah diese Gründung als spirituelles Zentrum des Zionismus.

Bei der Pariser Friedenskonferenz förderte er die Übergabe des Völkerbundmandates über Palästina an Großbritannien. Dort unterzeichnete er als Leiter der Zionistischen Delegation gemeinsam mit dem Emir Faisal ein Abkommen, in dem beide die Stärkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina und

die muslimische Kontrolle über deren heilige Stätten vereinbarten (3. Januar 1919). Dieses Abkommen trat aufgrund der weiteren Entwicklung in Palästina jedoch nicht in Kraft. Der Politik der britischen Mandatsmacht stand Weizmann zunehmend kritisch gegenüber. 1929 wurde er zum Leiter der Jewish Agency gewählt. Diese Institution vertrat die Interessen der in Palästina lebenden Juden gegenüber den Briten. Von 1920 bis 1946 (mit Ausnahme der Jahre 1931–1935) war er überdies Präsident der Zionistischen Weltorganisation (WZO). In den 1920er-Jahren widmete sich Weizmann verstärkt seiner wissenschaftlichen Arbeit, blieb aber immer in Kontakt mit jüdischen Intellektuellen (z. B. Albert Einstein). Immer wieder unternahm er Reisen (USA, Südamerika) um Geld für den Zionismus zu sammeln. Dessen Ziele wurden aber durch die restriktive britische Palästina-Politik behindert. Trotzdem warb Weizmann in Großbritannien und den USA weiterhin für die zionistische Idee. Während der Verhandlungen über die Gründung eines jüdischen Staates sprach Weizmann 1947 vor dem Komitee der UNO für Palästina. Die Gründung des Staates Israel war unter anderem den beharrlichen Bemühungen Weizmanns zu verdanken. So wurde er am 16. Februar 1949 zum ersten Präsidenten des Staates Israel gewählt, ein Amt, das er bis zu seinem Tod am 9. November 1952 inne hatte. Weizmann vertrat die Position des sogenannten „Synthetischen Zionismus“, der die Forderung des politischen Zionismus nach einer eigenen Staatsgründung mit dem Ziel des „Praktischen Zionismus“, einem verstärkten Engagement in Palästina (Siedlung) verband.

David Ben Gurion wurde am 16. Oktober 1886 in Plonsk (Kongresspolen) als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Dieser war ein glühender Anhänger des Zionismus und führte eine entsprechende Organisation. Schon als Jugendlicher identifizierte Ben Gurion sich mit den Ideen des Zionismus, aber auch mit denen des Sozialismus. 1906 wanderte er nach Palästina aus und wurde Mitglied einer jüdischen Untergrundorganisation. Im ersten Weltkrieg trat er für die Unterstützung der osmanischen Armee durch ein jüdisches Bataillon ein, wodurch er sich Vorteile für die zionistische Sache erhoffte. Nach der Ausweisung durch die Osmanen ging er zunächst in die USA, 1918 trat er – ermutigt durch die Balfour-Erklärung – in die jüdische Legion der britischen Armee ein und kehrte nach Kriegsende mit seiner Familie nach Palästina zurück. Dort war er Gründer und führendes Mitglied der Gewerkschaft Histadrut (Dachverband der Gewerkschaften) und beteiligte sich am Aufbau der Haganah, einer paramilitärischen Untergrundorganisation, die in Palästina für die Durchsetzung zionistischer Ideen kämpfte. 1930 gründete er eine Arbeiterpartei mit sozialistisch-zionistischem Programm, die Mapai. Insgesamt vertrat er moderate Ziele, beteiligte sich allerdings auch an gewaltsamen Aktionen. Von 1935 bis zur Staatsgründung war er Vorsitzender des Exekutivkomitees der Jewish Agency, der Vertretung der Juden in Palästina. Als solcher bestimmte er den Kurs der zionistischen Bewegung und setzte sich für eine vermehrte Einwanderung und Ansiedlung im Mandatsgebiet ein, auch gegen den Widerstand der Briten. Am 14. Mai 1948 verlas Ben Gurion die Proklamationsurkunde des Staates Israel, dessen erster Ministerpräsident (1948–1953 und 1955–1963) und Verteidigungsminister er wurde. Unter seiner Führung verdoppelte sich innerhalb von fünf Jahren die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung. Auch in den folgenden Jahren (bis 1970)

war er als Politiker aktiv und gestaltete den Weg Israels mit. Ben Gurion starb am 1. Dezember 1973.

Alle drei hier genannten zentralen Persönlichkeiten haben in ihrem Umfeld erfahren, dass sie durch den Antisemitismus in ihren Lebensentwürfen eingeschränkt wurden. Theodor Herzl erkannte, dass trotz aller Aufgeklärtheit der Gesellschaft und trotz des Assimilierungswillens vieler v. a. bürgerlicher Juden in Mitteleuropa der Antisemitismus nicht verschwinden würde. So entwarf er die Idee eines eigenen jüdischen Staates, den viele zunächst als Hirngespinnst abtaten. Auch Chaim Weizmann spürte in seiner Heimat Russland antijüdische Begrenzungen, seinen Status als anerkannter Wissenschaftler setzte er ein, um für den Zionismus zu wirken. Ben Gurion gehört zu den Zionisten, die sozialistische Ideen einspeisten und aktiv den Aufbau der jüdischen Gesellschaft vorantrieb.

d) Großbritannien und Frankreich verfolgten bei ihrer Politik im Nahen Osten stets eigene Interessen. Um Unterstützung gegen das Osmanische Reich zu erhalten, wurde von den Briten im Ersten Weltkrieg sowohl den Arabern als auch den Juden ein eigener Staat versprochen (M8: McMahon-Brief, M10: Balfour-Erklärung). Zeitgleich verhandelte die Entente über die Aufteilung der osmanischen Gebiete. Letztes Ergebnis dieser Gespräche war das Sykes-Picot-Abkommen (M3), in dem Frankreich und Großbritannien den Nahen Osten unter sich aufteilten. Dieser Plan beweist, dass die nationalen Wünsche der Juden und Araber letztendlich keine Rolle spielten. Die Hauptpunkte des Abkommens wurden dann auch in die Völkerbundmandate übernommen, die ab 1923 offiziell in Kraft traten. Großbritannien erhielt das britisch Mandat Mesopotamien (Irak) und Palästina (inklusive Transjordanien) als Völkerbundmandat, während Frankreich das Mandat für Syrien und den Libanon übernahm. Durch die Übergabe Transjordanien an die Haschemiten begrenzte Großbritannien von vornherein die Ausdehnung eines potenziellen jüdischen bzw. palästinensischen Staates auf das Gebiet westlich des Jordan. Der wachsende Widerstand der Araber gegen die anhaltende jüdische Einwanderung veranlasste die britische Regierung zu einer restriktiven Einwanderungspolitik (M11, M12, M15, M17). Andererseits wurde die antijüdische Hetze der arabischen Seite durch die Mandatsmacht nicht konsequent unterbunden. Letztendlich war die britische „Schaukelpolitik“, die – aus Berechnung und/oder Naivität – beiden Seiten sich inhaltlich ausschließende Versprechungen machte, eine der zentralen Ursachen für die Konflikte im Nahen Osten.

e) Juden wie Araber hofften, mit britischer Hilfe Unabhängigkeit zu erreichen. Großbritannien benutzte die nationalen Wünsche, um seine eigene Politik zu verfolgen. Dafür wurden beide Seiten gegeneinander ausgespielt und widersprüchliche Versprechungen gemacht. Durch die Unterstützung der zionistischen Einwanderung und Ansiedlung wurde die jüdische Bevölkerungsgruppe in Palästina gestärkt, andererseits aber auch vertröstet und in ihren Wünschen für lange Zeit enttäuscht. Die Palästinenser, die sich mit einigem Recht als Eigentümer des Landes sahen, befanden sich in der Defensive und begannen ihren Abwehrkampf, da sie sich von allen Seiten bedroht fühlten. In dieser Situation konnte es zu keiner Einigung kommen, der Weg zu einer einvernehmlichen Lösung wurde auch durch die britische Politik verstellt.

f) Die erste größere Einwanderungswelle erreichte Palästina Ende des 19. Jahrhunderts. Die Auswanderer kamen überwiegend aus Osteuropa (v. a. Russland und Polen) und flüchteten vor Unterdrückung und Pogromen. Die Immigranten stammten zunächst eher aus ärmeren Bevölkerungsschichten, später auch aus bürgerlichem Milieu. Als Probleme zeigten sich bald das ungewohnte Klima, Sprachprobleme und das Fehlen passender Strukturen (Schulen, Infrastruktur, Wohnraum, Arbeitsplätze ...). Viele Einwanderer konnten nicht in ihren angestammten Berufen arbeiten und mussten harte körperliche Arbeit leisten. Hinzu kam der Widerstand der arabischen Bevölkerung, aber auch Restriktionen der osmanischen Behörden bzw. dann der britischen Mandatsmacht. Ein Beispiel für deren rigides Vorgehen bietet das Schicksal der „Exodus“-Passagiere.

4.4 Wem gehört das „heilige Land“ – der Kampf der Palästinenser gegen Israel

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 223

a) Fast der gesamte südliche Teil (insgesamt ca. zwei Drittel) des ursprünglich für den jüdischen Staat vorgesehenen Bereichs ist ursprünglich für den jüdischen Staat vorgesehenen Bereichs ist Wüste (Negev) oder Halbwüste, mit nur sehr wenigen Niederschlägen. Zur damaligen Zeit konnte dieses Gebiet nicht landwirtschaftlich genutzt oder bewohnt werden. Ebenso sollte die nördliche Hälfte der fruchtbar gemachten Küstenebene sowie der Osten von Galiläa mit dem See Genezareth zum jüdischen Teil gehören. Gerade im Küstengebiet muss die landwirtschaftliche Nutzung mittels Bewässerung sichergestellt werden. Nur etwa 6% des Landes befand sich zu dieser Zeit im Besitz jüdischer Siedler, etwa 47% waren arabisches Eigentum, der Rest war ungenutzt (v.a. in der Negev). Das dem jüdischen Staat zugesprochene Gebiet war der Teil Palästinas, der von einem Großteil der jüdischen Bevölkerung bewohnt wurde, wenn auch fast ebenso viele Palästinenser dort lebten. Der palästinensische Staat sollte Samaria und Judäa (beides Bergland), den Westen Galiläas (mit der Stadt Akko) und den südlichen Küstenstreifen (mit dem heutigen Gazastreifen) sowie einen Streifen Wüste entlang der ägyptischen Grenze umfassen. Die wichtige, vorwiegend arabisch bewohnte Hafenstadt Jaffa sollte ebenfalls dem arabischen Staat angehören.

b) Ben Gurion nennt drei Gründe (vgl. Z. 40f.): Das Volk Israel hat zunächst ein natürliches Recht auf seine staatliche Existenz. Hinzu kommt das historische Recht am Boden Palästinas, da hier die Wurzeln des Volkes liegen und sein geistiger, religiöser und politischer „Charakter“ geformt wurde. Während der gesamten Zeit der Diaspora war es der Wunsch der Juden, diese Heimat wiederzugewinnen. Zuletzt wird noch – quasi als juristische Bestätigung – der Beschluss der Vereinten Nationen zur Rechtfertigung angeführt. Diese rechtliche Anerkennung ist irreversibel.

Darüber hinaus garantiert die Proklamationsurkunde für alle Bewohner ohne Unterschied (also auch für die Palästinenser) wirtschaftliche Entwicklung, soziale und politische Gleichberechtigung auf der Basis der Grundsätze der Vereinten Nationen. Auch sollen die heiligen Stätten im Lande „sichergestellt“ (Z. 53f.), also wohl vor Zerstörung bewahrt werden. Am Ende steht noch ein Friedensangebot an die arabischen Nachbar-

staaten und die Einladung an die Palästinenser zur gemeinsamen Arbeit am Aufbau des Staates.

c) Die palästinensische Nationalcharta ist über weite Strecken eine direkte Antwort auf Argumentation in der Proklamationsurkunde Israels. Das Recht der Israelis auf Palästina wird verneint, die von diesen behaupteten historischen und religiösen Bindungen an das Land gäbe es nicht, denn Palästina sei das Heimatland des arabischen Volkes der Palästinenser. Auch besitzen die Juden kein Recht auf Eigenstaatlichkeit, denn sie sind eine religiöse Gruppe und keine Nation. Der Teilungsplan war – ebenso wie die Staatsgründung – illegal und ein Willkürakt, der den Grundsätzen der Vereinten Nationen widerspricht (v. a. dem Recht auf Selbstbestimmung). Ähnlich wie die Proklamationsurkunde (M6) auf jüdischer Seite postuliert die Nationalcharta ein natürliches Recht der Palästinenser auf das Land. Nach der „Befreiung“ (Z. 11) wollen auch sie den freien Zugang zu den heiligen Stätten garantieren. Zum geeigneten Mittel, um die Befreiung zu erreichen, wird der bewaffnete Kampf in Form von Guerillaaktionen bezeichnet.

d) Auf beiden Websites wird stets sehr rasch auf aktuelle Ereignisse reagiert und – meist schon auf der Startseite – der jeweilige Standpunkt verdeutlicht. Deshalb bietet es sich hier an, die Schülerinnen und Schüler zum jeweiligen Stand einen Rechercheauftrag zu aktuellen Geschehnissen zu geben. Schon die Frage, welche Ereignisse auf der jeweiligen Homepage dargestellt werden und welche nicht, zeigt die unterschiedlichen Sichtweisen. Als Vergleichspunkt kann dann auch eine Darstellung in den deutschen Medien herangezogen werden. Abgesehen von tagesaktuellen Ereignissen gibt es auf beiden Websites auch weiterführende Links, die z. B. die Geschichte Palästinas beleuchten. Auch hieran lässt sich die unterschiedliche Perspektive beider Seiten herausarbeiten.

- Botschaft des Staates Israel (Zugriff 23.03.2010): <http://berlin.mfa.gov.il/mfm/web/main/missionhome.asp?MissionID=88>
- Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland (Zugriff 23.03.2010): <http://www.palaestina.org/>

e) Gunnar Heinsohn (*1943) ist Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler. Eine seiner umstrittensten Thesen veröffentlichte er in seinem Buch „Söhne und Weltmacht“. Demnach verursacht ein „Überhang“ an Söhnen über mehrere Generationen hin in einer Gesellschaft die Wahrscheinlichkeit von Konflikten. Gerade in den meisten islamisch geprägten Ländern, in denen dies seit mehr als fünf Generationen der Fall ist, sieht Heinsohn dieses Problem. Dort habe sich die Zahl der Menschen innerhalb eines Jahrhunderts von 150 auf 1 200 Millionen verachtfacht. Die Mehrheit dieser Menschen gehört der jungen Generation an. Heinsohn (Z. 45f.) verwendet dafür den Begriff des „Youth Bulge“ (d. h. eine breite Ausstülpung in der Bevölkerungspyramide, wenn die 15–24-Jährigen mindestens 20%, bzw. die 0–15-Jährigen mindestens 30% ausmachen, Begriff von Gary Fuller). Gunnar Heinsohn sieht die Ursache für Bürgerkrieg, Imperialismus, Völkermord und Terrorismus, wenn ein großer Anteil der männlichen Jugend zwar in ihrer Existenz gesichert und ausreichend ernährt sei, aber sonst keine Aussicht auf eine angemessene Position in der Gesellschaft habe. Diesen Thesen entsprechen Heinsohns Aussagen in M 19. Die Situation in Israel sieht er als Beweis für seine These von der Gefährlichkeit der jungen Männer.

Diesen Thesen kann man zahlreiche Gegenbeispiele entgegenhalten: Viele Staaten mit Jugendüberschuss (Brasilien, Sambia, Ghana, Botswana) haben keine entsprechenden Probleme, weder in den in zahlreiche internationale Konflikte verwickelten USA noch im nationalsozialistischen Deutschland gab es einen derartigen Überschuss an jungen Männern.

Von wissenschaftlicher Seite wird Heinsohn vorgeworfen, dass seinen Thesen die statistischen Grundlagen fehlen.

f) Entsprechend der Definition der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) gelten als palästinensische Flüchtlinge Personen, die in Palästina zwischen Juni 1946 und Mai 1948 beheimatet waren und die ihr Zuhause und ihren Lebensunterhalt auf Grund des arabisch-israelischen Konflikts von 1948 verloren. Als das Hilfswerk 1950 seine Arbeit aufnahm, wurden 750 000 Flüchtlinge registriert. Heute umfasst die Zahl der Flüchtlinge (und ihrer Nachkommen) 4,7 Millionen. Ein Drittel dieser Flüchtlinge (ca. 1,4 Mio.) leben in 58 offiziellen Lagern in Jordanien, dem Libanon, Syrien, dem Gazastreifen und der Westbank (mit Ost-Jerusalem). Die UNRWA unterstützt auch Schulen, Krankenhäuser und Versorgungsstationen außerhalb der offiziellen Lager, an Orten, an denen sich Flüchtlinge konzentrieren, z. B. Jarmuk (bei Damaskus). Die sozio-ökonomischen Umstände in den Lagern sind laut den UNRWA-Berichten ärmlich, mit sehr hoher Bevölkerungsdichte, beengten Wohnverhältnissen und einer schlechten Infrastruktur im Bezug auf Straßen und Kanalisation. Ein großes Problem ist auch die Arbeitslosigkeit, der vorwiegend jungen Bevölkerung. Die Haupttätigkeitsfelder der UNRWA sind: medizinische Versorgung, humanitäre Maßnahmen, Erziehung, Ausbildung, Verbesserung der Infrastruktur, Beschaffung von Arbeitsplätzen.

g) Die Proklamationsurkunde des Staates Israel und die palästinensische Nationalcharta (M6, M7) zeigen, dass jeder der beiden Gegner das Recht auf das Gebiet Palästina für sich beansprucht. Für lange Zeit stand dieser Absolutheitsanspruch einer gütlichen Lösung im Wege.

Erschwert wurde der Friedensprozess auch durch die Einwirkung europäischer Staaten, der USA und der Sowjetunion (siehe dazu Antwort zu Frage a im folgenden Kapitel). Dies begann schon vor der Staatsgründung 1948 (M9) und setzte sich in allen Auseinandersetzungen Israels mit seinen Nachbarn fort. Seit dem Sechstagekrieg engagiert sich die USA in der Region auf Seiten Israels, das als Brückenkopf des Westens gilt. Deshalb verschließt die US-Politik in bestimmten Situationen die Augen vor offensichtlichen Verfehlungen der israelischen Regierung und Armee (Bruch der Genfer Konventionen, Menschenrechtsverletzungen, Siedlungsbau, massiver Druck auf die Autonomiegebiete). Unter dem Schutz der USA ist Israel sicher vor Sanktionen der UNO. Da die USA – dem weit verbreiteten Eindruck nach – Israelis und Palästinenser mit „zweierlei Maß“ messen, entsteht bei den arabischen Nachbarstaaten wie auch bei den Palästinensern selbst ein Gefühl von Ohnmacht und Erniedrigung (vgl. auch M18), für das nicht nur die USA, sondern auch andere westliche Staaten sowie Israel selbst verantwortlich gemacht werden.

Die innenpolitische Schwäche israelischer Regierungen und das Gefühl der Angst in der Bevölkerung vor Anschlägen führen dazu, dass die Verantwortlichen eine „Politik der Stärke“

gegenüber den Palästinensern betreiben. Zu diesen gehört z. B. der Bau der Sicherheitsmauer (M22), der von den Palästinensern als Provokation empfunden wird. Auf beiden Seiten wird der Konflikt durch Extremisten angeheizt (M20), Einzelpersonen wie u. a. Yassir Arafat (M8) tragen ebenfalls zur Verschärfung des Konfliktes bei.

Auf der anderen Seite leiden zahlreiche, v. a. junge Palästinenser unter den Einschränkungen. Armut, Hoffnungslosigkeit und fehlende Hoffnung auf eine Besserung der Lage ist nicht nur in den Flüchtlingslagern verbreitet. Zusammen mit der Glorifizierung des Todes und einem Heldenkult um die Märtyrer (M15) führt dies dazu, dass es immer wieder junge Menschen gibt, die sich als Selbstmordattentäter zur Verfügung stellen.

Israelis und Palästinenser sehen sich im Konflikt als Opfer der Gegner an und weigern sich, das Leid, das sie der jeweils anderen Seite angetan haben, anzuerkennen. Diese Haltung verhindert ein konsequentes Voranschreiten im Friedensprozess (M23).

h) Der Autor fasst zunächst die Auswirkungen der Feindschaft zwischen Israelis und Palästinensern kurz zusammen. Jeder Schlag, der von einer der beiden Seiten gegen die andere ausgeführt wird, verhindert den Frieden und gefährdet die eigene staatliche Existenz bzw. die Hoffnung darauf. Echter Zionismus bedeutet – so Taub –, dass die Israelis die Staatswerdung der Palästinenser aktiv unterstützen müssen, um langfristig einen Frieden für die Region zu erreichen. Darin liegt auch die Hoffnung für die Palästinenser.

i) Nahezu die Hälfte aller verabschiedeten UN-Resolutionen von Sicherheitsrat und Generalversammlung beziehen sich auf den Nahen Osten. Mit keinem anderen Krisengebiet der Welt hat sich die UNO so oft beschäftigt.

Die Vorläuferorganisation der UNO, der Völkerbund war für die Übertragung des Mandates über Palästina an die britische Regierung auf Basis der Balfour-Deklaration verantwortlich. Als Großbritannien das Mandat 1947 zurückgab, wurde eine Sonderkommission der UNO eingesetzt (UNSCOP), die sich mit dem Problem beschäftigen sollte. Aus ihrer Arbeit ging der Teilungsplan hervor. Auch in den folgenden Konflikten war die UNO immer wieder aktiv, Erfolge gab es meist nur dann, wenn alle Beteiligten zustimmten.

1948/49: arabisch-israelischer Krieg: Hier forderte die UNO schon vor dem offiziellen Ende der Mandatszeit das Ende der Kampfhandlungen zwischen Juden und Arabern und begründete die Waffenstillstandskommission „United Nations Truce Commission“ (UNTC), die einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien herbeiführen und dann überwachen sollte. Dieser kam jedoch nicht zustande. Als der Krieg kurz nach der Ausrufung des Staates Israel offen ausbrach, stellte der Sicherheitsrat am 29. Mai die Beobachtergruppe „United Nations Truce Supervision Organization“ (UNTSO) auf. Diese war die erste UN-Truppe in der Geschichte der UNO und sollte den UN-Vermittler Graf Bernadotte und die UNTC unterstützen. Zu diesem Zweck wurde sie an den Grenzen zwischen Israel und seinen Nachbarn auf dem Gebiet aller fünf Staaten verteilt. Trotz eines von der UNO verhängten Waffenembargos gegen die Kriegsteilnehmer konnte Israel von der Sowjetunion Waffen kaufen. Ein Waffenstillstand kam erst zustande, als Israel ihm zustimmte. (Die UNTC mit Hauptquartier Jerusalem, Damaskus und Beirut gibt es bis heute.) Der UNO-

Vermittler Graf Folke Bernadotte wurde von jüdischen Terroristen ermordet.

Nachdem Israel einen Großteil der den Palästinensern zugeordneten Gebiete erobert hatte, schloss es unter der Vermittlung der UNO bilaterale Waffenstillstände. Zentrale Forderungen der UNO, wie die Rückkehr der Flüchtlinge oder die Internationalisierung Jerusalems wurden nicht erfüllt. Die Weigerung Israels, diesen Flüchtlingen (und jenen des Sechstageskrieges) die Rückkehr zu erlauben, ist bis heute ein entscheidender Streitpunkt zwischen Israel und den Arabern geblieben. Israel erließ stattdessen am 5. Juli 1950 ein anderes Rückkehrgesetz („law of return“): für alle Juden der Welt, da Israel die Heimat aller Juden sei.

Die UNO errichtete am 8. Dezember 1949 das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA, vgl. Informationen zu Frage f).

1956 Suezkrieg: Israel nutzt den Konflikt Ägyptens mit Großbritannien und Frankreich und besetzt Suez. Aufgrund des gemeinsamen Drucks der USA und der UNO beendeten die Angreifer den Krieg. Die Grenze zwischen Ägypten und Israel wurde ab März 1957 von einer UN-Sicherheitstruppe (UNEF I, United Nations Emergency Force) kontrolliert. Dabei handelte es sich um die erste Friedensmission der Vereinten Nationen mit einer Teilnahme bewaffneter Truppen.

Im Vorfeld des Sechstageskrieges zogen die UN-Soldaten jedoch auf Verlangen des ägyptischen Präsidenten Nasser wieder ab und waren auch auf israelischem Gebiet nicht erwünscht.

Am 22. November 1967, wenige Monate nach dem Sechstageskrieg, verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 242 (siehe M6 im folgenden Kapitel). Darin wurde der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten gefordert, dafür sollten die arabischen Staaten Israel anerkennen. Beide Seiten fühlten sich jedoch nicht an die Resolution gebunden. Trotzdem ist diese Resolution bis heute die völkerrechtliche Grundlage aller Bemühungen um eine Friedenslösung im Nahen Osten (Prinzip „Land gegen Friede“). Die Resolution war von Anfang an umstritten, da die offizielle englische Version Israels Rückzug „aus Gebieten“ (from territories), nicht jedoch aus allen Gebieten forderte. Die Palästinenser erkannten sie erst 1988 an.

Während des Yom-Kippur-Krieges 1973 forderte eine Resolution des Sicherheitsrates alle Staaten zum Waffenstillstand auf (Resolution 338). Auf den Text hatten sich Amerikaner und Sowjets geeinigt. Die kämpfenden Parteien wurden aufgefordert, das Feuer einzustellen und gleichzeitig „mit der Erfüllung der Resolution 242 des Sicherheitsrates in allen ihren Bestandteilen zu beginnen“. Syrien nahm die Resolution 338 an, und damit auch die Resolution 242. Die PLO lehnte beide kompromisslos ab. Ungefähr zeitgleich kam die Friedenstruppe zu einem erneuten Einsatz in der Krisenregion (UNEF II). Für die syrisch-israelische Front an den Golanhöhen wurde ebenfalls eine UN-Truppe aufgestellt (United Nations Disengagement Observer Force (UNDOF)). Diese überwacht dort bis heute den Waffenstillstand.

1974 sprach Yassir Arafat in Uniform mit Palästinensertuch und umgeschallten Pistolenhalfter vor der UNO. Die Tatsache, dass Arafat vor der Vollversammlung erscheinen konnte, entsprach einer Anerkennung der PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes. Arafat brachte seinen Respekt vor der UNO zum Ausdruck und erläuterte, dass der „politische diplomatische Kampf“ nun den militärischen ergänze. Israel war für

Arafat und die PLO nach wie vor nur ein „zionistisches Gebilde“, dem er aggressiven Expansionismus und rassistische Haltungen vorwarf. Andererseits unterscheidet er zwischen dem Judentum und dem zu bekämpfenden Zionismus. Den Juden bot er Partnerschaft „in einem demokratischen Palästina“ und „bei gerechten Friedensvereinbarungen“. Schließlich forderte er die Auflösung Israels und die Gründung eines neuen Staates im ehemaligen britischen Mandatsgebiet.

Knapp zwei Wochen nach Arafats Rede wurden durch die Generalversammlung zwei Resolutionen zur Palästina-Frage verabschiedet: Gegen die Stimmen Israels, der USA und sechs weiterer Staaten (37 Enthaltungen) wurden mit 89 Stimmen „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen sowie das „Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität“ bestätigt. Die Palästinenser waren damit international als Volk mit „berechtigten Ansprüchen“ anerkannt.

Ein Jahr später stellte die UNO-Vollversammlung – ganz im Sinne der Palästinenser – fest, dass „der Zionismus eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung ist“. (72 Ja-, 35 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen). Diese Resolution wurde allerdings im Dezember 1991 wieder für ungültig erklärt.

Die Rolle der UNO war und ist – wie in vielen anderen Regionen der Welt – eine problematische. Sie kann bei der Umsetzung von Friedensabkommen helfen und Friedenstruppen entsenden. Andererseits wird der Weltsicherheitsrat durch Konflikte der ständigen Mitglieder mit Vetorecht blockiert, was sich vor allem in der Zeit der Kalten Kriege manifestierte. Auch die „neutrale“ Haltung des Sicherheitsrates gegenüber den Aktivitäten der USA im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“ ist umstritten.

Gegenwärtig (2010) gibt es im Nahen Osten drei UN-Missionen: UNTSO (seit 1948) für Israel bzw. Palästina, UNDOF (seit 1974) für die Grenzregion zwischen Syrien und Israel und UNIFIL (seit 1978) für den Libanon.

4.5 Der Staat Israel im Kampf mit seinen Nachbarn

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 231

a) Schon die Haltung der verschiedenen Staaten zur Gründung des Staates Israel zeigt, dass hier meistens nationale Interessen und nicht altruistische Gründe verfolgt wurden (vgl. M9 im Kapitel 4.4). Die USA strebte einerseits ein gutes Verhältnis zu den arabischen Staaten an, andererseits wollte man die zahlreichen amerikanischen Juden nicht verprellen. Auf sowjetischer Seite erhoffte man sich zu diesem Zeitpunkt noch einen neuen Verbündeten in der Region (vgl. sozialistische Ideen im Zionismus) und unterstützte den jungen Staat sogar mit Waffenlieferungen über die Tschechoslowakei. Auch Frankreich lieferte Militärtechnik und nutzte zusammen mit Großbritannien den jungen Verbündeten im Suezkrieg. Deutschland unterstützte Israel vor allem finanziell.

Die Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg und die Teilnahme der Sowjetunion für die arabische Sache führten zur verstärkten Unterstützung Israels durch die USA. Ab 1967 war Israel eine feste Größe in den außenpolitischen Plänen der USA. Das politische Tauwetter zwischen den Weltmächten zu

Anfang der 70er-Jahre führte auch zu einer ersten aktiven Friedenspolitik im Nahen Osten, ebenso nach dem Ende des Kalten Krieges. Doch auch nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes spielt der Staat Israel eine Sonderrolle in der Außenpolitik der USA (M21 Kapitel 4.4), verstärkt seit dem Beginn des „Krieges gegen den Terror“ 2001: Das Land wird als strategischer Brückenkopf im überwiegend muslimischen Nahen Osten gesehen, der unbedingt erhalten werden kann.

b) Der Kommentator nimmt eine pro-israelische Haltung ein. Die Schuld am Krieg tragen die arabischen Staaten, hinter denen die Sowjetunion steht. Diese wollte mit ihrer Politik die USA in eine Zwickmühle bringen, die eine „Entlastungsfront für Vietnam“ (Z. 10f.) sein sollte. Allerdings hat die Schlagkraft Israels diesen Plan zunichte gemacht.

c) Die UN-Resolution verlangt von Israel die Rückgabe der eroberten Gebiete, die „gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ (Z. 28) sowie eine entmilitarisierte Zone. Die Lösung des Flüchtlingsproblems entspricht der schon 1949 gestellten Forderung, diese zurückkehren zu lassen. Auf der anderen Seite fordert die Resolution von den kriegführenden Parteien die Anerkennung der Souveränität aller Staaten in der Region, d. h. auch Israels und die Freiheit von Drohungen und Gewaltakten. Somit begründet diese Resolution das Prinzip „Land gegen Frieden“. Die Resolution von 1973 bekräftigt die vorhergehende noch einmal und ruft zu Friedensverhandlungen auf.

d) Der Text bringt den Nahostkonflikt mit der Situation in der Golfregion in einen Zusammenhang. Beide Konflikte beeinflussen sich gegenseitig. Hierzu nennen die Autoren mehrere Beispiele, unter anderem die Unterstützung von Hamas und Hisbollah durch den Iran, durch die der Konflikt um Israel verschärft wird. Auch verursacht das Scheitern der USA und ihrer Verbündeten im Irak die Gefahr des Terrorismus in den umliegenden Staaten. Überdies ist die USA vermehrt auf die Hilfe der Staaten in der Region angewiesen, was die Entwicklung einer liberalen politischen Kultur beeinträchtigt. Als besonders schwerwiegend sehen die Autoren die Tatsache, dass die Konflikte von den Beteiligten nicht mehr als Einzelfälle angesehen werden, sondern nur pauschal als Teil eines Weltanschauungskonfliktes wahrgenommen werden.

e) Die Quelle zeigt, wie groß das Misstrauen zwischen Israel und den arabischen Staaten zu diesem Zeitpunkt war. Die Ehefrau Sadats fürchtete um die Sicherheit ihres Mannes und die Israelis verdächtigten die Ägypter, einen Anschlag auf ihre Regierung durchführen zu wollen. Auch standen die Verhandlungen teilweise kurz vor dem Abbruch. Sogar Krieg drohte. Die Reaktion der arabischen Staaten und der Palästinenser zeigen, dass v. a. Sadat für sein Vorgehen von vielen angefeindet wurde. Eine zentrale Voraussetzung war der persönliche Entschluss Arafats, die Initiative zu ergreifen. Andererseits stand dahinter natürlich der Wunsch, den Sinai zurückzugewinnen. Die israelische Seite hatte bei geheimen Gesprächen im Vorfeld bereits die Bereitschaft zu Verhandlungen signalisiert, musste sich aber zu einer Einladung vor die Knesset durchringen. Der Friedensprozess zwischen Ägypten und Israel wurde dann mit Unterstützung der USA unter dem Präsidenten Jimmy Carter zu Ende gebracht.

f) Muhammad Anwar as-Sadat wurde am 25. Dezember 1918 in einem Dorf im Nildelta geboren. Nach dem Besuch der Militärakademie wurde er Berufssoldat. Schon bald festigten sich seine politischen Überzeugungen, wonach die von den Briten abhängige korrupte Regierung gestürzt werden müsse. Wegen konspirativer Kontakte zu deutschen Spionen (1941/42) wurde er verhaftet und inhaftiert. Nach zwei Jahren im Gefängnis konnte er fliehen und arbeitete im Untergrund. Als er sich an einem Attentat auf einen ägyptischen Politiker beteiligte, wurde er erneut festgenommen, beim erst zwei Jahre später stattfindenden Prozess freigesprochen. Als 1953 König Faruk ins Exil ging, übernahm der Rat der revolutionären Offiziere die Macht, Gamal Abdel Nasser wurde Innenminister. Ab 1966 war Sadat Sprecher des ägyptischen Parlaments. Nach dem Sechstage-Krieg wurde Sadat Vizepräsident von Nasser. Nach dessen Tod 1970 übernahm Sadat das Präsidentenamt zunächst kommissarisch, wurde dann durch eine Volksbefragung bestätigt. 1971 unternahm er eine erste, aber fruchtlose Friedensinitiative gegenüber Israel. Im gleichen Jahr schloss Ägypten einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion, ein Jahr später wurden alle sowjetischen „Militärberater“ ausgewiesen. Sadat bemühte sich in den folgenden Jahren um eine schrittweise Verbesserung des Verhältnisses zur USA. Dies erreichte er auch durch die Friedensgespräche mit Israel. Im November 1977 besuchte Sadat Israel und sprach in der Knesset. Damit war er der erste arabische Politiker, der öffentlich das Existenzrecht Israels anerkannte. Trotzdem kamen die Verhandlungen erst durch die Initiative Jimmy Carters richtig in Gang. 1978 erhielt Sadat zusammen mit Menachem Begin den Friedensnobelpreis. Seine Friedensbereitschaft bezahlte der ägyptische Präsident mit seinem Leben, als er am 6. Oktober 1981 während einer Militärparade in Kairo von Islamisten, die einer Gruppe namens „Islamischer Dschihad“ angehörten, erschossen wurde. Menachem Begin wurde am 16. August 1913 in Brest-Litowsk geboren, seine Eltern wurden später von den Nationalsozialisten ermordet. Begin studierte Jura an der Universität Warschau. Er war aktiver Zionist und gehörte zur zionistischen Betra-Bewegung. 1939 floh er nach Litauen, wurde dann aber von den einmarschierenden sowjetischen Truppen verhaftet und 1940/41 in einem sowjetischen Lager inhaftiert. Dann trat er der polnischen Armee bei, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Er gelangte nach Palästina und trat dort in die radikal-zionistische Untergrundorganisation Irgun ein und wurde 1943 deren Anführer. Die Organisation kämpfte gegen die britische Mandatsmacht, auch gegen die Palästinenser. Unter Begins Führung wurden mehrere Sprengstoffanschläge verübt (z. B. auf das King David Hotel in Jerusalem), auch an dem Massaker von Deir Yasin trug er die Schuld. Auch nach der Staatsgründung versuchte Begin für die Irgun Waffen zu organisieren, was aber misslang, weil der Ministerpräsident Ben Gurion das Transportschiff versenken ließ. 1948 löste Begin die Irgun auf und gründete die Cherut-Partei (Cherut = Frieden), die später zum Likud-Block gehörte. Begins Partei gewann zunehmend an Bedeutung, er selbst wurde wegen seiner terroristischen Vergangenheit zunächst nicht anerkannt. Ab Mitte der 1960er-Jahre war Begin Oppositionsführer in der Knesset, 1967 Minister ohne Geschäftsbereich. Er verließ jedoch die Regierung, als diese das amerikanische Konzept „Land für Frieden“ mehrheitlich akzeptierte. 1973 entstand unter der Führung Begins der Likud-Block, der 1977 die Wahlen gewann, Begin wurde Ministerpräsident. Im selben Jahr kam es zum Treffen mit Anwar as-Sadat.

1978 fanden schließlich die Verhandlungen im Camp David statt und Begin unterzeichnete für Israel das Friedensabkommen. Die Konsequenzen dieses Abkommens – Rückgabe des Sinai – führten zum Bruch innerhalb des Likud-Blocks. Trotzdem blieb Begin auch nach den Wahlen 1981 Ministerpräsident. In den folgenden Jahren verfolgte er Siedlungspläne für Juden im Westjordanland und betonte die Besitzrechte Israels an den Golanhöhen. 1982 befahl er den Einmarsch in den Libanon mit der Besetzung Beiruts. Auch nach einem teilweisen Abzug der israelischen Truppen konnte kein Friedensvertrag mit dem Libanon zustandekommen. 1983 zog sich Begin aus der Politik zurück, er starb im März 1992.

Jitzchak Rabin wurde am 1. März 1922 in Jerusalem geboren. Schon während der Schulzeit war er in der Hagana, einer zionistischen paramilitärischen Organisation, tätig und kämpfte gegen die britische Mandatsmacht. Mit dem israelischen Unabhängigkeitskrieg begann seine militärische Karriere und er wurde schnell in den Generalstab befördert. Nach einer Schulung in England baute er die israelische Generalstabsakademie auf. Danach wurde er Befehlshaber der Truppen an der syrischen Grenze Israels. 1961 folgte seine Beförderung zum stellvertretenden Generalstabschef und drei Jahre später zum Generalstabschef. Unter seinem Kommando holte die israelische Armee den Sieg im Sechstage-Krieg. In den folgenden Jahren tauschte er seine militärische Karriere gegen eine politische. 1968 ging Rabin für vier Jahre als Botschafter in die USA. 1973 wurde er für die Arbeiterpartei ins israelische Parlament gewählt und zum Arbeitsminister (bis 1977) ernannt. Als Shimon Peres 1984 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, holte er (wie später auch Schamir) Rabin als Verteidigungsminister (bis 1990) in sein Kabinett. In dieser Funktion war er für den brutalen Kampf gegen die Palästinenser während der ersten Intifada verantwortlich. Mit dem Wahlsieg der Arbeiterpartei 1992 wurde Rabin erneut Ministerpräsident, blieb aber Verteidigungsminister. Er setzte den ins Stocken gekommenen Friedensprozess fort, 1994 erhielt er mit Arafat und Peres zusammen den Friedensnobelpreis. Dafür verlor seine Regierung zunehmend an Unterstützung und es kam zunehmend zu Diffamierungen gegen Rabin aus dem nationalistischen rechten Lager. Von jüdischen Fundamentalisten wurde Rabin zunehmend als Feind betrachtet. Schließlich wurde er von einem extremistischen Studenten, Jigal Amir, auf einer Friedenskundgebung am Abend des 4. November 1995 in Tel Aviv ermordet. Mittlerweile ranken sich Verschwörungstheorien um den Tod Rabins.

Yassir Mohammed Arafat wurde am 27. August 1929 in Kairo, nach seinen autobiographischen Angaben: in Jerusalem geboren. Er war studierter Bauingenieur und beteiligte sich schon als Jugendlicher an Aktionen gegen die britische Mandatsmacht. 1959 gründete er die Al-Fatah die sich unter seiner Führung zu einer der stärksten Kampfgruppen gegen Israel entwickelte. Als die Fatah 1969 in die PLO eintrat, wurde er an die Spitze der PLO gewählt, deren Vorsitz er bis zu seinem Tode inne hatte. Nach dem gescheiterten Versuch, den jordanischen König zu stürzen, flohen die PLO-Gruppen aus Jordanien in den Libanon. Trotz seiner Nähe zum Terrorismus schaffte es Arafat sich und der PLO international Anerkennung zu verschaffen. Am 13. November 1974 hielt Arafat eine Rede vor der UN-Vollversammlung, bei der er in Uniform, mit dem für ihn typischen „Palästinensertuch“ und umgeschnalltem Pistolengürtel auftrat.

1988 proklamierte er in Algerien symbolisch einen Staat Palästina, vertrat aber auch immer stärker eine auf Koexistenz mit Israel hinzielende Politik. Gemeinsam mit Jitzchak Rabin und Shimon Peres gelang es ihm im sogenannten Oslo-Friedensprozess eine Teilautonomie für die Palästinenser im Gazastreifen und im Gebiet von Jericho zu erreichen. 1996 wurde Arafat zum Präsidenten der Palästinenser gewählt. Die im Jahr 2000 stattfindenden Verhandlungen um die Gründung eines Palästinenser-Staates scheiterten ergebnislos. Im Herbst 2000 begann die sogenannte „Al-Aksa-Intifada“, bei der Arafats Rolle umstritten ist. Obwohl er weiterhin seinen Friedenswillen betonte, gelang es ihm entweder nicht oder er war nicht willens, den Terror zu unterbinden, an dem auch die Mitglieder seiner Fatah-Bewegung teilnahmen. Israel warf Arafat vor, den Terrorismus zu fördern und nichts gegen die Selbstmordanschläge von Hamas, Islamischem Dschihad und Al-Aksa-Brigaden, den bewaffneten Teil der Fatah, zu unternehmen. Auch die USA lehnten Arafat als Partner im Friedensprozess ab. Ab 2002 stellte die israelische Regierung den PLO-Führer in seinem Hauptquartier in Ramallah unter Hausarrest. Arafat wurde Anfang November 2004 in ein französisches Militärhospital gebracht, wo er verstarb. Vor allem in seinen letzten Jahren wurde Arafats Amtsführung häufig kritisiert: Mangel an Demokratie, Willkür und Korruption lauteten die Vorwürfe. Sein größtes Problem blieb aber, dass er die palästinensischen Extremisten nicht unter Kontrolle bekam – und viele Beobachter hegten Zweifel, ob er das überhaupt wollte.

Hussein II. bin Talal, König von Jordanien, wurde am 14. November 1935 geboren. Nach seiner Schulzeit in Ägypten besuchte er die britische Militärakademie Sandhurst. Bei einem Besuch in Jerusalem erlebte er mit, wie sein Großvater König Abdallah vor der Al-Aqsa-Moschee von einem arabischen Attentäter ermordet wurde. 1952 übernahm er im Alter von 17 Jahren nach der Abdankung seines Vaters die Herrschaft in dem haschemitischen Königreich Jordanien. Jordanien hatte zu diesem Zeitpunkt große wirtschaftliche und soziale Probleme, die auch durch die Anwesenheit zahlreicher palästinensischer Flüchtlinge im Land hervorgerufen wurden. Um ausländische Hilfe zu bekommen, verfolgte er im Laufe der Zeit eine gemäßigte prowestliche Politik. Durch den Verlust der Westbank und Ostjerusalems an Israel (Sechstagekrieg) und die erneut einsetzenden Flüchtlingsmassen verstärkten sich die Schwierigkeiten Jordaniens. Die PLO wurde ein wichtiger Faktor der Innenpolitik und bedrohte auch die Position des Königs. Nach einem Attentat auf Hussein im September 1970 kam es zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen zwischen der jordanischen Armee und PLO-Milizen, als Hussein einen Aufstand der Palästinenser gewaltsam niederschlagen ließ. Erst 1974 erkannte er die PLO als Vertretung der Palästinenser an und verzichtete 1988 auf das Westjordanland zugunsten der PLO. Auf den Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten reagierte er zunächst abweisend und stellte die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ein. Wachsende wirtschaftliche Probleme veranlassten Hussein zu einer beschränkten Demokratisierung im Land und 1994 zu einem Friedensvertrag mit Israel. Somit gelangte das Land in den Genuss von Wirtschaftshilfen aus dem Westen. Die Herrschaft Husseins war häufig gefährdet. Im Verlauf seiner 47-jährigen Regierungszeit überlebte er mehr als dreißig Attentate und bekämpfte einige Umsturzversuche. Er starb am 7. Februar 1999 an den Folgen einer Krebserkrankung.

Methode: Die Macht der Bilder – Photographien als historische Quelle

Zu den Materialien:

Der israelische (Presse-) Fotograf David Rubinger wurde 1924 in Wien geboren. Nach dem Anschluss Österreichs floh er ohne seine Eltern – seine Mutter starb unter der Nazidiktatur – über Italien nach Palästina und lebte zunächst in einem Kibbuz im Jordantal. Sein erstes professionelles Foto machte er von jüdischen Jugendlichen, die einen britischen Panzerwagen erkletterten und den Teilungsplan für Palästina feierten. Rubinger arbeitete für das Time/Life-Magazin sowie für lokale Zeitungen. Während seines über 60-jährigen Schaffens war er bei jedem wichtigen Ereignis des Staates Israels zugegen. Shimon Peres nannte Rubinger „den Fotografen der entstehenden Nation“.

Das vorliegende Foto gilt laut einer Begründung des Obersten Gerichtshofes als „ein nationaler Schatz Israels“. Das Bild ist vielen Israelis „heiliger als alle Gebete vor der Klagemauer zusammen“ (Rubinger), obwohl einer der Soldaten – entgegen der jüdischen Gewohnheit (vor allem an religiös wichtigen Orten) immer den Kopf zu bedecken – seinen Helm abgenommen hat und barhäuptig vor der Klagemauer steht.

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 235

a) Der Vietnamkrieg wird manchmal auch als „Television War“ bezeichnet, weil er die Journalisten mit Kriegsbildern von den vietnamesischen Schlachtfeldern über das Fernsehen in die amerikanischen Wohnzimmer brachte und so mit zur Antikriegsstimmung in den USA beitrug. Zu dieser Zeit galt das Modell des investigativen Journalismus, der auch kritische Fragen stellte und mit negativen Berichten sogar gegen die Politik der Regierung arbeitete und die Aufklärung der Bevölkerung über alles stellte.

Dieses Modell ist spätestens seit dem Irakkrieg nicht mehr gültig. Trotz großem finanziellem und personellem Aufwand konnte von einer unabhängigen und umfassenden Berichterstattung nicht die Rede sein.

b) Das Foto zeigt im Vordergrund drei (namentlich bekannte) Soldaten der 55. israelischen Fallschirmjäger-Brigade, die kurz zuvor die Jerusalemer Altstadt erobert hatten. Da der Zugang zu diesem für die jüdische Identität immens wichtigen Bauwerk 19 Jahre lang durch die jordanische Besatzung verlegt war, ist der Augenblick der Rückeroberung ein besonders wichtiger. Die jungen Männer starren gebannt auf die Klagemauer, durch den von weit unten kommenden „Blick“ der Kamera fängt sie im Hintergrund noch die gewaltigen Steinquader der Mauer ein. Rubinger erzählt selbst, dass er in diesem Moment zu Tränen gerührt war und sich fühlte wie „heimgekehrt an einen der zentralen Orte jüdischer Identität“. Neben diesem sehr emotionalen Aspekt, dürfte auch die Freude über den schnellen und umfassenden Sieg des israelischen Militärs mit diesem Bild verbunden sein.

c) Am 30. September 2000 wurde in Gaza von einem palästinensischen Kameramann für das staatliche französische Fernsehen France 2, Talal Bau Rahme, eine dramatische Szene gedreht, die in der ganzen Welt für Empörung sorgte: Zeigte sie doch, wie der 12-jährige Mohammed Al Durah in einem Schusswechsel zwischen Palästinensern und der israelischen Armee von drei Schüssen getroffen und getötet wurde. In dem veröffentlichten Film waren nachträglich andere Bilder von einem schießenden israelischen Soldaten eingeschnitten worden. Somit erhielt das Material eine eindeutige Botschaft, die den Jungen zur Ikone der zweiten Intifada machten. In der arabischen Welt gilt er als Symbol der israelischen Grausamkeit.

Mittlerweile ist klar, dass France 2 nicht das gesamte Bildmaterial gezeigt hat. Der Film wurde am Ende beschnitten, eine Szene, in der der angeblich tote Mohammed den Kopf hebt und in die Kamera schaut, wurde erstmals bei einer Gerichtsverhandlung im November 2007 gezeigt. Auch andere Eingriffe in den Film sowie weitere Widersprüche und Ungereimtheiten in den Aussagen des Kameramannes und des zuständigen Korrespondenten weckten ernsthafte Zweifel an dem Material. So entschied das Gericht, dass der Film öffentlich als Falschmeldung bezeichnet werden darf. Nichtsdestotrotz haben sich die Bilder des vermeintlich sterbenden Junge verselbstständigt und sind im Bewusstsein vor allem der islamischen Welt verankert.

5 Die USA – von den rebellischen Kolonien zur globalen Supermacht

5.1 Die Entwicklung der Grundelemente amerikanischen Selbstbewusstseins

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 249

a) Erläuterung wichtiger Etappen in der Entwicklung des amerikanischen Selbstbewusstseins (VT, M1–M3):

Wenn die Herausbildung des US-amerikanischen Selbstbewusstseins untersucht wird, können drei Phasen unterschieden werden:

Phase 1: Die Etablierung der 13 Kolonien auf dem Nordamerikanischen Kontinent von 1620 bis 1760 mit folgenden wichtigen Faktoren:

- Der Abschluss des Mayflower-Vertrags und die Landnahme der Pilgrimfathers in Virginia. Das Gemälde M1 illustriert diesen bedeutenden Akt. Auszüge des Mayflower-Vertrags sind M9 zu entnehmen.
- Der besondere Status der amerikanischen Kolonien, in denen britische Handelsgesellschaften mit Freibriefen und Privilegien versehen Ansätze eines bürgerlichen Lebensstils in urbanen Siedlungen wie z.B. Boston oder New York entwickelten.
- Das Konzept der demokratischen und politischen Selbstverwaltung einer jeden Siedlung („local self-government“).
- Rezeption europäischer Denker der Aufklärung in den Kolonien mit der Übernahme ihrer Ideale von bürgerlicher Gleichheit und Freiheit.
- Überwindung des absolutistischen Ständestaats mit seinem Untertanengeist und vorsichtig beginnende Herausbildung einer eigenen US-amerikanischen Identität.

Phase 2: Politische Unabhängigkeit von der britischen Krone und Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika (1760–1791):

- Erste lokale Aufstände und Formen des zivilen Ungehorsams gegen die britische Steuerpolitik seit den 1760er-Jahren.
- Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 als Dokument von welthistorischer Bedeutung.
- Siegreicher Unabhängigkeitskampf gegen die britische Krone (1775–1783).
- Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika (1787) auf demokratischer Grundlage mit einer Verfassung, die Volkssouveränität, Repräsentation und Gewaltenteilung in sich vereint.
- Verankerung der Menschenrechte in den „Bill of Rights“ (1791).

Phase 3: Erschließung des nordamerikanischen Kontinents in westlicher Richtung (ab 1790):

- In dieser Pionierphase kam es zur Erschließung, Urbarmachung und zivilisatorischen Durchdringung des Westens bis zur Pazifikküste.
- Etablierung des Frontier-Gedankens, aus dem sich der Mythos vom „American Dream“ herausbildete.
- Charakterisiert wird diese Mentalität durch das Schlagwort „manifest destiny“, also dem zivilisatorischen Auftrag an die Vereinigten Staaten Nordamerika zu erschließen, zu zivilisieren und die US-amerikanischen Werte zu verbreiten.

b) Grundwerte der Vereinigten Staaten (M5, M6) und ihr Aktualitätsbezug (M7):

Aus den beiden Quellen können folgende Grundwerte entnommen werden:

- grundlegende bürgerliche Gleichheit aller Menschen und damit Überwindung des Ständegedankens und Untertanengeistes (mögliche Problematisierung: bürgerliche Rechte von Frauen, Indianern und Sklaven)
- Freiheit als Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung und individuellem Glücksstreben; starke Betonung der Individualität
- Idee von der unteilbaren Nation, zu verstehen als Zusammenschluss aller Bürger, die sich zu den Grundüberzeugungen Freiheit und Gleichheit bekennen
- Volkssouveränität und repräsentative Demokratie als unumstößliche bürgerliche Partizipationsmöglichkeiten
- Gottesfurchtigkeit

Bezug zur Rede des Präsidenten Bush aus dem Jahr 2006 (M7): Die Rede Bushs betont die Bedeutung des Freiheitsbegriffs für die Bürger der USA. Bush hebt die Mühen und Leistungen der Vorfahren hervor, welche die Freiheit und die politische Selbstbestimmung erkämpften. An vielen Stellen wird auch das missionarische Gedankengut Bushs sichtbar.

Dabei unterlässt er es nicht, den Freiheitskampf der US-Amerikaner in ihrer Geschichte gegen Unterdrücker jeglicher Art mit dem aktuellen Kampf gegen den Terror in Beziehung zu setzen.

Damit bemüht er die amerikanische Geschichte, um vor dem Hintergrund des militärischen Engagements der USA im Irak und in Afghanistan mehr Akzeptanz und Opferbereitschaft für seine Außenpolitik zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch auf den Abbau von individuellen Freiheitsrechten in den USA einzugehen, der im Rahmen der Antiterrorgesetze unter der Ägide Bushs durchgeführt wurde.

c) Kontinentale Entwicklung der USA im 19. Jahrhundert (VT, M4):

Der Karte M4 ist die stetige Vergrößerung des Territoriums der USA vor allem in westlicher Richtung zu entnehmen. Diese Erschließung des Landes erfolgte durch verschiedene Vorgehensweisen. In der Regel wurde das Land den dort lebenden Ureinwohnern, den Indianern, unter fragwürdigen Bedingungen abgenommen. Zu diesen fragwürdigen Maßnahmen gehörte der Abschluss von ungleichen Verträgen ebenso wie die schlichte Anwendung von Gewalt.

Ein großer Teil der weiträumigen Landflächen im Süden wurde den Mexikanern im Amerikanisch-Mexikanischen Krieg von 1846 bis 1848 entrissen.

Andere Gebiete wurden den europäischen Mächten abgekauft (wie z.B. Louisiana von Frankreich).

Auch wurden am grünen Tisch Grenzziehungen vereinbart. So geschehen im Oregongebiet, welches 1846 zwischen Großbritannien und den USA einmütig aufgeteilt wurde.

Die Erschließung des Westens erfolgte im Dreischritt Trapper, Squatter (Ansiedler) und schließlich Farmer. Ideologisch untermauert wurde die Integration dieser riesigen Landflächen in das US-amerikanische Staatsgebiet durch das Schlagwort

vom missionarischen Auftrag („manifest destiny“) der USA. Demnach galt es den nordamerikanischen Kontinent zu zivilisieren und damit Fortschritt, Freiheit und Demokratie voranzutreiben.

Die Anbindung der neuen Staaten an die Ostküste erfolgte durch den Bau von Eisenbahnen und Posttrouten. Gerade der Eisenbahnbau initiierte den Aufstieg der USA zur weltweit führenden Industrienation.

d) Mayflower Vertrag als Geburtsstunde der amerikanischen Demokratie (M1, M9):

Der Mayflower Vertrag stellt zunächst eine gemeinsame Versicherung der Unterzeichner dar, ein Gemeinwesen zu gründen. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten nach der Landung in der Wildnis Nordamerikas ein nachvollziehbares Unterfangen.

Daneben enthält der Mayflower Vertrag Grundelemente einer Selbstverwaltung, wie sie später im local self-government der Kolonien umgesetzt wurde. Dazu gehört die Anerkennung von politischen Entscheidungen (Gesetze, Erlasse, Verfügungen etc.) – getroffen in allgemein akzeptierten Gremien – zum Wohl der Allgemeinheit.

Der Mayflower Vertrag stellt somit einen Gesellschaftsvertrag dar, in dem die Unterzeichner eine gegenseitige Verpflichtung eingehen, sich einer selbst gewählten Autorität zu unterwerfen.

Deutlich wird die vollkommene Bezogenheit auf den englischen König. Es sind englische Untertanen, die sich ihrem König unterwerfen und einen Vertrag aufsetzen. Demnach besaß dieser Vertrag schon den Geist der Selbstständigkeit.

e) Grundelemente einer Rede, wie sie Patrick Henry gehalten haben könnte (VT, M8):

Henrys Rede sollte die Leistungen der Kolonisten bei der Erschließung der „Neuen Welt“ hervorheben. Daraus sollte ein partielles Überlegenheitsgefühl gegenüber dem englischen Mutterland sichtbar werden.

Ebenso müsste das Gefühl der Benachteiligung der Kolonisten verbalisiert werden. Als Bürger „Zweiter Klasse“, wie sie vom Londoner Parlament behandelt wurden, hatten sie Besteuerungen ohne Mitsprache in Kauf zu nehmen.

Die Rede Henrys hätte diesen ungleichen Zustand abzulehnen. Zugleich hätte Henry zu fordern, nur eine repräsentative Versammlung der Kolonien könne das Recht beanspruchen, die Bürger der Kolonien zu besteuern. Da sich die amerikanischen Siedler als Bürger und nicht als bloße Untertanen eines immer stärker imperial ausgreifenden Großbritanniens verstanden, könnte Henrys Rede mit dem bekannten Motto des kolonialen Widerstandes enden: „no taxation without representation“.

f) Gründe für die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten 1776 (VT, M10):

In dem hier vorliegenden Auszug aus der Unabhängigkeitserklärung werden einige Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens aufgestellt. So sind sich die Verfasser darüber einig, alle Menschen verfügen von Geburt an (naturrechtlich) über unveräußerliche Rechte wie Freiheit und Gleichheit. Gleichzeitig habe die Regierung sich auf die Zustimmung der betroffenen Bürger zu stützen und ihre Rechte zu schützen. Entspreche die Regierung diesem Postulat nicht, bestehe die Pflicht sie zu stürzen und eine neue Regierung zu installieren.

Im weiteren Verlauf zeigt die Unabhängigkeitserklärung, die maßgeblich von Thomas Jefferson verfasst und auf dem Zweiten Kontinentalkongress in Philadelphia am 4. Juli 1776 verabschiedet wurde, das Fehlverhalten des britischen Königs auf. Dieser habe gegen die oben aufgeführten Prinzipien verstoßen und trotz wiederholter Bitten der Kolonisten weiter versucht seine Tyrannei auszuweiten. Im Originaltext umfasst die vollständige Unabhängigkeitserklärung eine dezidierte Aufstellung von Verfehlungen, die den Machtmissbrauch des Königs vor aller Welt dokumentieren sollten.

Die Unabhängigkeitserklärung stellt den Endpunkt in einem Prozess der sich zuspitzenden Konfrontation zwischen dem Mutterland und den Kolonien dar. Innerhalb einer Generation streiften viele Kolonisten ihre Identität als Untertanen der Krone ab und entwickelten ein genuin amerikanisches Selbstbewusstsein.

Hintergrund war die Absicht der Briten die amerikanischen Kolonien einer stärkeren imperialen Kontrolle und Herrschaft zu unterwerfen. Ferner wurden in London für die Kolonien nachteilige Steuergesetze und Importzölle erhoben. Mit diesen Steuergeldern sollte der sogenannten „French and Indian War“ (1754–1763) nachträglich finanziert werden. Mit den amerikanischen Steuergeldern sollten aber auch die Grenzen gegenüber den Indianern gesichert sowie die Verwaltungskosten der Kolonialherrschaft beglichen werden.

Die finanziellen Belastungen in Zeiten einer Wirtschaftsrezession, aber noch mehr die Missachtung der Autonomierechte der Kolonien führten schließlich zum Unabhängigkeitskrieg der Kolonien gegen die britische Krone.

g) Erklärung der Begriffe „manifest destiny“, Missionsgedanke und des Konzepts der „frontier“ (VT, M12, M13, M15):

Die Doktrin der „**manifest destiny**“ basiert auf der Überzeugung, dass die USA Werkzeug eines göttlichen Auftrags seien. Die göttliche Vorsehung („*god's own country*“) habe die US-amerikanische Nation bestimmt, den gesamten nordamerikanischen Kontinent bis hin zum Pazifik zu erschließen, zu zivilisieren und zur Heimstatt von Hunderten von Millionen Menschen zu machen. Durch die Umsetzung der demokratischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit und demokratischer Repräsentation würden die USA zu einem Vorbild für Humanität und zur Anschauung für die Größe Gottes.

Manifest Destiny als sich selbst erfüllende Prophezeiung kann als allgemeines Schlagwort verstanden werden, das die göttliche Auserwähltheit der USA ebenso betonte, wie es Nationalismus, Expansion und auch Rassismus (vor allem gegenüber den Indianern) in sich vereinte.

Die Doktrin des Manifest Destiny legitimierte die Benachteiligung der indigenen Bevölkerung und ihre Deportation in öde Reservate ebenso wie es den Kriegausbruch mit Mexiko 1846 motivierte.

Eng mit dem manifest destiny verwandt ist der **Missionsgedanke**, der – rassistisch motiviert – den Angelsachsen den Auftrag und die Verantwortung zukommen lässt, Christentum und bürgerliche Freiheitsrechte innerhalb der Menschheit zu verbreiten. Unter Angelsachsen sind die weißen US-Amerikaner zu verstehen, die über die Zukunft der Welt und die Geschicke der Menschheit in den nächsten Jahrhunderten zu entscheiden haben.

Die „**Frontier-These**“ besagt, dass die Siedler bei der Erschließung des nordamerikanischen Kontinents immer wieder mit

einer Situation des unzivilisatorischen Neubeginns konfrontiert wurden. Dieses Frontiererlebnis, das Gefühl, auf sich alleine gestellt zu sein und nicht durch Anleitung einer Obrigkeit, sondern nur durch die eigenen Fähigkeiten erfolgreich überleben zu können, hat den amerikanischen Nationalcharakter und die Herausbildung der US-amerikanischen Demokratie nachhaltig geprägt.

h) „Manifest destiny“, Missionsgedanke und das Konzept der „frontier“ in den Abbildungen M11 und M16:

Beide Darstellungen zeigen die westwärts gerichtete Erschließung des nordamerikanischen Kontinents, der unberührt und rau vor den Siedlern liegt. Begrenzt wird das Land im Westen durch den Pazifik. In Gasts Gemälde „American Progress“ (1872) wird der Missionierungsgedanke und die Doktrin vom manifest destiny besonders durch die allegorische Gestalt der Columbia deutlich. Columbia personifiziert die USA und schützt Siedler, indem sie Indianer und wilde Tiere vertreibt. Die zivilisatorische Überlegenheit wird durch ihre strahlende, weiße Erscheinung als Sinnbild der Aufklärung, des Fortschritts und der Erkenntnis dargestellt. Pragmatischerweise zieht Columbia auch gleich einen Telegraphendraht hinter sich her, um den zu erschließenden Westen an den zivilisierten Osten anzubinden. In ihren Händen hält sie entsprechend der Doktrin der „manifest destiny“ ein Schulbuch, um Wissen und Bildung auch westlich des Mississippi zu verbreiten.

Leutzes Monumentalgemälde von 1861 (M11) trägt den Titel „Westward the Course of Empire Takes Its Way“ („Westwärts nimmt der Gang des Imperiums seinen Lauf“), was einem geflügelten Wort in den USA entspricht. „Westward the Course of Empire Takes Its Way“ ist auch als ideologische Grundlage der westwärts gerichteten territorialen Expansion und somit des Konzepts der manifest destiny zu verstehen.

Die Werke des deutschstämmigen Leutze sind weniger für ihre künstlerische Qualität als für ihr patriotisches Pathos bekannt. Leutzes Gemälde war ein Auftragswerk. Es schmückt die Säle des Kapitols und zählt zur festen Ikonographie der USA.

Die beiden Gemälde (M11, M16) besitzen auch heute noch einen hohen Aktualitätsbezug und drücken Elemente des gegenwärtigen amerikanischen Selbstbewusstseins aus.

Die Überzeugung, die USA besäße als auserwähltes Land Gottes einen besonderen politischen und zivilisatorischen Sendungsauftrag, kann auch in der US-amerikanischen Außenpolitik wiedergefunden werden. Die Grenzen liegen nunmehr nicht mehr im Westen, sondern die globale politische Bühne wird mit diesem Sendungsbewusstsein konfrontiert. Auch das amerikanische Weltraumprogramm kann in dieser Hinsicht als eine Erweiterung der Frontier-These verstanden werden.

i) Vergleich der Abbildungen M11 und M16:

Künstlerisch nicht hochwertig betonen beide Gemälde die Siedlungsbewegungen von Ost nach West. Im Mittelpunkt der Darstellungen stehen nicht große Persönlichkeiten, sondern der einfache Amerikaner, der seinem individuellen Glücksstreben folgend das „besitzlose“, wilde Land im Westen erschließt. Damit tragen die einfachen Siedler zum Wachstum der Nation und zur Verbreitung der Zivilisation bei. In beiden Gemälden wird die Bewegung und Dynamik hervorgehoben, die diesem Prozess innewohnt.

Die Maler frönten somit dem Patriotismus und setzten den Leistungen der Siedler monumentale Denkmäler.

j) Analyse der Rede von Albert J. Beveridge „The March of the Flag“ (M14):

In der Analyse der Rede sollte der überschäumende Patriotismus Beveridges herausgearbeitet werden. Die USA und die US-Amerikaner werden – wie häufig in Beveridges Reden vorkommend – als ein besonderes Land und ein besonderes Volk hervorgehoben, da sie von Gott auserwählt seien.

Beveridge schwärmt von der Größe der USA ebenso wie von ihrer wirtschaftlichen Potenz. Diese Größe verdeutlicht er insbesondere im Vergleich zu Europa.

In einer langen Passage seiner Rede lobt er die historischen Leistungen der Amerikaner und ihrer Staatsmänner, die furchtlos den nordamerikanischen Kontinent erschlossen und auf diese Weise die uramerikanischen Werte Demokratie, Freiheit und Gleichheit verbreitet hätten. In dem Bild „The march of the flag“ fasst er diese Werte und ihre nicht aufhaltbare Verbreitung zusammen. Überall dort wo die amerikanische Flagge gehisst wurde, konnten die betroffenen Landstriche entgegen aller Widerstände zivilisiert werden. Deutlich wird hier der amerikanische Missionierungsgedanke, der unreflektiert das US-amerikanische Gesellschaftsmodell als einzig erstrebenswerten Zustand menschlichen Zusammenlebens anpreist.

Dass Gott die USA und die US-Amerikaner auserwählt hat, um Licht in die Dunkelheit rückständiger Völker und vernachlässigter Gegenden zu bringen, kann Beveridge zu Folge daran abgelesen werden, dass es den US-Amerikanern gelungen sei, alle ihre Ziele erfolgreich zu verfolgen sowie alle ihre Kriege erfolgreich zu bestreiten.

Aus diesen Gedankengängen leitet Beveridge ab, es sei die Aufgabe und Bürde der USA die Zivilisation auch über die Grenzen des nordamerikanischen Kontinents hinauszutragen. Beveridge führt nicht schnöde imperialistische Machtinteressen an, um seine expansiven außenpolitischen Absichten zu legitimieren. Vielmehr bedeute die Gnade von Gott auserwählt worden zu sein, auch die Verpflichtung die amerikanischen Prinzipien in die „Herzen aller Menschen“ weltweit zu verpflanzen. Demnach bedeutet die Etablierung der amerikanischen Werte in den USA nicht den Abschluss einer Entwicklung, sondern stellt nur den Startschuss für eine „Globalisierung“ liberal-demokratischer Prinzipien dar.

Beveridge schwört in seiner Rede dem isolationistischen Ansatz in der US-amerikanischen Außenpolitik ab und fordert die USA dazu auf, eine weltpolitische Rolle einzunehmen.

Dieses Konzept verschleiert hinter den hehren Worten von Zivilisierung eine hegemoniale Politik, die in den folgenden Jahrzehnten zur US-amerikanischen Vorherrschaft im globalen Maßstab führen sollte.

Ausdruck fand diese Politik im expansiven US-Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts ebenso wie in der Teilnahme an zwei Weltkriegen. Die 14-Punkte Wilsons wie auch die Atlantik-Charta haben diesen missionarischen Eifer Beveridges ebenfalls aufgegriffen. Zur Doktrin US-amerikanischer Außenpolitik wurde Beveridges Konzept spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg und der Trumandoktrin. In der Gegenwart sind die Versuche „nation-building“ in Afghanistan und im Irak zu betreiben, konkrete Umsetzungen von Beveridges Überzeugung, die USA habe die Pflicht liberal-demokratische Werte weltweit zu verbreiten.

Methode: Analyse eines historischen Spielfilms am Beispiel „Der Patriot“

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 251

a) Vergleich der Spielfilmszene mit dem Gemälde Willards (M1, M2):

Beide Darstellungen betonen bei der Behandlung des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges seinen Charakter als Volksaufstand. Der Unabhängigkeitskampf der Kolonien gegen die britische Kolonialmacht wird von uniformierten Kontinentaltruppen ebenso wie von paramilitärischen Milizen geführt. Alle Amerikaner sammeln sich um die amerikanische Fahne und sind bereit ihr Leben für die Freiheit des „Mutterlandes“ einzusetzen. Beide Szenen strotzen vor Dynamik. Die patriotischen Darstellungen stellen mutige Männer in den Mittelpunkt, die auf dem Schlachtfeld an sterbenden Freunden und Feinden vorbei voranschreiten. Kernaussage beider Szenen ist: Der Wille nach Unabhängigkeit und Freiheit ist nicht aufzuhalten.

In Willards Gemälde wird die Einheit des Widerstands durch Angehörige verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen dargestellt, die zum Gleichtakt der selbst intonierten Freiheitsmelodie mit festem Blick voranschreiten. Die Hollywoodszene rückt dagegen den Protagonisten Benjamin Martin (Mel Gibson) in den Vordergrund, der mit der amerikanischen Fahne in der Hand voranstürmt.

b) Mel Gibson und Roland Emmerich:

Roland Emmerich:

Mit dem Historiendrama begab sich der deutschstämmige Regisseur Roland Emmerich in scheinbar ernsthaftere Gefilde. Bekannt geworden ist Emmerich vor allem als Regisseur von Sciencefiction- und Katastrophenfilmen, die allesamt als Blockbuster weltweit Millionen von Menschen in die Kinos lockten. Emmerich, der durch seine technischen Spezialeffekte immer wieder für Aufsehen sorgt, diente sich in „The Patriot“ dem US-amerikanischen Publikum an.

Der Schwabe Emmerich neigt zu holzschnittartigen Darstellungen seiner Antagonisten, wobei die amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer als glorifizierte Gute daherkommen und die Briten den Part des dämonisierten Bösen innehaben.

Mel Gibson:

Mel Gibson ist vor allem durch actionorientierte Produktionen wie *Mad Max* und *Lethal Weapon* als Schauspieler bekannt geworden. Er gilt als einer der bestbezahlten Darsteller des US-Kinos. Mit *Braveheart* gelang ihm 1995 der Durchbruch als Regisseur und Produzent. Das Historiendrama *Braveheart* wurde für zehn Oscars nominiert und erhielt auch fünf. Unter anderem für den besten Film und die beste Regie. Als Privatperson löst der fanatische Christ immer wieder heftige Kontroversen bezüglich religiöser Fragestellungen, Toleranz gegenüber Andersgläubigen, Minderheiten und seinem Alkoholkonsum aus.

Der Film in seiner Zeit:

Die Hauptaussageabsicht des Films, Krieg kann legitim sein und wird von weißen Männern für demokratische und humanitäre Ideale geführt, passt in die Zeit der 1990er-Jahre. Nach Beendigung des Kalten Kriegs wurde der Krieg als Option in der internationalen Politik wieder salonfähig. Als Beispiele für diese These können der Krieg gegen den Irak nach der

irakischen Besetzung Kuwaits 1991, der Einsatz in Bosnien-Herzegowina 1995 oder der vom Sicherheitsrat nicht mandatierte Einsatz im Kosovo 1999 herangezogen werden. Alle drei Kampfeinsätze fanden unter der Federführung der USA statt und hatten sich die Wiederherstellung des Völkerrechts und der Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben.

c) Vom Film „Der Patriot“ kann nicht die Faktengenauigkeit eines Dokumentarfilms erwartet werden. So hat der Drehbuchautor Robert Rodat einige berühmt gewordene Unabhängigkeitskämpfer in die fiktionale Figur des Witwers Benjamin Martin einfließen lassen. Die Heldentaten Martins in Emmerichs Epos können demnach als ein Konglomerat an Verdiensten von Unabhängigkeitskämpfern wie General Francis Marion, General Andrew Pickens, Oberst Thomas Sumter und Oberst Daniel Morgan angesehen werden. Vor allem der Brigadegeneral Francis Marion (1732–1795) stand Pate bei der Entwicklung der Figur des Benjamin Martin.

Der Gegenspieler Martins auf britischer Seite, Colonel William Tavington, kann dagegen leicht als Brigademajor Banastre Tarleton (1754–1833) identifiziert werden. Tarleton erlangte traurige Berühmtheit für seine Politik der verbrannten Erde und war berüchtigt für seine mit rücksichtsloser Härte gegen die Zivilbevölkerung betriebene Kriegsführung. Von amerikanischer Seite erhielt er den zweifelhaften Beinamen „bloody ban“ oder „butcher“.

Wie im Film dargestellt scheiterte Tarleton daran, den Milizenführer Francis Marion dingfest zu machen. Um den „Swamp Fox“ (Sumpffuchs) Marion zu fassen, ging Tarleton mit großer Härte auch gegen die Zivilbevölkerung vor. Letzteres förderte die Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes auch durch die Unentschlossenen der Kolonisten, so wie es der Film anschaulich darstellt.

Im Gegensatz zur filmischen Darstellung überlebten die historischen Vorbilder den Krieg. Tarleton wurde in England als Kriegsheld gefeiert, während der überzeugte Rassist und Sklavenhalter Marion für South Carolina in den Senat einzog.

Die Rahmenhandlung des Films deckt sich im Wesentlichen mit der historischen Realität. Benjamins Finte während der Endschlacht im Film hat ebenfalls einen historischen Bezug zur Schlacht von Cowpens. Der amerikanische Sieg in dieser Schlacht war dem taktischen Vermögen des Brigadegenerals Daniel Morgan und dem ungestümen Vorrücken der britischen Kavallerie unter Tarleton geschuldet.

Schlichtweg fiktional ist der Vorfall in „Fort Wilderness“, an dem Benjamin Martin während des Franzosen- und Indianerkriegs (1754–1763) beteiligt gewesen sein soll.

Auch fiel die Hauptstadt South Carolinas, Charleston, nicht wie im Film dargestellt im Jahre 1778 in englische Hand, sondern erst im Mai 1780.

Die Landgüter in Ohio, welche Lord Cornwallis dem Colonel Tavington (alias Tarleton) für die Durchführung von Kriegsverbrechen verspricht, waren zu diesem Zeitpunkt nicht von Weißen, sondern allein vom Stamm der Ohio-Indianer besiedelt.

Die Loyalität der afro-amerikanischen Sklaven zu ihren weißen Herren und ihre Lebensumstände werden mehr als beschönigend dargestellt. Gerade South-Carolina, berüchtigt für seine Sklavenhaltergesellschaft und Plantagenausbeutung, wird im Film klischeehaft als harmonische Gesellschaft dargestellt, in der Weiße und Farbige einträchtig miteinander

leben, arbeiten und kämpfen. Nur die Briten stören in diesem Paradies.

Insgesamt findet auch keine wirkliche Auseinandersetzung mit den politischen Gegebenheiten und Überzeugungen im damaligen Unabhängigkeitskampf statt. So entscheidet sich die Hauptfigur Benjamin Martin vollkommen zufällig dafür, gegen die Briten zu kämpfen, als ein Familienmitglied, sein jugendlicher Sohn, von den britischen Kolonialtruppen ermordet wird.

d) Patriotisches Bild der Amerikaner und Darstellung der britischen Kriegsgegner:

Der Film erntete viel Kritik für seine holzschnittartige Darstellung der Protagonisten. Auf der einen Seite kämpfen die Briten, die entweder von brutalen Sadisten oder von dekadenten Adligen angeführt werden, und auf der anderen Seite sammeln sich patriotische Amerikaner, die bereit sind, für den nationalen Freiheitskampf alles zu opfern.

Dieser Freiheitskampf wird von einer emphatisch-emotionalen Filmmusik begleitet, die das Handeln der Amerikaner stark heroisiert. Im Zentrum des Filmes steht der Freiheitskämpfer wider Willen Benjamin Martin. Die Kameraführung ist stets auf ihn gerichtet. Er strahlt in jeder Situation Dynamik, Witz, Mut und Kompetenz aus und ist seinen britischen Gegnern immer überlegen.

Zur Analyse ausgesuchter Filmszenen bieten sich neben der Endschlacht die Heimsuchung des Hofes der Familie Martins durch die Briten oder der Auftritt Martins bei Lord Cornwallis an.

e) Analyse der Endschlacht im Hinblick auf patriotische Elemente:

Patriotische Elemente sind allenthalben zu erkennen. Vor allem die berühmte amerikanische Fahne mit den dreizehn Sternen und den rot-weißen Streifen spielt in der Endschlacht eine Hauptrolle:

- Benjamin Martin reitet mit aufgesetzter Fahne zu seinen im Feldlager weilenden Milizen zurück und gibt diesen so neuen Kampfesmut.
- Am Wendepunkt der Schlacht greift Martin wiederum zur Fahne und hält die eigenen Truppen, Milizionäre wie Reguläre, von der Flucht ab. Die Linie wird gehalten, die Offensive eingeleitet und die Briten werden vernichtend geschlagen.
- Mit derselben Fahne stürzt Martin seinen britischen Antagonisten und den Mörder seiner beiden Söhne, Colonel William Tavington, im Endkampf vom Pferd.

Weitere patriotische Elemente:

- Der Todesmut der Milizionäre, der sich in der Bereitschaft der Milizionäre zeigt, sich den gut ausgebildeten, regulären britischen Truppen im Linienkampf entgegenzustellen.
- Die taktische Überlegenheit der amerikanischen Unabhängigkeitsarmee, die die britische Armee in einen Hinterhalt locken kann.
- Der Zusammenhalt zwischen den Milizionären, in der alle gesellschaftlichen Schichten und selbst ehemalige Sklaven Seite an Seite, Rücken an Rücken für die nationale Unabhängigkeit kämpfen.
- Die Filmmusik, die patriotische Momente durch eine besonders emphatische Untermalung zum Ausdruck zu bringen versucht.

f) US-amerikanische Spielfilme mit patriotischem Selbstbild:

- „Revolution“ (1985): Mit Al Pacino, Donald Sutherland und Nastassja Kinski in den Hauptrollen gilt als einer der schlechtesten US-Produktionen zur Thematik Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg. Wurde für mehrere „Himbeeren“ nominiert und ging gewaltig an den Kinokassen unter.
- „Glory“ (1989): Mit Matthew Broderick und Denzel Washington in den Hauptrollen ist ein Historiendrama über den Amerikanischen Bürgerkrieg und schwarze Soldaten, die auf Seiten der Union kämpften.
- Saving Private Ryan (1998): Ein Steven Spielberg Film. Das Drehbuch schrieb Robert Rodat, der auch das Skript für „Der Patriot“ ablieferte.
- Pearl Harbor (2001): Ein kommerziell äußerst erfolgreicher und historisch sehr schlecht recherchierter Film über den japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941.

5.2 Von einer isolationistischen Kontinental- zur imperialen Weltmacht

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 264

a) Weltpolitische Rolle der USA und Vorbehalte gegenüber einem außenpolitischen Engagement in der Rede Washingtons (M7):

Washington mahnt die junge Nation strikte Neutralität zu halten, sich von Religion und Moral leiten zu lassen und so mit gutem Beispiel der Völkergemeinschaft voranzugehen.

Außenwirtschaftliche Handelsbeziehungen sollen Washington zufolge gefördert werden, während es engere politische Beziehungen zu auswärtigen Staaten zu meiden gilt. Allerdings sollen bestehende außenpolitische Bündnisse gewahrt bleiben.

Grundlage seiner Einschätzung seien einerseits die unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und den europäischen Staaten sowie die besondere, abgesonderte geografische Lage der Vereinigten Staaten.

Die USA sollen nach Washington eine Politik der Stärke einnehmen, die gefördert durch innere Stabilität das Heft des Handelns in der eigenen Hand behält. Über Krieg und Frieden könne die Nation dann selbstbewusst eigenständig entscheiden, während potenzielle Aggressoren unmittelbar abgeschreckt würden.

Insbesondere warnt Washington vor dem Einsatz von US-Streitkräften außerhalb des eigenen Territoriums. Insbesondere haben sich die Vereinigten Staaten vor einer auswärtigen Einflussnahme auf ihr Territorium und ihre Politik zu wappnen und soweit wie möglich eine strikte Distanz zu den europäischen Staaten und ihren machtpolitisch motivierten Konflikten zu halten.

Washington warnt mehrmals vor der tradierten Interessenpolitik der europäischen Staaten. Vielmehr sollten sich die USA als republikanischer Gegenentwurf zu den dynastischen Herrscherhäusern Europas verstehen und einen außenpolitischen Isolationismus verfolgen.

b) Vergleich der Rede Washingtons mit der Monroedoktrin (M8) und Beurteilung derselben:

Die Monroedoktrin beinhaltet folgende Kernelemente:

- irreversible Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von den europäischen Mächten

- die Existenz zweier politischer Sphären in Form der westlichen und der europäisch dominierten Hemisphäre
- das Prinzip der Nichteinmischung der Vereinigten Staaten in europäische Konflikte
- die Forderung nach einem Ende aller europäischen Kolonialisierungsabsichten in der westlichen Hemisphäre
- und der Androhung von Sanktionen bei einer Nichtbefolgung dieser politischen Grundüberzeugungen durch die europäischen Kolonialmächte

Konkreter Anlass für die Verkündung der Monroedoktrin waren befürchtete Interventionen französisch-spanischer Einheiten in den neuen unabhängigen Republiken in Süd- und Mittelamerika. Der Appell Monroes an die europäischen Staaten eine Rekolonialisierung Lateinamerikas zu unterlassen führte zur Verkürzung der Doktrin unter dem Schlagwort „Amerika den Amerikanern“.

Die Rede Washingtons und die Botschaft Monroes an den Kongress sind Ausdruck des US-amerikanischen Isolationismus in außenpolitischen Fragen, der die US-Außenpolitik im 19. Jahrhundert prägen sollte.

Allerdings forderte Washington eine Konzentration auf die engen Grenzen der Vereinigten Staaten, während Monroe mit der Definition zweier Hemisphären den Rahmen und Spielraum des US-amerikanischen Einflusses erweitert. Die Stoßrichtung Monroes kann aber durchaus mit der Washingtons verglichen werden: englische, russische, französische und spanische Interessen zurückzudrängen, um mögliche Konfliktpotenziale mit den europäischen Staaten zu verringern und die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gewährleisten.

Berichtigung der Monroedoktrin Anfang des 20. Jahrhunderts (M17):

Die Jahresbotschaft Roosevelts aus dem Jahr 1904 zeigt eine deutliche Weiterentwicklung der Monroedoktrin. Roosevelt definiert die USA als Hegemonialmacht der westlichen Hemisphäre, welche die völkerrechtliche Souveränität der südamerikanischen Staaten nicht zu beachten habe, wenn die Interessen der USA oder des „amerikanischen Kontinents“ verletzt würden. Roosevelt beansprucht somit für inneramerikanische Angelegenheiten ein alleiniges Interventionsrecht der USA. Dieses Interventionsrecht kann in Anspruch genommen werden, wenn es den amerikanischen Staaten an staatlicher Ordnung mangle und insbesondere wenn sie ihrem Schuldendienst gegenüber außeramerikanischen Gläubigern nicht nachkommen können.

Die Umsetzung der US-amerikanischen Hegemonie sollte sowohl Konflikte zwischen und innerhalb der Staaten Süd- oder Mittelamerikas und der Karibik als auch Konflikte dieser Staaten mit nichtamerikanischen Akteuren (z. B. anderen Nationen oder Schuldner) unterbinden. Die Interventionen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern in der Folgezeit verdeutlichten den Anspruch der USA ihre Hegemonialstellung in der westlichen Hemisphäre durchzusetzen, drückten allerdings die lateinamerikanischen Anrainer in den Zustand einer Semi-Souveränität herab.

c) Relevante Faktoren für die imperiale US-Expansion (VT, M2, M4, M5, M9, M13):

Als Faktoren werden angeführt:

- der offizielle Abschluss der innerkontinentalen Expansion im Jahre 1890 als Vorbedingung für die Expansion im karibischen, pazifischen und asiatischen Raum
- die Hoffnung auf Absatzmärkte für die US-amerikanische Industrie- und Agrarproduktion, insbesondere im Angesicht der konjunkturellen Rezession der 1890er-Jahre
- der Wunsch nach neuen Beschaffungsmärkten, vor allem für Rohstoffe
- die Übertragung des manifest destiny aus der innerkontinentalen Erschließungsphase auf Regionen außerhalb des nordamerikanischen Kontinents
- damit einhergehend ein Sendungsbewusstsein zur Verbreitung demokratischer und zivilisatorischer Werte
- dem Primat der Innenpolitik folgend stellte der US-Imperialismus auch einen Versuch dar, innenpolitische Konfliktlagen durch außenpolitische Erfolge und einem integrierenden Nationalismus zu überdecken

Im Vergleich zu den europäischen Kolonialmächten verzichteten die USA auf die Errichtung eines großen territorialen Kolonialreiches (Ausnahme Philippinen) und konzentrierten sich auf die Errichtung maritimer Stützpunkte für ihre Kriegs- und Handelsflotte sowie die wirtschaftliche Durchdringung von Regionen im Rahmen des Dollarimperialismus, was ideologisch als „Open-Door-Policy“ verbrämt wurde.

d) Vergleich der Rede Washingtons mit der Rede Beveridges (M7, M9): [Anmerkung der Redaktion: Quellenbezug im Schülerbuch der 1. Auflage fälschlicherweise M6 und M8] Beveridges Rede stellt unverhohlen und im Einklang mit dem herrschenden Zeitgeist ein imperialistisches Aktionsprogramm dar.

Beveridge fordert die imperiale US-Expansion, die ökonomische Durchdringung des Globus und die Gründung von Kolonien. Sein Hauptmotiv ist dabei ökonomischer Natur. Daneben formuliert er im Duktus des manifest destiny ein US-amerikanisches Sendungsbewusstsein, welches über die kontinentalen Grenzen Nordamerikas hinweg die US-amerikanische Zivilisation in die entfernten und „unkultivierten“ Gegenden tragen soll.

Mit Washingtons Postulat der isolationistischen Selbstbezogenheit auf den nordamerikanischen Kontinent hat Beveridges imperialistische Agenda kaum etwas gemein. Bezugspunkte zwischen den beiden US-amerikanischen Politikern bestehen in ihren Forderungen nach einer expansiven Außenhandelspolitik. Diese erreicht bei Beveridge allerdings eine neue Qualität, da dieser die globale Wirtschaftshegemonie („Der Handel der Welt muss und wird unser sein.“, Z. 10f.) für die USA anstrebt.

Das imperialistische Ausgreifen der USA zum Ende des 19. Jahrhunderts, sei es durch territoriale Erwerbungen, sei es durch die ökonomische Durchdringung im Rahmen des „Dollar-Imperialismus“ stellt im Vergleich zu Washingtons Isolationismus einen Paradigmenwechsel in der US-Außenpolitik dar.

e) Gebietsannexion im Zeitalter des Imperialismus am Beispiel Hawaiis und mögliche Reaktion der einheimischen Bevölkerung (M3, M10):

Der Annexion vorweg ging ab 1820 die schleichende kulturelle Unterwanderung Hawaiis. Seit 1820 wirkten US-amerikanische Missionare von Honolulu aus, 1824 bekannte sich die Königin der Inselgruppe zum Protestantismus und 1842 erkannte die USA die Unabhängigkeit Hawaiis an. In der Folge kam es zu einer wirtschaftlichen Durchdringung Hawaiis seitens der USA. Handelsverträge als auch die Einrichtung des Marinestützpunkts Pearl Harbor erhöhten den US-amerikanischen Einfluss auf das Inselkönigreich.

Den Versuch den US-Einfluss zurückzudrängen konterte die US-Administration durch die Unterstützung eines Putsches von Plantagenbesitzern. Die regierende Königin wurde gestürzt und auf Hawaii 1894 die Republik ausgerufen.

Hawaiis strategisch günstige Lage für Operationen im Pazifik führte während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 zur Annexion der Inselgruppe durch die USA. Gegen den Widerstand der einheimischen Bevölkerung ging durch eine gemeinsame Entschließung des Senates und des Repräsentantenhauses vom 7. Juli 1898 die Verwaltungshoheit an die USA über. Im Zuge der US-amerikanischen Herrschaft wurde die polynesischen Kultur unterdrückt, hawaiische Sprache, Gesang und Tanz verboten. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor verhängte die US-Regierung acht Jahre lang das Kriegsrecht über Hawaii und setzte somit die Grundrechte außer Kraft. 1959 schließlich wurde Hawaii zum 50. Bundesstaat der USA erklärt.

Unter Präsident Bill Clinton wurde die „Apology Resolution“ von beiden Häusern des Kongresses verabschiedet. Diese Resolution erklärte den Putsch von 1893 für unrechtmäßig, außerdem entschuldigten sich die USA für die Annexion während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898.

Die ehemalige indigene, polynesischen Bevölkerung ist durch Zuwanderung vom asiatischen und amerikanischen Festland mittlerweile in der Minderzahl. Der westliche Lebensstil hat sich durchgesetzt und polynesischen Sezessionsbestrebungen finden in der Öffentlichkeit kaum noch Gehör.

f) Lokalisieren und erläutern der Interessengebiete der USA im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert (VT, M6 [Anmerkung d. Red.: im Schülerbuch fälschlicherweise M5], M9):

Die Interessengebiete der USA lagen zum einen vor der eigenen Haustür in der Karibik sowie in Mittelamerika und im pazifischen Raum mit Blick auf den gewaltigen chinesischen Markt.

Die Ausbreitung in Lateinamerika war Folge der Monroedoktrin und ihrer Weiterentwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts. Als Hegemonialmacht der westlichen Hemisphäre lag es in der US-Staatsräson europäischen Einfluss im „eigenen Hinterhof“ Latein- und Südamerikas abzuweisen und die eigene Position auszubauen.

Ostasien sollte der amerikanischen Wirtschaft als Absatzmarkt gelten. Vor allem in den Wirtschaftskrisen ab 1890 und nach Abschluss der Frontier-Phase auf dem nordamerikanischen Kontinent erhoffte sich die Öffentlichkeit einen ökonomischen Aufschwung durch ein Engagement in China.

Ein zentrales Augenmerk zur strategischen Verbindung der US-amerikanischen Ambitionen in Atlantik und Pazifik lag

dabei auf dem Panama-Kanal, der unter völkerrechtlich fragwürdigen Bedingungen bis 1914 fertiggestellt wurde.

g) Außenpolitik der USA im Spiegel ihrer Befürworter (M13, M15, M16, M19), ihrer heimischen Gegner (M20, M21) und der Weltöffentlichkeit (M11, M14, M16, M18):

Die Befürworter des außenpolitischen Engagements führten vor allem folgende Argumente ins Feld:

- den Anspruch zivilisierend auf andere Weltgegenden Einfluss zu nehmen, um den eigenen moralischen Verpflichtungen und Ansprüchen gerecht zu werden
- Unrechtsregime abzusetzen und den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen
- den allgemeinen Wohlstand auch über die Grenzen der USA hinweg zu verbreiten
- den Staaten Mittelamerikas Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten
- der als Staatsraison empfundenen Monroedoktrin gerecht zu werden, internationale Verwicklungen abzuwenden und damit in der westlichen Hemisphäre einen dauerhaften Frieden zu bewahren
- politische Stabilität in der westlichen Hemisphäre zu garantieren, die sich v. a. für die US-amerikanische Wirtschaft als vorteilhaft erweisen sollte
- strategisch wichtige Gebiete vor dem Einfluss und der Inbesitznahme durch außenpolitische Konkurrenten (europäische wie japanische) zu „schützen“
- wirtschaftliche Beweggründe, um die eigene außenwirtschaftliche Position zu stärken und neue Absatzgebiete (v. a. in China) für die heimische Exportwirtschaft zu erschließen
- den eigenen Machtstatus als Weltmacht zu sichern
- Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau des Panamakanals voranzutreiben

Die Opposition entgegnete dem imperialistischen Engagement der USA:

- das imperialistische Vorgehen der USA sei gegen die Freiheit gerichtet und tendiere zum Militarismus
- der US-Imperialismus verletze die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und deren nationale Souveränitätsrechte
- der US-Imperialismus basiere auf „verbrecherischen Angriffshandlungen“
- der US-Imperialismus widerspreche dem Geist von 1776, da aus den ehemals unterdrückten Kolonien Unterdrückter anderer Völker geworden seien
- der US-Imperialismus verletze deshalb die fundamentalen Werte und höchsten Ideale der eigenen Verfassung
- der US-Imperialismus setze die staatliche Macht über den Rechtsstaat und bedrohe durch diese Praxis langfristig die Rechtsstaatlichkeit in den USA selbst

Sicht der zeitgenössischen Weltöffentlichkeit auf die US-Außenpolitik:

In den zeitgenössischen Karikaturen wird die militärische und ökonomische Macht der USA hervorgehoben. Binnen eines Jahrhunderts entstand aus den rebellischen Kolonien ein Staat von machtpolitischer Weltgeltung. Pfeiler der US-amerikanischen Kraft sind einerseits der Ausbau der US-Flotte als auch die Stärke der US-Wirtschaft. Letztere soll durch den Erwerb von Kolonien noch gesteigert werden, wobei auch

für die Bevölkerung der besetzten Gebiete etwas vom großen Wirtschaftskuchen abfallen soll.

h) Analyse der Abbildungen M12 und M14:

Das farbige Propagandaplakat von 1900 stellt die Konterfeis der beiden Präsidenten McKinley und Roosevelt in den Mittelpunkt. Sie repräsentieren den US-amerikanischen Staat („Administration“) und waren beides Verfechter und Initiatoren der imperialistischen Außenpolitik der USA im ausgehenden 19. Jahrhundert.

Die Hauptaussage des Plakats liegt darin, die Wohltaten der US-amerikanischen Besatzungspolitik auf Kuba zu glorifizieren.

Auf der linken Seite werden die kubanischen Verhältnisse unter spanischer Herrschaft im Jahr 1896 als desaströs geschildert. Das Ergebnis der jahrhundertlang andauernden spanischen Kolonialherrschaft auf Kuba lag dem Plakat nach in wirtschaftlichem Niedergang, politischer Instabilität und der Unterdrückung der kubanischen Bevölkerung.

Demgegenüber brachte die US-Herrschaft auf Kuba den Kubanern lauter Wohltaten. Nur zwei Jahre nach Besetzung der Insel durch US-Truppen im spanisch-amerikanischen Krieg 1898 dampfen die Schornsteine der Fabriken und Eisenbahnen, pflügt der Bauer friedlich sein Feld, ist die vormals zerrüttete Finanzwirtschaft auf solide Grundlage gestellt und wird Bildung unter den Kubanern verbreitet.

Dieser Vorher-Nachher-Vergleich unterstreicht den zivilisatorischen Charakter US-amerikanischer Herrschaft und wird nochmals durch die Plakatbotschaft betont, die den US-Imperialismus als humanitären Akt zur Verbreitung der Menschlichkeit bezeichnet.

Auch die phrygische Mütze im Lorbeerkranz oberhalb der US-amerikanischen Fahnen entspricht dieser positiven Deutung der US-Herrschaft. Die USA hat der Demokratie und der republikanischen Gesinnung, dafür stand u. a. die phrygische Mütze seit der Französischen Revolution in der politischen Ikonographie der westlichen Welt, auch auf Kuba zum Sieg verhelfen.

Die Karikatur „Holding his end up“ (M14) in schlichtem Schwarz-Weiß gehalten zeigt Uncle Sam in die Mitte des Bildes auf einem Podest stehend. Uncle Sam als bekannteste Nationalallegorie der Vereinigten Staaten kann somit sofort vom Betrachter mit den USA in Verbindung gebracht werden. Das Podest trägt die Aufschrift „Army and Navy“ und stellt die militärische Basis für das imperiale Ausgreifen der USA um die Jahrhundertwende dar. In stolzer Siegermanier präsentiert Uncle Sam die neu erworbenen Kolonien dem europäischen Publikum. Uncle Sam trägt ein „Stars-and-Stripes“-Artistenkostüm und er vollführt mit den diversen Kolonien eine Balanciernummer. Die Kolonien werden durch stereotyp gleich gezeichnete „Wilde“ dargestellt. Die eher kindliche Physiognomie der „Wilden“ unterstreicht neben ihrer leichten Bekleidung deren Unzivilisiertheit und Rückständigkeit. Die versammelten europäischen und im Hintergrund auch asiatischen Machthaber zeigen sich erstaunt über den neuen Konkurrenten, den die USA nach dem spanisch-amerikanischen Krieg im imperialen Wettlauf nun darstellte.

Die Unterschiede zwischen dem Propagandaplakat und der Karikatur sind mannigfaltig: Während das Propagandaplakat für die Politik der US-amerikanischen Administration werben soll

und die führenden Politiker in den Mittelpunkt stellt, arbeitet die Karikatur mit einer allegorischen Darstellung der USA.

Während das Propagandaplakat die Kubaner in Kleidung und Habitus als Angehörige einer unterdrückten, aber doch zivilisierten Gemeinschaft darstellt, werden die Kolonialvölker in der Karikatur als „Wilde“ abgebildet.

Während das Propagandaplakat den Kubanern und der US-Öffentlichkeit die humanitären Absichten und Vorteile der US-Außenpolitik näherbringen soll, kritisiert die Karikatur einerseits die Überheblichkeit Uncle Sams und betont andererseits die machtpolitischen Bedenken der imperialistischen europäischen Staaten.

i und j) Tatsächliche Beweggründe der amerikanischen Imperialpolitik (VT, M9) und die „Big-stick-policy“ (M4, M17):

Die Rede des republikanischen Senators offenbart die Interessen und Hoffnungen, die mit dem imperialistischen Ausgreifen der US-Außenpolitik verbunden waren. In erster Linie waren es hegemoniale Zielsetzungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Wie auch bei vielen europäischen Staaten, die im ausgehenden 19. Jahrhundert eine imperialistische Politik verfolgten, hingen viele Imperialisten in den USA dem Irrglauben an, dass die Kolonien als lukrative Absatz- und Beschaffungsmärkte erhalten könnten. Demnach dominierte das ökonomische Argument die öffentliche Debatte. Wie auch in Großbritannien oder Deutschland folgten dem Erwerb von Kolonien der Ausbau einer Kriegsflotte und damit die Militarisierung der US-Außenpolitik wie am Beispiel Südamerikas („Big-stick-policy“) deutlich wird.

Legitimiert wurde der Erwerb fremder Landstriche mit dem Auftrag die Zivilisation in Form des amerikanischen „way of life“ und der amerikanischen politischen Kultur unter die unkultivierten Völker dieser Erde zu verbreiten. Auch dieser Gedanke stellte keine US-amerikanische Eigenart dar. Vor allem der französische Imperialismus als auch die seit den Zeiten der spanischen Entdeckungen mitreisenden christlichen Missionare hatten diesen Gedanken als Legitimation für die Unterdrückung anderer Völker stets hervorgehoben.

5.3 Motive und Hintergründe der amerikanischen Intervention im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 282

a) Analyse der US-amerikanischen Darstellung des Deutschen Reiches (M1, M2, M17, VT):

In beiden Weltkriegen behielt sich die US-Administration zunächst eine Position der Neutralität vor, die jedoch in der Forschung als „parteiische Neutralität“ bezeichnet wird. Das politische Establishment in Washington besaß in Fragen der politischen und kulturellen Werte eine viel größere Affinität zu den Staaten Westeuropas denn zu den Mittel- bzw. Achsenmächten.

Die Darstellung des Deutschen Reiches in den zeitgenössischen Karikaturen spiegelt diese Einstellung wider. Die Gefährdung US-amerikanischen Lebens ging vor allem von der deutschen Kriegsführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges aus. Dem Kaiser als obersten Repräsentanten des Deutschen Reiches wurde die Verantwortung für den Tod US-amerikanischer

Zivilisten übertragen. Der „Tod, der aus der Tiefe kam“ wurde als deutscher Tod charakterisiert. Dem verantwortlichen Kaiser Wilhelm II. gebührt für diese Kriegsführung die Todesstrafe, wie M2 („Wilful Murder“) suggeriert. Die amerikanischen Opfer des U-Boot-Krieges sollen gesühnt werden.

b) Gründe für die „Neutralität“ der USA zum Beginn des Ersten Weltkriegs (VT, M6) und Faktoren, die den späteren Kriegseintritt bewirkten:

Gemäß der Monroedoktrin wurde der Erste Weltkrieg als ein (weiterer) europäischer Krieg jenseits des Atlantiks angesehen, der die USA nicht zu tangieren hatte.

Ferner bestand die Gefahr, dass eine US-amerikanische Intervention auf dem europäischen Kriegsschauplatz den Konflikt in die US-amerikanische Gesellschaft tragen würde. Eine Mehrzahl der US-Amerikaner besaßen familiäre Wurzeln in und Verbindungen zu den Entente-Staaten oder den Mittelmächten oder stammten direkt aus den Staaten der Konfliktparteien. Vor diesem Hintergrund ist auch der Aufruf des Präsidenten Wilsons an seine Landsleute zu Kriegsbeginn 1914 zu verstehen, strikte Neutralität den europäischen Konfliktparteien gegenüber und als US-Bürger Loyalität den USA gegenüber zu wahren.

Gründe für das Eintreten der USA in den Ersten Weltkrieg (VT, M10–M13):

Als Gründe für den US-amerikanischen Kriegseintritt 1917 können aufgeführt werden:

- Der Aufruf zur Neutralität Wilsons entsprach nicht den Sympathien des politischen Establishments in Washington. Dieses fühlte sich in seinem politischen Denken und seinen kulturellen Einstellungen den Briten und Franzosen viel näher als den Deutschen.
- Die Verbundenheit zu den Franzosen resultierte auch noch aus der französischen Unterstützung im Unabhängigkeitskrieg.
- Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg des Deutschen Reiches gefährdete und vernichtete das Leben US-amerikanischer Bürger. Dies war der Anlass zum Kriegseintritt der USA.
- Ein weiterer Grund lag in den ökonomischen Verbindungen der USA zu den Ententestaaten. Die konjunkturelle Stabilisierung in den USA war verbunden mit dem Konsum der Entente-Staaten auf dem amerikanischen Markt. Weiterhin fungierte der US-amerikanische Kapitalmarkt als größter Kreditgeber für die Ententestaaten. Die Vereinigten Staaten fürchteten deshalb auch aus wirtschaftlichen Gründen einen Sieg der Mittelmächte und glaubten, sich eine Niederlage der Ententemächte im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten zu können.
- Mit dem erhofften Sieg auf Seiten der Ententemächte verbanden die USA auch zukünftige positive Entwicklungen, wie die Durchsetzung des Freihandels oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
- Mit dem Deutschen Reich wurden dagegen keine demokratischen Werte verbunden. Vielmehr galt das Deutsche Reich als Hort des Autoritarismus und Militarismus – und somit auch als potenziell zukünftiger Störenfried einer Weltfriedensordnung.
- Deutlich wurde dies durch die „Zimmermann-Telegramm-Affäre“, in der sich das Deutsche Reich mit Mexiko über eine Aufteilung US-amerikanischen Gebietes zu verständigen versuchte. Die Zimmermann-Depesche weckte naturgemäß keine Sympathien für das Deutsche Reich in Washington.

c) Analyse von US-Propagandaplakaten aus dem Ersten Weltkrieg (M1, M8, M14 und M17):

Die Propagandaplakate sind typische Kriegsdarstellungen, die den militärischen Gegner, hier das Deutsche Reich, auf einfache Art und Weise diffamieren und anklagen sollen.

Das Deutsche Reich, in M1 personifiziert durch Kaiser Wilhelm II. wird holzschnittartig als Reich des Bösen dargestellt. Der deutsche Gegner schreckt vor nichts zurück und mordet mit seinen U-Booten rücksichtslos aus dem Hinterhalt. Opfer sind Frauen und Kinder, die in den Tiefen des Ozeans ertrinken müssen (M8). An den Stiefeln der deutschen Soldaten, die das amerikanische Mutterland im Visier haben, klebt Blut.

Insgesamt wird mit einfachen Stilmitteln und Parolen eine unmittelbare Bedrohungslage des Lebens von US-Bürgern aber auch des US-Territoriums skizziert. Unweigerlich wird mit einem Sieg des Deutschen Reiches der Einzug von Sklaverei, Repression, Militarismus und Diktatur in Europa und sogar auf dem amerikanischen Kontinent verbunden.

Die Propagandaplakate sollen in der US-Öffentlichkeit Wut, Empörung und den Wunsch nach Vergeltung gegenüber den Deutschen schüren aber auch Gefühle von Mitleid für die Opfer wecken. Die Rollenverteilung auf den Propagandaplakaten ist deutlich zu erkennen. Das Deutsche Reich ist der blutrünstige Aggressor, während der Kriegseintritt der USA einen Akt der Selbstverteidigung vor den rücksichtslosen Hegemonialansprüchen des kaiserlichen Deutschlands bedeuten würde. Den US-Bürgern soll vermittelt werden, dass es sich aus Sicht der USA um einen gerechten Krieg handelt, der gegen einen unmenschlichen, die amerikanischen Werte bedrohenden Feind geführt werden muss.

Ziel ist es die inneren Reihen in Anbetracht des Kriegszustands zu schließen, für einen bis dahin unpopulären Krieg unter der US-Bevölkerung zu werben und die Opferbereitschaft der US-Amerikaner – sei es durch die Eintragung in die Rekrutierungslisten oder durch den Kauf von Kriegsanleihen – zu erhöhen.

d) Erläuterung der Vorstellungen Wilsons von einem dauerhaften Frieden und Vergleich mit Roosevelts Vorstellungen eines dauerhaften Friedens (M9, M16, M19, M20, M21):

Sowohl Roosevelt als auch Wilson sind Vertreter eines idealistischen Ansatzes in der US-amerikanischen Außenpolitik. Beide stellen die Überlegungen zur Erreichung eines Zustands der internationalen Sicherheit und des Friedens zwischen den Nationen in den Vordergrund ihrer Überlegungen.

Wilson's Ansätze werden besonders in den nach ihm benannten 14 Punkten zur Gestaltung der Nachkriegsordnung deutlich:

- Kernelement war die Errichtung eines multilateralen Systems kollektiver Sicherheit, indem Nationen auf Augenhöhe und gemeinsam über die Einhaltung des Weltfriedens wachen („Völkerbund“).
- Ein weiterer elementarer Bestandteil seiner diplomatischen Offensive 1918 stellte die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Perspektive einer Entkolonialisierung dar.
- Des Weiteren forderte Wilson die Begrenzung der Rüstung und das Ende jeglicher Geheimdiplomatie als vertrauensbil-

dende Maßnahmen, um zukünftige kriegerische Konflikte zu unterbinden.

- Als Repräsentant einer wirtschaftsliberalen und fortgeschritten industrialisierten Exportnation setzte sich Wilson für den Freihandel und die Öffnung der Meere ein.

Roosevelt steht ebenso in der idealistischen Tradition der Internationalisten, die sich dem One-World-Gedanken verschrieben haben. Wilson wie Roosevelt sehen in der Deklaration der Menschenrechte auch den imperativen Auftrag, die Grundprinzipien von Demokratie und Menschenrechten über die Grenzen der USA hinweg zu verbreiten. Wilsons 14 Punkte bereiteten Roosevelts Atlantikcharta vor.

Konkret fordert Roosevelt ebenso wie Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker, eine allgemeine Abrüstung, Freihandel und die Öffnung der Meere sowie dem „One-World-Gedanken“ folgend die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit. Letzterer Gedanke fand in der Weiterentwicklung des Völkerbunds zur UNO seine Entsprechung.

e) Erläuterung der Karikatur M12 vor dem Hintergrund der „Zimmermann-Telegramm-Affäre“:

Die Karikatur aus der Washingtoner Zeitung „The Evening Star“ vom März 1917 zeigt eine Hand mit den Insignien des kaiserlichen Deutschlands, die Landstücke aus dem Territorium der USA herauschneidet und somit den Eindruck erweckt, die US-amerikanische Souveränität beschneiden und die USA zerstückeln zu wollen.

Hintergrund ist die sogenannte „Zimmermann-Telegramm-Affäre“. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Arthur Zimmermann, hatte am 19. Januar 1917 über die deutsche Botschaft in Washington, d.c. dem deutschen Gesandten in Mexiko eine Depesche mit brisantem Inhalt zukommen lassen. Darin bot Deutschland Mexiko ein Bündnis für den Fall an, dass die USA auf Seiten der Entente in den Krieg eintrete. Der mexikanischen Regierung wurde seitens Berlins die Wiedergewinnung großer Teile der südlichen USA in Aussicht gestellt. Dabei handelte es sich um Territorien wie Kalifornien, Nevada, Utah, Neu-Mexiko, Colorado, Wyoming und Arizona, die nach dem Krieg zwischen den USA und Mexiko 1848 an die Vereinigten Staaten verloren gegangenen waren.

Das Zimmermann-Telegramm wurde vom britischen Geheimdienst abgefangen, dechiffriert und zu einem propagandistisch günstigen Zeitpunkt an die US-Administration weitergeleitet. Diese veröffentlichte die Depesche am 1. März 1917. Der Wunsch der britischen Seite nach einem Kriegseintritt der USA wurde durch die Zimmermann-Telegramm-Affäre Vorschub geleistet.

f) Beweggründe für das 1937 verabschiedete Neutralitätsgesetz und Faktoren, die zu einem Umdenken in den USA führten (M18–M22):

In den 1930er-Jahren wurde eine ganze Reihe an Neutralitätsgesetzen in den USA verabschiedet. Hintergrund waren die zunehmenden Spannungen durch die aggressive Außenpolitik Deutschlands und Italiens sowie das internationale Engagement europäischer Staaten im Spanischen Bürgerkrieg.

Initiiert wurden die Neutralitätsgesetze durch die Vertreter eines isolationistischen Ansatzes in der US-Außenpolitik. Die Isolationisten verfolgten in der Tradition der ursprünglichen Monroedoktrin eine Konzentration auf den amerikanischen

Kontinent und wollten sich aus den Konflikten Europas fernhalten. Gleichzeitig verbot sie die Einmischung der Europäer in die westliche Hemisphäre. Der Isolationismus erfreute sich unter der US-Bevölkerung einer großen Popularität.

Umdenken in den USA:

Der Anlass zum Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg lag in dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941 begründet.

Roosevelt konnte im Vorfeld des Überfalls auf die Marinebasis in Hawaii wegen der nationalen Antikriegsstimmung nicht an ein direktes Eingreifen in den Krieg denken. Der Überfall änderte jedoch die isolationistische Grundstimmung der Bevölkerung. Es kam zu einer Welle der patriotischen Begeisterung, die die Nation im Krieg gegen die Aggressoren zusammenschmiedete.

Schon vor dem japanischen Angriff hatte die Neutralität der USA allerdings ihre Grenzen. Um einen Sieg der totalitären und militaristisch-expansiven Achsenmächte zu verhindern, verabschiedete der Kongress im März 1941 das Leih- und Pachtgesetz und schuf somit die legale Grundlage für die vorher bereits praktizierte Unterstützung Großbritanniens. Als „Arsenal der Demokratie“ stieg der Output an Rüstungsgütern stark an und erstmals wurde 1940 in Friedenszeiten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Die US-amerikanische Administration bereitete die eigene Bevölkerung auch ideologisch auf eine mögliche Konfrontation vor. In Roosevelts „Quarantäne-Rede“ vom 5. Oktober 1937 sowie in seiner „Vier-Freiheiten-Rede“ vom 6. Januar 1941 betonte der US-amerikanische Präsident die Gefährdung der eigenen Freiheit und des amerikanischen Wohlstands durch die deutsche und japanische Aggression.

Die immense Aufrüstung der USA erfolgte aber erst ab dem Jahr 1940. In Friedenszeiten (1939) rangierte die Kopfstärke der US-Armee international auf dem 20. Platz, noch hinter den Niederlanden.

Die politischen und ökonomischen Interessen der USA legte der Präsident zwar deutlich dar, konnte darüber hinaus aber auch dem US-amerikanischen Engagement eine besondere moralische Dimension verleihen. So zogen die USA nicht nur für die eigene Sicherheit in den Krieg, sondern auch um den Weltfrieden wiederherzustellen und den vier unveräußerlichen menschlichen Freiheiten überall auf der Welt zum Durchbruch zu verhelfen: der Freiheit der Rede, der Freiheit der Religion, der Freiheit von Not und der Freiheit vor Furcht (freedom of speech, freedom of religion, freedom from want, freedom from fear).

g) Vergleich der Darstellungen zum Angriff auf Pearl Harbor mit jenen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 (M23, M24):

Beide Angriffe besaßen für die US-amerikanische Öffentlichkeit einen traumatischen Charakter. Der Angriff auf Pearl Harbor riss die US-Amerikaner aus ihrer Illusion, sie könnten mit ihrer isolationistischen Grundhaltung den Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges fernbleiben.

Der Angriff auf die Zwillingstürme vom 11. September 2001 besaß einen ähnlichen Stellenwert wie der Angriff auf Pearl Harbor. Erstmals seit dem britisch-amerikanischen Krieg von 1812 wurde das Festland der Vereinigten Staaten angegriffen.

Beide Angriffe erwiderte Washington mit Krieg.

Die bekanntesten bildlichen Darstellungen beider Angriffe besitzen eine besondere Ästhetik des Grauens und der Vernichtung. Explodierende Schiffe und Flugzeuge erzeugen bei manchen Betrachtern eine Faszination und lassen den Tod von mehreren Tausenden Menschen im selben Augenblick in den Hintergrund treten.

h) Kriegspläne der Alliierten, insbesondere im Hinblick auf Deutschland (M22, M28):

Die weitläufigen Kriegspläne steckten die britischen und US-amerikanischen Bündnispartner in der Atlantikcharta ab. Dem One-World-Gedanken folgend sollte eine gemeinsame Verantwortung für den Weltfrieden in einem kollektiven System internationaler Sicherheit institutionalisiert werden. So ist auch zu verstehen, dass die Atlantikcharta an vielen Stellen wortwörtlich prägenden Eingang in die UN-Charta fand.

Des Weiteren formulierten Churchill und Roosevelt für die Nachkriegsordnung folgende Grundsätze, die wie folgt zusammengefasst werden können:

- Wiederherstellung des vor dem Krieg herrschenden Rechtszustands
- Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Freihandel zwischen den Nationen
- offener Zugang zu den Meeren
- Etablierung eines allgemeinen Friedens
- Abrüstung

Der europäische Kriegsschauplatz und das Schicksal Deutschlands besaßen vor dem Hintergrund der „Germany-first“-Strategie der Alliierten einen besonderen Stellenwert. Auf mehreren Konferenzen in Casablanca, Teheran, Jalta und Potsdam wurde die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte („unconditional surrender“) propagiert. Insbesondere Deutschland sollte als Feindstaat besetzt („JCS 1067“) und in vier Besatzungszonen aufgeteilt werden. Die Besatzungszonen sollten von einem alliierten Kontrollrat in Berlin koordiniert werden. Ziel war es den deutschen Militarismus als Bedrohung für den Weltfrieden für immer zu beseitigen.

i) Diskussion zur Notwendigkeit des Atombombenabwurfs auf Japan 1945 (M29, M30):

Die beiden Atombombenabwürfe vom 6. und 9. August 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki zeigten einen bis dahin nicht gekannten Grad an Verwüstung und Zerstörung. Beide Bomben kosteten unmittelbar nach dem Abwurf und infolge der Strahlenbelastung Hunderttausenden Menschen das Leben. Den Bombenabwürfen folgte die Kapitulation Japans Mitte August und das offizielle Ende des Zweiten Weltkrieges am 2. September 1945.

Die Abwürfe der Atombomben bleiben auch nach über sechzig Jahren völkerrechtlich, politisch und ethisch umstritten.

Präsident Truman erläuterte in seiner Rede an die Nation unmittelbar nach dem Abwurf über Nagasaki den Grund für die Entwicklung der Atombombe, nämlich den deutschen Anstrengungen ein atomares Arsenal aufzubauen zuzukommen. Weiterhin begründet er den Abwurf mit dem Schutz des Lebens Tausender junger Amerikaner, die bei der Invasion der japanischen Hauptinseln ums Leben gekommen wären. Die Bombenabwürfe sollten demnach den Kriegsverlauf durch die Kapitulation Japans entscheidend abkürzen.

In der US-amerikanischen Öffentlichkeit kursierten Zahlen von potenziell einer Million US-Soldaten, die bei einer Invasion Japans gefallen wären, wenn die Atombombenabwürfe nicht die Kapitulation Japans beschleunigt hätten.

Die Gegner der Abwürfe argumentieren dagegen, dass

- Japans Kapitulation ohnehin kurz bevorstand, da auch die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eingetreten war und das japanische Kriegskabinet bereits Kapitulationsbereitschaft signalisiert hatte
- diplomatische Alternativen zur Beendigung des Krieges nicht ausreichend ausgenutzt wurden
- die Opferzahlen auf Seiten der US-Streitkräfte im Hinblick auf eine Invasion Japans bewusst übertrieben wurden, um einen Einsatz der Atomwaffen zu rechtfertigen
- nicht die strategische Kriegssituation im Sommer 1945 für den Bombenabwurf entscheidend war, sondern die hohen Entwicklungskosten von zwei Milliarden Dollar für den Test der Bombe im realen Kampfeinsatz verantwortlich waren
- die Atombombe nicht primär den Japanern galt, sondern vor allem dem potenziell zukünftigen Konkurrenten Sowjetunion die US-amerikanische Kampf- und Feuerkraft demonstrieren sollte

Über allen diesen Argumenten steht die Frage, ob der Einsatz von Atomwaffen gegen Menschen, insbesondere zivile Ziele, ethisch zu rechtfertigen sei. Eine Demonstration der Zerstörungskraft der Atombombe über unbewohntem Gebiet wurde 1945 in US-Militärkreisen zwar diskutiert, aber dann schnell verworfen und nicht weiterverfolgt.

5.4 Die USA zur Zeit des Kalten Krieges

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 305

a) Schilderung von Gedanken und Emotionen beim Betrachten des Bildmaterials (M2, M3):

Dem Betrachter könnte die Hilflosigkeit und Naivität im Angesicht der tödlichen atomaren Bedrohung auffallen.

Ferner sind die Bilder aus der Schule als auch das Werbeplakat für den privaten Atombunker Ausdruck einer offiziellen Verharmlosung der wirklichen Konsequenzen eines atomaren Overkills. Das Werbeplakat zeigt aber auch noch die Unverfrorenheit der Geschäftemacher, die selbst aus der tödlichen Bedrohung Profit zu schlagen versuchten.

Obwohl diese Bilder ein unfreiwilliges komisches Element besitzen, dokumentieren sie doch auch die Allgegenwärtigkeit eines Atomkrieges zu Zeiten des Kalten Krieges.

b) Selbstbild der Sowjetunion und ihrer Alliierten im historischen Kontext (VT, M9):

Das sowjetische Propagandaplakat beschwört die alliierte Waffenbrüderschaft zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR. Drei alliierte Arme vereinigen sich zu einer Faust. Diese Faust streckt Hitler als Sinnbild für die nationalsozialistische Bedrohung nieder. Im Hintergrund raucht und qualmt es aus entstandenen Kriegsschäden.

Gestik und Mimik der alliierten Waffenbrüder drücken Selbstbewusstsein, Siegeszuversicht und Entschlossenheit aus. Dem Betrachter wird suggeriert, zwischen diese Alliierten passt kein Blatt. Da es sich um ein sowjetisches Propagandaplakat handelt, wird der sowjetische Soldat im Zentrum der Darstellung

abgebildet. Engländer und US-Amerikaner stehen ihm zur Seite.

Das Plakat idealisiert die tatsächlichen Beziehungen zwischen den Alliierten. Sowohl auf den diversen Konferenzen der „Großen Drei“ als auch auf den vorbereitenden Außenministerkonferenzen kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten über Kriegsführung und die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse. Stalin misstraute dem Westen ebenso wie Churchill Stalin nicht traute. Trotz der britischen und US-amerikanischen Devise „Germany first“ erkannte Stalin im Ausbleiben einer zweiten Front bis zum Juni 1944 die perfide Absicht seiner Alliierten, die Sowjetunion im Kampf gegen Hitlerdeutschland ausbluten zu lassen.

Auch über die Grenzen und die innere Verfassung Polens kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten.

Dennoch hielt die alliierte Waffenbrüderschaft bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach der vollkommenen Kapitulation Deutschlands zerfiel die alliierte Koalition, die inneren Systemwidersprüche sowie die unterschiedlichen strategischen Absichten und Interessen der Alliierten traten immer offener zu Tage.

c) Probleme der Westalliierten im Hinblick auf eine Nachkriegsordnung (VT, M10):

Der Bericht des britischen Außenministers Eden verdeutlicht den Zwiespalt zwischen dem „One-World-Gedanken“ der Atlantikcharta und der realpolitisch geleiteten Interessenpolitik der Sowjetunion. Die Westalliierten hätten sich demnach mit einer kommunistisch-bolschewistischen Großmacht- und Interessenpolitik in Westeuropa auseinanderzusetzen oder einer Aufteilung Europas in einen liberal-kapitalistischen und einen sowjetischen Teil zuzustimmen.

d) Vergleich der Aussage Stalins mit britischer Karikatur vom Juni 1947 und Schlussfolgerungen der Westalliierten aus der sowjetischen Expansion (M1, M11):

Der berühmte Auszug aus den Gesprächen zwischen dem jugoslawischen Partisanenführer Milovan Djilas und Stalin dokumentiert die Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten. Stalins Absicht war es demnach den sowjetischen und damit kommunistischen Einflussbereich soweit wie möglich und das bedeutete, soweit die Rote Armee vorrücken konnte, nach Westen zu verschieben.

Diese Strategie Stalins drückt auch die Karikatur Illingworths vom Juni 1947 aus, die den sowjetischen Einflussbereich in Europa anhand einer politischen Landkarte abbildet.

Stalin heftet Fähnchen mit Hammer und Sichel auf die Karte. Damit steckt er die Staaten in Ost- und Mitteleuropa ab, die unter sowjetischem Einfluss stehen. Das Fragezeichen in Frankreich unterstreicht, dass aus westlicher Sicht die sowjetische Expansion noch nicht beendet war.

Aus der Perspektive des Westens besaß das sowjetische Vorgehen den Charakter einer aggressiven Expansionspolitik und stand nicht im Einklang mit den selbstgesteckten Zielen der Atlantikcharta und den 1945 gemeinsam mit den Sowjets unterschriebenen Artikeln der UN-Charta. In den westlichen Hauptstädten vermutete man daher, dass Stalin die „kommunistische Weltrevolution“ verfolgen würde. Aus dieser Wahrnehmung des sowjetischen Expansionismus entstand das

Gefühl einer Bedrohung durch die Sowjetunion und darauf fußend eine breite Welle des Antikommunismus.

e) Erläuterung des Begriffs „Eiserner Vorhang“ und Stalins Reaktion auf Churchills Ausspruch im Hinblick auf dessen Verhältnismäßigkeit und Legitimität (VT, M12, M13):

Der Begriff „Eiserner Vorhang“ beschreibt die Demarkationslinie zwischen den marktwirtschaftlich und größtenteils demokratisch orientierten Staaten des Westens und den zentralwirtschaftlich organisierten kommunistischen Staaten Osteuropas zur Zeit der bipolaren Weltordnung. Der Begriff selbst stammt aus der Theatersprache und geht in seiner politischen Konnotation auf einen Ausspruch Joseph Goebbels zurück, der für den Fall der Niederlage Nazi-Deutschlands im Weltkrieg eine schroffe Systemgrenze zwischen Ost und West antizipierte.

Churchills geografische Eingrenzung aus dem Jahr 1946 von Stettin bis Triest bezieht sich auf die Konstellation kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Bruch Titos mit Stalin scherte Jugoslawien aus dem Ostblock aus und wandte sich der Bewegung der blockfreien Staaten zu.

Der „Eiserne Vorhang“ wurde im Verlauf des Kalten Kriegs zu einer fast undurchdringlichen und unpassierbaren Grenze mit Stacheldraht, Selbstschussanlagen, Minenfeldern etc. ausgebaut. Trotz dieser Grenzbefestigungen, die im Laufe der Zeit immer weiter und effizienter ausgebaut wurden, gelang zahlreichen Menschen die Flucht in den Westen. Im kollektiven Gedächtnis hat sich vor allem die Berliner Mauer als bedeutendstes Symbol des Eisernen Vorhangs erhalten.

Neben dieser physischen Abgrenzung beschreibt der Begriff „Eiserner Vorhang“ auch die ideologische, politische und soziokulturelle Abgrenzung zwischen Ost und West, die von beiden Blockparteien gleichermaßen betrieben wurde.

Reaktion Stalins auf die Aussage Churchills:

Stalin wertet die Aussage Churchills als Kriegserklärung, bezeichnet Churchill als Kriegsbrandstifter und zeigt sich empört über den Vorwurf, ein Eiserner Vorhang wäre von der Sowjetunion initiiert durch Europa gezogen worden. Stalins Wortwahl erscheint vor dem Hintergrund seiner Politik in Osteuropa als maßlos. Insbesondere deshalb, weil Churchill den europäischen Status Quo treffend beschreibt.

f) Ideologisches Selbst- und Fremdbild zwischen den Konfliktparteien in Ost und West (VT, M11–M20):

In der bipolaren Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war die propagandistische Konfrontation zwischen den beiden Blöcken allgegenwärtig.

Aus der weitverbreiteten Perspektive des Westens war die Sowjetunion das „Reich des Bösen“, in dem Unterdrückung, Unfreiheit und Zwangswirtschaft herrschten. Die Sowjetunion verfolgte demnach die Etablierung eines globalen kommunistischen Systems mit den Instrumenten der Weltrevolution und der systematischen subversiven Unterwanderung der westlichen Gesellschaften.

Der tödlichen Gefahr des bolschewistischen Expansionismus galt es auf allen Ebenen zu begegnen. Zunächst durch die Eindämmungspolitik („Containment“) im Rahmen der Truman-Doktrin. Später durch die aktive Zurückdrängung kommunistischer Aktivitäten, was als „roll back“ bezeichnet wurde.

Unter dem Sowjetkommunismus verstand man im Westen die diktatorische Herrschaft einer kleinen Politklasse der Nomenklatur, die den Willen der Mehrheit mit totalitären Mitteln manipulierte und missachtete.

Der Sowjetkommunismus wurde als parasitär bezeichnet. Besonders gefährdet erschienen vor allem ökonomisch schwache Gesellschaften. Deshalb besaß die Marshallhilfe (ERP) einen zentralen Stellenwert im Versuch die westlichen Gesellschaften gegen die Bestrebungen des Sowjetkommunismus zu immunisieren.

Die USA und ihre Verbündeten sahen sich selbst als Verteidiger individueller und staatlicher Freiheits- und Souveränitätsrechte und somit als „Hort der Freiheit und des Wohlstands“. Truman sprach sogar von einer besonderen Vorsehung, welche die USA dazu bestimmt hätte, „Freiheit und Unabhängigkeit“ aller Nationen zu ermöglichen und zu schützen. Unter Freiheit und Unabhängigkeit wurde in Washington das eigene liberal-kapitalistische System verstanden, welches nach eigener Überzeugung dem sowjetischen langfristig überlegen sein musste.

Aus der Perspektive des Ostens wurden die USA und ihre Verbündeten als imperialistisch-expansive Staaten wahrgenommen. Die Politik des Westens wurde als Bedrohung der eigenen Position und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten wahrgenommen. Die Expansionsbereitschaft des Westens war nach Ansicht der „Kominform“ Ausdruck der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation.

Ziel des US-amerikanischen Expansionismus war die politische und ökonomische Versklavung Europas und Asiens. Dazu bediente sich die USA auch der Repräsentanten der untergegangenen nationalsozialistischen und japanischen Diktatur.

Dieser Absicht der USA, die Weltherrschaft zu erringen, konnte nur die Sowjetunion entgegentreten, die sich als „Hort der Demokratie“ und „Verteidigerin der Arbeiterklasse“ darstellte.

Während die USA also den allgemeinen Frieden gefährdete, sah sich die Sowjetunion als Verteidigerin des Friedens und Beförderin der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den friedliebenden Völkern.

Beide Seiten verfolgten aus eigener Perspektive legitime Ziele und erkannten im jeweils anderen eine Bedrohung der eigenen Gesellschaftsordnung.

g) Mittel und Methoden der USA zur Begegnung des sowjetischen Expansionismus (VT, M17, M19):

Aus der Perzeption einer globalen sowjetischen Bedrohung heraus lag für die USA die logische Konsequenz in der ständigen Erzeugung von Gegendruck. Konkretisiert wurde diese Strategie 1947 in der Truman Doktrin, die allen „friedliebenden Staaten“ politische und wirtschaftliche Unterstützung anbot und im Rahmen des Containments den sowjetischen Einfluss einzudämmen versuchte. Das Prinzip der Eindämmung fand seinen Ausdruck zunächst in der Wirtschafts- und Militärhilfe für Griechenland und die Türkei.

Im Jahre 1947 folgte dann der für den wirtschaftlichen Aufbau Westeuropas psychologisch wichtige Marshallplan.

Ferner versuchte die USA durch einen Ring an Militärallianzen den sowjetischen Einflussbereich zu umkreisen. Die bekannteste dieser Militärallianzen stellt noch heute die NATO dar, die 1949 gegründet schon 1955 den westlichen

deutschen Teilstaat aufnahm und so zu einer Remilitarisierung der jungen Bundesrepublik führte.

Der Ansatz des Containments führte zu einer Militarisierung der US-Außenpolitik und zum militärischen Engagement im Koreakrieg. In den fünfziger Jahren dominierten dann die roll-back-Rhetorik und die Strategie der massiven Vergeltung mit Atomwaffen den US-amerikanischen Sicherheitsdiskurs.

Erst unter Kennedy und im Angesicht der tödlichen Bedrohung im nuklearen Patt nach der Kuba-Krise kam es zu einer Periode der Annäherung zwischen der USA und der Sowjetunion. Diese mündete im Konzept der „flexiblen Reaktion“ und der Politik der „friedlichen Koexistenz“.

h) Kritik an der atomaren Aufrüstung der Supermächte (M21, M22):

Im Angesicht der atomaren Aufrüstung der beiden Supermächte wird in beiden Karikaturen die unglaubliche Vernichtungskraft der atomaren Waffenarsenale in den Vordergrund gestellt und die Unmöglichkeit diese einzusetzen, wenn nicht das eigene Überleben aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Während die Karikatur Behrendts darüber hinaus den Abrüstungswillen beider Supermächte bei den konventionellen Waffen angesichts der Schlagkraft der Atombombe der Lächerlichkeit preisgibt, betont die britische Karikatur, dass ein Krieg zwischen den Supermächten durch die Atomwaffen unmöglich gemacht wurde.

Milliarden von Dollars wurden zwar in die Entwicklung von neuester Waffentechnologie gesetzt, diese konnten jedoch nur zu Abschreckungszwecken dienen.

i) Rekonstruktion der politisch-militärischen Konfliktsituation, die zur Kubakrise führte (VT, M23–M27):

Die Revolution auf Kuba und die Hinwendung des Castro-Regimes an die Sowjetunion eröffnete aus Sicht Chruschtschows neue Perspektiven im Konflikt mit den USA.

Die Möglichkeit zum überraschenden atomaren Erstschat, der dem Gegner keine Reaktionszeiten mehr gab, war wegen der langen Vorwarnzeiten für die Sowjetunion bei dem damaligen technischen Niveau ihres atomaren Waffenarsenals nicht gegeben. Dagegen hatten die USA Atomraketen mit ausreichender Reichweite in England, Italien und der Türkei stationiert. Vor allem die neuen nuklearen Mittelstreckenraketen des Typs „Thor“ und „Jupiter“ in Italien und der Türkei stellten für die UdSSR eine Bedrohung dar. Daneben besaß die USA auch das alleinige Monopol an U-Booten mit „Polaris-Atomraketen“, die auch unter Wasser abgefeuert werden konnten.

Ferner hatte die US-Administration mehrmals versucht das Castro-Regime zu schwächen und zu stürzen, indem es Handelsboykotte verhängte, die Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht organisierte und Attentate auf Vertreter der kubanischen Revolutionsregierung plante.

Eine Verbindung zwischen Havanna und Moskau besaß demnach für beide Partner erhebliche Vorteile: Die Sowjetunion konnte ihr taktisches Defizit gegenüber den USA ausgleichen und ihre Erstschatfähigkeit durch die Erreichbarkeit des gegnerischen Territoriums mit Nuklearraketen herstellen, während Kuba die Sowjetunion als wichtigsten Handelspartner und Schutzmacht betrachtete, welche die Existenz der Regierung Castro zu sichern versprach.

Mit der Stationierung von SS-4 Mittelstreckenraketen ab Mai 1962 und 40000 Soldaten der Roten Armee glaubte die sowje-

tische Regierung, Kuba vor einer US-Invasion schützen zu können. Außerdem versuchte der Kreml das vermeintlich verloren gegangene militärische Gleichgewicht wiederherzustellen, das mit der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Europa zu Gunsten der USA verschoben worden war.

j) Vergleich der Argumente Kennedys und Chruschtschows während der Kubakrise (M24, M26, M27, M29, M31):

Argumente Kennedys:

- Sowjetische Atomraketen auf Kuba bedrohen die westliche Hemisphäre mit einem atomaren Erstschatz.
- Die Stationierung von Atomwaffen auf Kuba, insbesondere durch die historische und geografische Nähe der USA zu Kuba, stellt eine Provokation und eine Veränderung des Status Quo zwischen den Blöcken dar.
- Diese Entscheidung Moskaus stellt den Frieden infrage.
- Die Stationierung der Atomwaffen auf Kuba wird von den USA als Verletzung interner Abmachungen und als Ausdruck der sowjetischen Absicht, die Weltherrschaft zu erringen, eingestuft.
- Diese Provokation seitens der UdSSR kann von den USA nicht hingenommen werden, da die sowjetischen Atomraketen die Glaubwürdigkeit und Verteidigungsbereitschaft der USA infrage stellen.
- Deshalb müssen die sowjetischen Atomraketen auf Kuba abgezogen werden.
- Die USA will keine atomare Auseinandersetzung, schreckt im Ernstfall einer Bedrohung ihrer Souveränität aber auch nicht vor einem weltweiten Kernwaffenkrieg zurück.
- Um die von Kuba ausgehende Bedrohung der westlichen Hemisphäre abzuwenden, wird eine Verbots- und Sperrzone um Kuba („Quarantäne“) errichtet. In dieser Sperrzone wird jedes Kuba anlaufende Schiff von der US-Flotte angehalten, durchsucht und gegebenenfalls an der Weiterfahrt gehindert.

Argumente Chruschtschows:

- Die Waffen auf Kuba besitzen keinen Offensivcharakter; sie dienen ausschließlich der Sicherheit Kubas und sind auf Bitten der kubanischen Regierung installiert worden.
- Die Quarantäne rund um Kuba wird als Akt US-amerikanischer Piraterie eingeschätzt.
- Während die sowjetische Seite erklärt, dass ihre Kuba anlaufenden Schiffe keine Waffen an Bord haben, verpflichtet sich die US-amerikanische Seite zum Verzicht, eine Invasion auf Kuba durchzuführen oder zu unterstützen.
- Die Anwesenheit von sowjetischen Militärexperten auf Kuba wäre nach einer solchen Erklärung hinfällig.
- In den Aussagen Kennedys besteht ein Widerspruch. Einerseits gefährde die Aufstellung von sowjetischen Raketen auf Kuba die Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA. Andererseits bedroht Washington die staatliche Souveränität Kubas und kreist das sowjetische Territorium mit Militärstützpunkten inklusive Atomraketen ein.
- Die Situation zwischen den USA und der UdSSR ist wegen der jeweils in Kuba und der Türkei aufgestellten „atomaren Offensivwaffen“ vergleichbar.
- Die Sowjetunion kann ein solches taktisches Ungleichgewicht, die eine Gefährdung der nationalen Sicherheit darstellt, nicht hinnehmen.

- Die Sowjetunion erklärt sich deshalb bereit, die Atomwaffen von Kuba abzuziehen, wenn die USA sich bereit erklärt ihrerseits ihre Kernwaffen aus der Türkei abzuziehen.

Die Bewertung der Argumentation obliegt einer individuellen Interpretation. Es wird deutlich, dass die USA ihre nationale Sicherheit gefährdet sieht, während die Sowjetunion durch die atomare Aufrüstung Kubas versucht auf schnelle Weise ihre ballistische Unterlegenheit auszugleichen.

k) Beurteilung des Umgangs beider Supermächte mit der Konfliktsituation (M24, M26, M27, M29, M31, M33):

Im Endeffekt wurde zwischen der USA und der Sowjetunion ein Handel geschlossen, der beiden Seiten die Wahrung ihres Ansehens garantierte. Inhalt des gemeinsamen Abkommens war der Abzug der sowjetischen Raketenstellungen von Kuba gegen das öffentliche amerikanische Versprechen, nicht gewaltsam einen Umsturz des kubanischen Regimes zu betreiben, ergänzt um die informelle Zusage, die US-amerikanischen Raketenstützpunkte in der Türkei abzubauen.

Bis zum Abschluss dieses Abkommens taumelte die Welt am Abgrund einer atomaren Katastrophe entlang. Der Abschuss eines US-amerikanischen U-2-Aufklärungsflugzeugs und der gleichzeitige Beschuss eines mit Atomwaffen bestückten sowjetischen U-Boots, welches dieses zum Auftauchen zwang, zeigten, dass sich die militärische Eskalation zu verselbstständigen begann. Beide Militäraktionen waren nicht mit den jeweiligen Hauptquartieren abgesprochen und hätten um Haarsbreite einen Atomkrieg auslösen können.

Die Lösung der Kubakrise war somit weniger einer diplomatischen Meisterleistung als dem Glück und der gemeinsamen Ansicht der verantwortlichen Politiker geschuldet, eine atomare Auseinandersetzung zu vermeiden.

Alternative Handlungsoptionen wären gewesen, auf dem eigenen Standpunkt zu beharren und eine militärische Auseinandersetzung billigend in Kauf zu nehmen. Erster Schritt in diese Richtung wäre nach einer definitiven Weigerung der Sowjetunion, ihre Raketenstellungen abzubauen, die US-amerikanische Invasion Kubas gewesen.

l) Prägung der US-amerikanischen Gesellschaft durch den Ost-West-Gegensatz (M4, M30, M32, M34 und VT):

Bis 1990 blieb nicht nur in den USA der internationale Gegensatz zwischen Ost und West prägend für das Leben der Menschen.

In den USA flossen Milliarden Dollars in die Rüstungsindustrie, um das atomare Gleichgewicht des Schreckens aufrecht zu erhalten. Sowohl die Mondmission in den 1960er-Jahren als auch das SDI-Programm unter Präsident Reagan waren Ausdruck des Ost-West-Gegensatzes und des Wunsches dem Gegner die eigene Überlegenheit vor Augen zu führen.

Die atomare Bedrohung durch die Sowjetunion blieb auch nach der Kubakrise und auch während der Tauwetterphasen zwischen der USA und der UdSSR präsent. Die berühmte Friedensrede Kennedys betonte diese allgegenwärtige tödliche, da atomare Bedrohung und entwickelte gleichzeitig ein neues Friedensverständnis: Einen Frieden, der die „friedliche Koexistenz“ zweier Systeme anerkannte, die einander tolerieren, ohne Sympathien für einander entwickeln zu müssen.

m) Höhen und Tiefen der gegenseitigen Annäherung von USA und Sowjetunion bis zum Ende des Ost-West-Gegensatzes (VT, M37, M38, M40–M42):

Das Verhältnis der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA waren von temporären Phasen der Annäherung und des Konflikts gekennzeichnet, wobei der Rahmen der bilateralen Beziehungen stets vom unüberbrückbaren Systemgegensatz zwischen liberaler Marktwirtschaft und sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft gebildet wurde.

1. Die erste Phase in den Jahren 1945 und 1946 war bestimmt durch eine wachsende Entfremdung, zunehmende Missverständnisse und die beginnende Blockbildung.
2. Mit der Trumandoktrin gingen die USA ab 1947 auf einen direkten antisowjetischen und antikommunistischen Kurs. Diese Kernphase des Kalten Kriegs dauerte bis zur beinahe atomaren Katastrophe während der Kubakrise.
3. Ab 1963 kann dann von einer dritten Phase, der Phase der „friedlichen Koexistenz“ gesprochen werden. Im Rahmen dieser Tauwetterperiode kam es zu mehreren Abrüstungskonferenzen. Die Ostpolitik Willy Brandts wäre ohne diese positive politische Großwetterlage wahrscheinlich nicht möglich gewesen.
4. Diese Entspannungsphase fand Ende der 1970er-Jahre ein jähes Ende mit dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Sollte der NATO-Doppelbeschluss noch ein Gleichgewicht bei den Mittelstreckenraketen in Europa erreichen, zielte die Reagan-Administration (ab 1981) mit dem SDI-Programm darauf ab, die Fähigkeit der Sowjetunion zum strategischen Zweitschlag zu unterminieren und einen uneinholbaren Vorsprung im Rüstungswettlauf zu gewinnen, um den Ostblock ökonomisch und politisch zu destabilisieren. Es folgte ein neues Wettrüsten.
5. Unter dem neuen Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, kam es ab 1985 zu einer Öffnung der Sowjetunion und zu einer neuen Phase der Entspannung und Abrüstung. Am Ende des Reformprogramms Gorbatschows stand die ökonomische Implosion des Ostblocks, der vor allem an seinen ökonomischen, aber auch politischen Widersprüchen zerbrach.
6. Spätestens mit der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991 konnte der Ost-West-Gegensatz als beendet angesehen werden.

n) Analyse des Comicstrips „Calvin and Hobbes“ (M39):

Der Comicstrip verdeutlicht, dass der „Kalte Krieg“, sobald er in einen „heißen Krieg“ umgeschlagen wäre, keinen Gewinner haben konnte. Wie Kennedy es in seiner berühmten Rede über den Frieden 1963 deutlich ausdrückte, wurden immense Ressourcen in immer aberwitzige Rüstungsanstrengungen gesteckt, um diese Waffen nicht einsetzen zu müssen. Dies war die „Logik der Abschreckung“, dem Gegner immer vor Augen führen, dass er einen Erstschlag selbst nicht überleben würde.

5.5 Außenpolitische Neuorientierung nach dem Kalten Krieg

Zu den Arbeitsvorschlägen S. 313

a) Neue Herausforderungen für die Vereinigten Staaten und deren Bündnispartner zu Beginn der 1990er-Jahre (M1–M4, VT):

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ergab sich zunächst die viel zitierte Hoffnung Fukuyamas auf ein „Ende der Geschichte“ und den Siegeszug des globalisierten Kapitalismus und des liberal-demokratischen Parlamentarismus als politische Begleitform. Auch erwartete die Weltöffentlichkeit eine Friedensdividende. Diese sollte sich aus der weltweiten Abrüstung nach der Auflösung des Ostblocks und dem Wegfall der Systemkonkurrenz ergeben. Aber schon 1990 kam es zur irakischen Invasion Kuwaits. Hier wurde der Welt verdeutlicht, dass alte Gefahren zwar überwunden worden waren, aber neue Herausforderungen ein „Ende der Geschichte“ noch etwas nach hinten verschoben.

Als virulente Herausforderungen können festgemacht werden:

- Konflikte an den euro-atlantischen Rändern oder im **Nahen und Mittleren Osten** bergen verschiedene Risiken (Migration, Wirtschaftswachstum, Rohstoffversorgung) in sich. Diese Konflikte besitzen ethnische (z. B. ehemaliges Jugoslawien), konfessionelle, ökonomische, soziale oder politische Ursprünge (z. B. Irak, Afghanistan, Kongo, Darfur, Birma, Georgien).
- Neuartig ist die Intensität des **Terrorismus** und dessen Form der „asymmetrischen Kriegsführung“. Der internationale Terrorismus asymmetrisiert Kräfte und Taktiken, Schauplätze und Schlachtfelder. Der Begriff „asymmetrische Kriegsführung“ soll die begriffliche Unterscheidung zum klassischen Waffengang erleichtern.
- Die Aufrüstung in der „Dritten Welt“ und der Drang verschiedener Staaten ein ABC-Waffenarsenal aufzubauen, kann zu einer weiteren Destabilisierung der globalen Sicherheitslage führen. Hier sind an erster Stelle die Nuklearprogramme Nordkoreas und des Irans zu nennen. Vor allem die unkontrollierte Proliferation von **Massenvernichtungswaffen** stellt ein erhöhtes internationales Sicherheitsrisiko dar.
- Klimawandel, Pandemien, Migrationsströme, Wasserknappheit und die vorab aufgezählten Herausforderungen können nicht von einem Staat allein begegnet werden. Es bedarf einer internationalen Zusammenarbeit, was wiederum die Reform der UNO und ihrer Binnenarchitektur („Sicherheitsrat“) nach sich ziehen muss.

b) Diskussion des Clintonbeitrags, die Förderung der weltweiten Demokratie führe zur Verbesserung der globalen Sicherheitslage (M6):

Die Hoffnung, die der ehemalige US-Präsident Clinton (1993–2001) zum Ausdruck brachte, basiert auf der These Immanuel Kants, dass Demokratien nicht gegen Demokratien zu Felde ziehen. Dieses oft zitierte Diktum kann im Unterricht als Diskussionsanlass benutzt werden.

Mögliche Argumentationslinien wären:

- Kriege zwischen Demokratien lassen sich nicht mit den grundlegenden Wertmustern von stabilen demokratischen Gesellschaften vereinbaren.

- Volkssouveränität, Gewaltenteilung und partizipatorische Zustimmungshürden fungieren als hohe Kontrollhürden vor dem Kriegseintritt eines demokratischen Landes und hemmen die Kriegsbereitschaft in viel stärkerem Maße als in autokratischen Regimen.
- Demokratien waren seit dem antiken attischen Vorläufer stets ebenso kriegertisch wie andere Regierungsformen und dazu noch „selbstgerecht“ (Johan Galtung).
- Entwickelte Demokratien wie die USA und ihre Partner führen Kriege ohne völkerrechtliches Mandat (Kosovo) oder mit einer äußerst umstrittenen Deckung durch den Sicherheitsrat (Irak).
- Clinton verbindet die These, dass Demokratien nicht gegen Demokratien ins Feld ziehen mit dem politischen Auftrag, die Welt aus sicherheitspolitischen Erwägungen zu demokratisieren. Dies kann zu dem scheinbar paradoxen Verhalten der Bush-Administration führen, Krieg zu beginnen (Irak, Afghanistan), um den Krieg zu vermeiden.
- Eine Demokratisierung „von oben“ oder „von außen“ kann in den betroffenen Gesellschaften als demokratische Zwangsmissionierung betrachtet werden und oppositionelles Verhalten bis hin zu kriegertischen Abwehrreaktionen (Terror, asymmetrische Kriegsführung) provozieren.

c) Selbstbild der USA und ihrer Gegner zu Beginn des 21. Jahrhunderts (M5–M8, M14)

Das Selbstbild der Vereinigten Staaten, welches in den vorliegenden Quellen vor allem durch die Aussagen der Präsidenten Clinton und Bush zum Ausdruck kommt, sieht die USA als Hort der Demokratie und Freiheit.

Die USA haben sich demnach zum Ziel gesetzt Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und eine marktwirtschaftlich organisierte Arbeitsteilung weltweit zu fördern.

Die Präsidenten entsagen jeglichen isolationistischen Forderungen für die eigene Außenpolitik und sehen durch das Engagement der USA in der Welt die eigene Sicherheit und den eigenen Wohlstand am besten gefördert.

Dieses Engagement kann unterschiedliche Formen annehmen. Es kann von internationaler Kooperation über diplomatischen Druck bis zu offen ausgetragenen kriegertischen Handlungen reichen.

Ziel dieser Politik ist es primär die eigene Sicherheit und den eigenen ökonomischen Wohlstand zu sichern. Allerdings wird die Förderung der eigenen Sicherheit stets mit der Steigerung der allgemeinen Sicherheitslage auf dem Globus in Verbindung gebracht.

Gleichzeitig wird aber deutlich, dass die Außenpolitik der USA in den letzten Jahrzehnten trotz der hehren Absichten aus strategischen Erwägungen jederzeit in der Lage war mit Unrechtsregimen wie dem Irak oder mit arabischen Autokratien zusammenzuarbeiten.

Das Bild der US-amerikanischen Interessengegner setzt sich aus ähnlich holzschnittartigen Überlegungen zusammen. Die Gegner der USA sind Feinde der Freiheit und des westlichen Wohlstands. Sie bedrohen die globale Sicherheit durch den Erwerb, Bau sowie die Weiterreichung von Massenvernichtungswaffen.

Die US-amerikanischen Gegner fördern den Terror und gefährden somit die internationale Sicherheitsarchitektur respektive die USA und ihre Bündnispartner.

Ebenso unterdrückten und unterdrücken die Regime im Iran, Nordkorea und dem Irak die eigene Bevölkerung und lassen diese nicht durch demokratische Wahlen am politischen System partizipieren.

d) Berechtigung und Überzeugungskraft zweier Standpunkte zur US-amerikanischen Außenpolitik (M10):

Zu beurteilen sind hier die Thesen Joffes:

- im Angesicht der wachsenden globalen Problemlagen, die nur durch multilaterale Lösungsansätze bewältigt werden können, kommt den USA eine unverzichtbare Rolle zu
- allein die USA können als Ordnungsmacht die wichtigen Staaten an einen Tisch versammeln und gemeinsame und bindende Entscheidungen zur Lösung der Weltprobleme herbeiführen
- die USA sind wegen ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht aber auch wegen ihrer politisch liberalen Grundausrichtung dazu prädestiniert, diese Rolle auszufüllen
- nur die USA besitzen ein Selbstverständnis von globaler Führerschaft
- nur die USA können als weltweit akzeptierte Großmacht agieren und somit multilaterale Regime organisieren und durchsetzen

Der Linguistikprofessor Noam Chomsky ist einer der bedeutendsten linken politischen Intellektuellen Nordamerikas und kritisiert seit Jahrzehnten die US-Außenpolitik:

- Chomsky verurteilt die Bushdoktrin aus dem Jahr 2002 als „imperiale Großstrategie“, um eine globale und permanente Welthegeemonie durchzusetzen. Die Bushdoktrin basierte auf dem Grundsatz, dass es den USA erlaubt sei, Militärschläge ohne UNO-Mandatierung als „preemptive war“ oder „preemptive strike“ durchzuführen, um potenzielle sicherheitspolitische Gefährdungslagen von den USA fernzuhalten
- nach Chomsky war es Ziel der US-Außenpolitik eine unipolare Welt zu kreieren, in der die USA gestützt auf ihr militärisches Potenzial eine unangefochtene Machtstellung in der Welt einnehmen könne
- verbunden war dieses Streben nach alleiniger Macht mit der propagandistischen Manipulation der eigenen Bevölkerung, um die Invasion des Iraks mit öffentlicher Zustimmung vorzubereiten und durchzuführen
- Ergebnis dieser Machtpolitik, die sich den Deckmantel des „Kriegs gegen den Terror“ anlegte, war die globale Zunahme der terroristischen Gefährdung

Die Unterschiede in den Positionen Joffes und Chomskys treten deutlich zu Tage:

- Während Joffe unter dem Eindruck der globalen Herausforderungen für einen Multilateralismus unter „leadership“ der USA plädiert, prangert Chomsky die Abkehr der USA vom Multilateralismus hin zu einem hegemonialen Unilateralismus an.
- Das Scheitern der Bush-Doktrin im Irak und in Afghanistan und der Antritt der neuen Obama-Administration 2009 scheinen das Pendel wieder in Richtung Multilateralismus im Sinne Joffes ausschlagen zu lassen.

e) Erklärung des Begriffs „Triumph des Multilateralismus“ und multilaterale Ansätze in der Außenpolitik Barack Obamas (M12, M14):

Der Begriff Multilateralismus bezeichnet ein Vorgehen, bei dem mehrere Staaten kooperativ und prinzipiell gleichberechtigt agieren und gemeinsame Problemlösungsstrategien entwickeln und legitimieren.

Angesichts der gemeinsam empfundenen Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 kam es zur Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft auf verschiedenen Ebenen. Der UN-Sicherheitsrat billigte ein militärisches Eingreifen gegen das Talibanregime in Afghanistan und die NATO rief nach Artikel 5 des NATO-Vertrags den Bündnisfall aus. Die militärische „Operation Enduring Freedom“ (OEF), die im Oktober 2001 zum Sturz des Talibanregimes führte, basierte auf der Resolution 1368 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und war somit völkerrechtlich gedeckt. Die breite völkerrechtliche Absicherung der OEF gilt dem Aachener Historiker Klaus Schwabe als „Triumph des Multilateralismus“.

In der Rede des Vizepräsidenten Biden wird die Abkehr von der machtpolitisch motivierten Politik der Vorgängeradministration deutlich, wie sie vor allem bei der Invasion im Irak zu Tage trat.

Biden hebt ostentativ den neuen Ton hervor, der in der US-Außenpolitik unter Obama angeschlagen wird. Er spricht von kollektiven Herausforderungen durch gemeinsame globale Probleme, die nur in überparteilicher Zusammenarbeit zu lösen seien.

Ziel sei es einen breiten Wohlstand und eine umfassende Sicherheit für die gesamte Weltgemeinschaft bereitzustellen. Dafür müsse man einander zuhören, voneinander lernen und zusammenarbeiten. Er betont die gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Ziele der Weltgemeinschaft, die nur gemeinsam durch eine kooperative Politik zu erreichen seien.

Im Angesicht der Finanzkrise, des Engagements im Irak und in Afghanistan und vieler weiterer Probleme, die nach Biden das 21. Jahrhundert prägen werden, benötigt die USA die Zusammenarbeit und die Hilfe der Staatengemeinschaft zur Bewältigung dieser.

Insgesamt wirbt Biden für einen multilateralen Ansatz unter US-amerikanischer Führung, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich begegnen zu können. Darüber hinaus fordert er aber auch ein verstärktes Engagement der Bündnispartner, um die Last bei den Problemlösungen gleichmäßiger auf alle Schultern verteilen zu können und die Ressourcen der USA zu entlasten.

f) Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der USA zur Friedenssicherung in Konflikten:

Die bisherigen Kriegsschauplätze in Afghanistan und im Irak haben deutlich die Fähigkeiten als auch die Grenzen der US-amerikanischen Gestaltungsmacht vor Augen geführt.

Die USA sind in der Lage autokratische Regime mit ihren Invasionsstreitkräften aus den Regierungszentralen zu vertreiben. Sie besitzen dazu die militärischen und ökonomischen Ressourcen. Außerdem finden sich auch immer wieder Verbündete, an erster Stelle Großbritannien, die sich an solchen Operationen beteiligen.

Der friedliche Wiederaufbau staatlicher Strukturen nach westlich-liberalen Mustern gelingt in den besetzten Staaten allerdings nur bedingt. Dies kann an den Beispielen Afghanistan und Irak, aber auch mit Abstrichen in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo beobachtet werden. Es wurden zwar Modernisierungsprozesse auf institutioneller, ökonomischer, verfassungsrechtlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene angestoßen, aber die ehemals instabilen Staaten verblieben auch nach der Invasion in einem labilen Zustand.

Vor allem die unter der Überschrift „Krieg gegen den Terror“ initiierten Feldzüge in Afghanistan und dem Irak offenbarten große Schwierigkeiten. Die traditionellen Aufmärsche des Militärapparats zeitigen bisher nicht dauerhafte Erfolge in asymmetrischen Konflikten. Der Irak ist nur leidlich befriedet, Afghanistan scheint im neunten Jahr seit der Einnahme Kabuls zunehmend der Kontrolle der ISAF-Truppen zu entgleiten. Auf beiden Kriegsschauplätzen fehlte lange Zeit ein dauerhaftes und nachhaltiges state-building-Konzept, welches beim Aufbau einer modernen Gesellschaft den regionalen politischen und kulturellen Besonderheiten Rechnung trug.

Gleichzeitig offenbaren diese Einsätze und die Präsenz der US-Streitkräfte rund um den Globus die Überdehnung der US-Macht. Finanzielle, militärische als auch personelle Ressourcen sind teilweise über Gebühr belastet. Schnelle Siege benötigen dennoch lang andauernde Militärpräsenz, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Der Ruf nach einem stärkeren Engagement der Verbündeten wird deshalb immer lauter.